



Akademie Solidarische Ökonomie (Hrsg.)
Harald Bender, Norbert Bernholt, Klaus Simon

Das dienende Geld

**Die Befreiung der Wirtschaft
vom Wachstumszwang**



ClimatePartner^o
klimaneutral

Verlag | ID: 128-50040-1010-1082

Dieses Buch wurde klimaneutral hergestellt. CO₂-Emissionen vermeiden, reduzieren, kompensieren – nach diesem Grundsatz handelt der oekom verlag. Unvermeidbare Emissionen kompensiert der Verlag durch Investitionen in ein Gold-Standard-Projekt. Mehr Informationen finden Sie unter www.oekom.de.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2014 oekom, München
oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH
Waltherstraße 29, 80337 München

Umschlaggestaltung: Elisabeth Fürnstein, oekom verlag
Titelfoto: © amadorgs (fotolia.com)
Satz: Werner Schneider, Satz- und Schreibservice, Erding
Druck: AZ Druck und Medientechnik, Kempten

Dieses Buch wurde auf 100%igem Recyclingpapier gedruckt.

Alle Rechte vorbehalten
ISBN 978-3-86581-471-5

Akademie Solidarische Ökonomie (Hrsg.)
Harald Bender, Norbert Bernholt, Klaus Simon

Das dienende Geld

Die Befreiung der Wirtschaft
vom Wachstumszwang

Zur Akademie Solidarische Ökonomie

Die Akademie Solidarische Ökonomie ist eine Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Stiftung Ökumene. Sie wurde im Sommer 2008 von engagierten Menschen gegründet, die dem Dogma angeblicher Alternativlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsweise etwas entgegensetzen möchten: Modelle einer lebensdienlichen, solidarischen und zukunftsfähigen Ökonomie.
Siehe auch: www.akademie-solidarische-oekonomie.de

Inhalt

Norbert Bernholt

Einleitung	7
-------------------	----------

Klaus Simon

Grundfehler des herrschenden Geldsystems	15
Was ist Geld	17
Das Schuldgeldprinzip	27
Schaffen Geschäftsbanken zu viel Giralgeld?	33
Interbankengeld	40
Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	49

Harald Bender

Der Umbau der Finanzsysteme	55
Finanzkrise und Transformationsprojekt	56
Das heutige Geld- und Finanzsystem	63
Umbau und Transformationsschritte	69
Umbaustufen, Maßnahmen und Zielhorizonte	92
Resümee und Ausblick	95

Norbert Bernholt

Die Befreiung der Wirtschaftspolitik vom Wachstumszwang	101
Vorüberlegungen	102
Wirtschaftspolitische Zielsetzungen	108
Das neue Geldsystem	114
Geldpolitik als Instrument einer Wirtschaftspolitik ohne Wachstumszwang	123

Kris Kunst

Direkte Staatsfinanzierung als Grundlage für ein Primat der Politik	135
Der steuerfinanzierte Staat als Kostgänger des privaten Kapitals	136
Direkte Staatsfinanzierung über die Zentralbank	139
Souveränität über die Geldverteilung	143
Ein neuer Pfad der politischen Transformation	146

Nachgedanken	149
---------------------	------------

Literaturauswahl	152
-------------------------	------------

Norbert Bernholt

Einleitung

Wie halten wir es eigentlich mit dem Geld? Individuell ist die Frage einfach zu beantworten. Wir wollen möglichst viel davon haben. Mit Geld verbindet sich die Option auf ein luxuriöses Leben mit reichlichen Wahlmöglichkeiten. Zusätzlich bringt Geld zumeist Macht und Ansehen mit sich. Wer will sich da schon verweigern? Geld macht zwar nicht wirklich glücklich, aber es macht es uns schon leichter, glücklich zu sein. Mit dieser festen Überzeugung im Hinterkopf rennen wir hinter dem Geld her, wie der Hund hinter einer Wurst, die man ihm vor die Nase hält. Aus eigentlich friedlichen Zeitgenossen werden da schon mal bissige und aggressive Geschöpfe. Angesichts eines ansehnlichen Geldscheins oder einer mehrstelligen Zahl auf dem Kontoauszug scheint die Gattung Mensch Kopf und Anstand zu verlieren. Jegliche Zurückhaltung wird abgelegt und nicht wenige sind bereit, auf der Jagd nach mehr Geld und Macht den Rest der Menschheit krepieren zu lassen.

Volkswirtschaftlich betrachtet sind weitere Facetten des Geldes zu beachten. Geld wird zu Kapital, wenn es in Unternehmen oder auf Bankkonten angelegt wird. Damit wird es in einer kapitalorientierten Wirtschaft zu einem entscheidenden Produktionsfaktor¹. Nur wo Geld, sprich Kapital, zur Verfügung steht, können Güter und Waren produziert werden. Für den Erfolg einer Volkswirtschaft ist es somit von entscheidender Bedeutung, wie Geld entstehen kann und nach welchen Spielregeln es den Unternehmen als Kapital zur Verfügung gestellt wird. Werden die Entstehungs- und Verteilungsmechanismen von Kapital irgendwo gebremst, kommt der Kapitalfluss also ins Stocken, kann es zu erheblichen Störungen im volkswirtschaftlichen Leistungsprozess kommen. Es ist eine entscheidende Aufgabe der Geld- und Wirtschaftspolitik, den Kapitalfluss nicht nur möglichst ungehindert in Schwung zu halten, sondern ihn dahin zu lenken, wo er möglichst effektiv und für die Gesellschaft nutzbringend eingesetzt wird. Das entscheidende Triebmittel zur Steuerung des Kapitals ist die Rendite, der Lenkungsmechanismus ist der Markt.

Es dürfte weitgehend unbestritten sein, dass die oben beschriebene Kapitalallokation die Wirtschaft in eine lang andauernde Wachstums-

phase geführt und einem Teil der Menschheit in den letzten 200 Jahren eine bis dahin nicht gekannte Wohlstandsmehrung beschert hat. Die produktive Kraft des durch die Rendite getriebenen Kapitals ist evident. Sie ist allerdings auch skrupellos und frei von moralisch-ethischen Bedenken. So sind die Kollateralschäden des Wachstums und des westlichen Wohlstands fürchterlich. Damit eine Minderheit im Luxus baden kann, darf sich die Mehrheit der Menschen im Staub wälzen. Seit nunmehr gut 50 Jahren ist zudem absehbar, dass die enorme Produktivität des Kapitals die ökologische Lebensgrundlage aller auf der Erde lebenden Menschen zerstört. Wieder trifft es zunächst die Armen und Schwachen, aber die ökologische Katastrophe wird auch vor der reichen Minderheit nicht haltmachen. Die selbst geschaffenen sozialen und ökologischen Probleme werden auf die Verursacher dieser Probleme zurück schlagen. Das Modell des fortdauernden Wirtschaftswachstums und der auf Gütermehrung beruhenden Wohlstandssteigerung hat ausgedient.

Was ist zu tun? Bei dieser Frage sind wir alle einigermaßen ratlos. Strategien, die an unserem individuellen Verhalten ansetzen (z.B. bewusster und weniger konsumieren) sind unbedingt nötig, sie reichen aber nicht aus. Wir benötigen auch einen strukturellen Wandel, der die derzeitigen, als sogenannte Sachzwänge titulierten, ökonomischen Lehren infrage stellt und neu im Sinne einer nachhaltigen Wirtschaftsweise justiert. Die Einsicht in die Notwendigkeit eines radikalen Kurswechsels sowohl auf der gesellschaftlichen als auch auf der individuellen Ebene setzt sich in immer größer werdenden Teilen der Bevölkerung durch. Es entstehen an vielen Stellen Bewegungen, die Veränderungen initiieren und einfach ausprobieren, vielerorts wird laut über grundlegende ökonomische Veränderungen nachgedacht. In der Gesellschaft gärt es.

Dieses Buch setzt weniger an den individuellen Verhaltensstrategien sondern an den grundlegenden ökonomischen Fragen an. Nach Auffassung der Autoren liegt in den kapitalistischen Grundprinzipien und hier besonders in dem Geld- und Finanzwesen der entscheidende Hebel, um sich aus der vielfach beschriebenen Wachstumsfalle zu befreien. Eine Wirtschaft, die sich nicht unter das Diktat des fortwährenden Wachs-

tums stellen will, muss sich, dies ist eine zentrale These dieses Buches, von einem kapitalorientierten und auf ständige Renditesteigerung getriebenen Geld- und Finanzwesen trennen. Eine gesunde Wirtschaft kann wachsen, sie muss es aber nicht. Dies ist die zweite These, die wir zur Diskussion stellen. Wir stellen hierzu den Entwurf eines neuen Geld- und Finanzsystems vor, in dem das Geld möglichst ungehindert dorthin fließen kann, wo es benötigt wird, ohne dabei die oben beschriebenen Kollateralschäden zu verursachen. Es geht dabei also um ein Geldsystem, das den expliziten Anspruch hat, sich in den Dienst des Gemeinwohls zu stellen. Geld soll dienen und nicht herrschen². Man mag diese zugegebenermaßen theoretischen Überlegungen als Traumtänzeri und unverbindliche Vision abtun. Aber abgesehen davon, dass man dazu zunächst die von uns vorgetragene Argumentation widerlegen müsste, fordern wir geradezu visionäres Denken ein, um aus der gegenwärtigen Sackgasse herauszukommen. Die Gesellschaft benötigt dringend Konzepte und Entwürfe, an denen sie sich orientieren kann, die sie dann in demokratischer Manier bestätigen oder ablehnen kann.

Es ist uns durchaus bewusst, dass wir uns nicht nur gegen den aktuellen kapitalorientierten Mainstream stellen, wir rütteln auch an den Grundfesten unserer Denkgewohnheiten, wenn wir in unseren Ausführungen Geld auf ein einfaches volkswirtschaftlich notwendiges Instrument reduzieren und ihm damit jeglichen Zauber nehmen. Wird das funktionieren? Wir sind da durchaus unsicher, denn wir bewegen uns hier ja nicht in einem regelbaren ökonomischen System sondern in einem über einen langen Zeitraum entstandenen kulturellen Umfeld. Insofern ist davon auszugehen, dass die notwendige Umstellung in unseren Köpfen (und Herzen) einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Gewohnheiten, die sich über Jahrhunderte eingeschliffen haben, lassen sich nicht von heute auf morgen ändern.³

Wie es sich in einem demokratisch verfassten Staat gehört, wird das Tempo des Wandels und der Weg zu der neuen Wirtschaftsweise von der Bevölkerung entschieden.⁴ Aus diesen – wie auch immer – gestalteten demokratischen Prozessen mag etwas ganz anderes herauskommen, als

wir hier in diesem Buch vorstellen. Das ist an dieser Stelle unwichtig. Wir möchten mit diesem Buch Mut machen, sich auf den Weg zu machen und uns endlich von einem der dümmsten Sätze der letzten Jahre zu befreien, es gäbe keine Alternative zu der jetzigen Wirtschaftsweise. Ein Satz, der leider enorme Wirkung in unseren Köpfen entwickeln konnte.

Zum Aufbau des Buchs oder was Sie erwarten können:

Die Beiträge in diesem Buch resultieren aus der Arbeit in den Gruppen der Akademie Solidarische Ökonomie. Ohne die Diskussionen auf den Tagungen und die zahllosen Mails, in denen sich die Positionen langsam entwickelt haben, wären diese Texte nie formuliert worden. Das Buch enthält vier in sich geschlossene Beiträge, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit der Bedeutung des Geldes bzw. der Geld- und Finanzverfassung für eine nachhaltige Wirtschaftsweise auseinandersetzen. Auch wenn die Beiträge sich aufeinander beziehen, sind sie so verfasst, dass sie für sich alleine stehen können. Sie sollten für den Leser oder die Leserin auch verständlich sein, wenn sie isoliert gelesen werden.

Im ersten Beitrag von Klaus Simon steht die Analyse im Vordergrund. Er versucht hier, den Nebel um den Begriff des Geldes zu lüften, indem er die verschiedenen Gelddefinitionen und die darauf aufbauenden Aussagen über das Geld der Realität gegenübergestellt. Dazu dienen deutsche und zum Teil auch internationale Daten der Geldmengenentwicklung. Die Zahlen ermöglichen nicht nur eine Bewertung bestehender Kontroversen zum Geld. Zugleich werden den Leserinnen und Lesern die Fehler des jetzigen Geldsystems klar vor Augen geführt und damit bereits ein Teil der Ursachen der aktuellen und zukünftig drohenden Finanzkrisen benannt. Dieser Beitrag ist eine Weiterentwicklung des Ergebnisberichts der Arbeitsgruppe »Klärung Giralgeld« in der Akademie Solidarische Ökonomie. Neben den Autoren dieses Buchs haben Kris Kunst und Matthias Lewek in der Arbeitsgruppe mitgewirkt.

Im zweiten Beitrag von Harald Bender wird zunächst die Ursachenfrage vertieft, indem er aufzeigt, wie der Schuldgeldmechanismus zu einem fortwährenden Abfluss von Zinsen und Renditen aus den Unter-

nehmen führt und damit dauerhaft nicht integrierbare Widersprüche im volkswirtschaftlichen System provoziert. Als Alternative werden anschließend Rahmenbedingungen und Steuerungsinstrumente einer sozialökologisch nachhaltigen Finanzverfassung vorgestellt und deren Auswirkungen auf das strategische Verhalten der Unternehmen erörtert. Da sich unternehmerisches Verhalten nicht automatisch aufgrund einer neuen Finanz- und Geldordnung am Gemeinwohl orientieren wird, müssen gleichzeitig grundlegende Systemweichen in der Unternehmensverfassung neu gestellt werden. Als zentrale Bausteine dieser neuen Verfassung werden das Konzept einer drittelparitätischen Partizipation, eine mehrdimensionale Bilanzierung der Unternehmen und das Konzept der Kapitalneutralisierung in großen Unternehmen zur Diskussion gestellt. Mit wertvollen Anregungen und Verbesserungsvorschlägen haben an diesem Kapitel mitgewirkt: Norbert Bernholt, Martin Gück, Hans-Jürgen Fischbeck, Gisela Roghe, Kris Kunst, Klaus Simon, Dr. Manfred Schneider und Bernd Winkelmann. Vortragsfassungen wurden vorgestellt und diskutiert u.a. auf der Fachtagung der Akademie 2012 in Bischofrod, der Plenartagung der Akademie 2012 in Berlin und der Jahrestagung Kairos Europa 2012 in Mannheim.

Der dritte Beitrag von Norbert Bernholt erläutert ausführlich den Ansatz und die Funktionsweise eines Vollgeldsystems als Bestandteil einer neuen solidarischen Ökonomie und entwickelt daraus ein neues Zielsystem für eine solidarische Wirtschaftspolitik. Das in einer kapitalistischen Marktwirtschaft zentrale Ziel des stetigen und angemessenen Wirtschaftswachstums wird es in der hier vorgestellten Wirtschaftsweise nicht mehr geben. Die Argumentation stützt sich auf die im zweiten Kapitel vorgestellten Rahmenbedingungen und Steuerungsmechanismen und integriert sie in eine makroökonomische Betrachtungsweise. Wie zu zeigen sein wird, ergeben sich hieraus gravierende Veränderungen sowohl für die Finanzierung des Staates als auch für seinen politischen Handlungsspielraum. Zudem wird der hier vorgestellte Transformationsprozess nur möglich sein, wenn sich gleichzeitig neue bürgernahe Formen der demokratischen Willensbildung entwickeln.

In dem vierten Beitrag von Kris Kunst wird die dominierende Rolle des Marktsektors und der darauf aufbauenden Finanzierung des öffentlichen Sektors grundsätzlich infrage gestellt. Alternativ entwirft Kunst das Modell einer autonomen Staatsfinanzierung, in der sich der Staat unabhängig von der Leistung des Marktsektors finanziert. In der Diskussion um die letzten beiden Beiträge verdanken wir insbesondere Barbara Oswald und Maximilian Heubach wertvolle Impulse.

Allen Beiträgen in diesem Buch liegt die These zugrunde, dass die hier vorgeschlagenen Weichenstellungen geeignet sind, die bekannten Verwerfungen einer kapitalorientierten Wirtschaftsweise zu vermeiden, sie aber trotzdem zu einem besseren Leben für die Menschen, die in dieser Gesellschaft leben, führen werden. Dabei ist es uns wichtig zu betonen, dass es uns um das Aufzeigen von Weichenstellungen und nicht um detaillierte Durchführungsbestimmungen zu einzelnen wirtschaftlichen Abläufen geht. Der aufmerksamen Leserin bzw. dem aufmerksamen Leser wird auffallen, dass sich die Positionen der Autoren in den einzelnen Beiträgen durchaus unterscheiden. Wir haben diese Differenzen bewusst so stehen lassen, da es uns eben nicht darum geht, ein fertiges Konzept anzupreisen, sondern – ausgehend von gemeinsamen Prämissen – eine Palette von Alternativen zur jetzigen Wirtschaftsweise vorzustellen. Ob eine der hier vorgestellten Möglichkeiten sich in einem offenen Transformationsprozess durchsetzen wird, wollen und können wir nicht entscheiden.

Es wäre ganz in unserem Sinne, wenn wir mit unseren Vorschlägen eine möglichst breite Diskussion initiieren könnten. Nehmen Sie, geehrte Leserinnen und Leser, unsere Vorschläge als Anregung und Ausgangspunkt für einen konstruktiven demokratischen Verständigungsprozess, aus dem sich dann die notwendigen Veränderungen entwickeln können.

Norbert Bernholt

- 1 Uns ist bewusst, dass der Terminus »Produktionsfaktor« für »Kapital« umstritten ist. Da er aber allgemein verwandt wird, benutzen wir ihn an dieser Stelle. Klaus Simon wird ihn in seinem Beitrag durch den von Binswanger geprägten, etwas sperrigen, Begriff »Promotionsfaktor« ersetzen.
- 2 Diese mittlerweile sehr bekannte Formulierung wurde ursprünglich von Gerhard Scherhorn geprägt. Vgl. Gerhard Scherhorn, Geld soll dienen, nicht herrschen, Wien 2008.
- 3 Wie bereits erwähnt, klammern wir diesen kulturellen Aspekt des Wandels weitgehend aus und konzentrieren uns auf die systemischen ökonomischen Probleme. Zu dem notwendigen kulturellen Wandel sind in jüngerer Zeit einige sehr lesenswerte Publikationen erschienen. Vgl. etwa das Buch von Harald Welzer: Selbst Denken.
- 4 Dabei stellt sich natürlich die Frage, inwieweit die jetzt praktizierte repräsentative Demokratie den Willen des Volkes ausdrücken kann. Eine neue Wirtschaftsweise wird auch neue Formen der Demokratie entwickeln müssen, in denen sich der Willen des Volkes unmittelbar ausdrücken kann. In dem Beitrag von N. Bernholt wird diese Frage eingehender behandelt.

Klaus Simon

Grundfehler des herrschenden Geldsystems

Dreh- und Angelpunkt der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist das Geldsystem. Zusammen mit der Eigentumsordnung und der regulierenden Rechtsordnung bildet Geld die zentrale Voraussetzung für das Funktionieren der Wirtschaft. Das Verstehen des Geldsystems wird insofern zur Vorbedingung für das Verstehen des kapitalistischen Systems überhaupt.

Allerdings bestehen zum Wesen des Geldes sehr unterschiedliche Auffassungen. Dieser »Nebel um das Geld« (Bernd Senf) ist wenig geeignet, das Verständnis zu fördern. Es reicht nicht aus, sich einer der kontroversen Positionen anzuschließen und die Argumente der jeweils anderen zu ignorieren. In diesem Beitrag werden deshalb die wichtigsten Auffassungen dargelegt und anhand deutscher und zum Teil auch internationaler Daten der Realität gegenübergestellt. Dabei kommen die verschiedenen Geldarten und ihre Entstehung sowie die Rolle der Zentralbank und der Geschäftsbanken in den Blick, und es werden offensichtliche Grundfehler des Geldsystems aufgezeigt.

Die Ergebnisse lassen eine Bewertung der unterschiedlichen Auffassungen zu und können insofern zur Überwindung der Kontroverse beitragen. Der Blick wird frei für die wirklichen Ursachen der Finanzkrise 2008/09. Besondere Beachtung findet dabei die Rolle des Interbankengeldes. Und anhand der aufgezeigten Grundfehler des Geldsystems werden schließlich Schlussfolgerungen möglich, wie notwendige Korrekturen in etwa aussehen müssten.

Was ist Geld?

Grundsätzliches

Der Deutsche Bankenverband fasst zusammen: »Da es keine eindeutige kompakte Definition von Geld gibt, behilft man sich damit, Geld über die Funktion zu definieren:

- Zahlungs- und Tauschmittel: Mit Geld ist man flüssig (liquide) – mit Geld als universellem Tauschgut können somit Konsumgüter und Investitionskapital besser von einem Eigentümer zum anderen fließen.
- Zähl- und Recheneinheit: Geld erlaubt es, Güter- und Vermögenswerte in einer einheitlichen Bezugsgröße auszudrücken und dadurch besser vergleichbar zu machen. Aus dieser Funktion ergibt sich die Aufgabe, Wertmaßstab zu sein.
- Wertaufbewahrung: Geld erleichtert das zeitliche Auseinanderfallen von Einnahmen und Ausgaben, da es nicht oder nur langsam auf natürlichem Wege verdirbt. Sparen und somit wirtschaftliches Wachstum ist ohne Geldwirtschaft ungleich schwieriger«.¹

Diese drei Grundfunktionen des Geldes sind von großer Bedeutung für eine funktionierende Volkswirtschaft. Mit Geld wird der übertragbare Anspruch ermöglicht, für Leistung eine Gegenleistung zu erhalten. Von zentraler Bedeutung ist also eine stabile *Äquivalenzrelation zwischen Leistung und Geld*. Tauschfunktion, Wertmaßstab und Wertaufbewahrung sind nur möglich, wenn die Marktteilnehmer darauf vertrauen können, dass die heute gültige Relation von Leistung und Geld auch morgen gelten wird: »Das Vertrauen in die Wertbeständigkeit des Geldes bildet die Grundlage des Geldwesens«.²

Neben den genannten drei Grundfunktionen kommt dem Geld im kapitalistischen System aber noch eine vierte Funktion zu: seine Vermehrung in Form von Geldkapital. Aus Geld wird Geldkapital, wenn es langfristig zum Zweck der Gewinnerzielung eingesetzt wird (zum Beispiel eine Anleihe). Geldkapital liefert in der Volkswirtschaft die notwendigen finanziellen Mittel als Vorschuss für die Produktion. »Wir

können daher das Kapital als Promotionsfaktor bezeichnen, das heißt als Faktor, der nicht eine Produktionsleistung, wohl aber eine Promotionsleistung erbringt, und entsprechend einen Gewinn als Entgelt dafür erwarten darf.³ Diese Leistung besteht im *bloßen Überlassen* des Kapitals; wer sein Geld als Geldkapital einsetzt, erhält am Ende der Laufzeit dieses Geld plus Rendite zurück. Das verschärft den strukturellen Wachstumszwang der kapitalistischen Wirtschaft. Denn die Rendite, welche das Kapital für seine Promotionsleistung erwartet, kann nur durch eine zusätzliche Ausweitung des Geschäfts – durch Wirtschaftswachstum – erbracht werden: »Güter, die heute produziert werden, kommen ja morgen auf den Markt. Sie können aber nur dann ebenfalls mit Gewinn verkauft werden, wenn auch heute wieder investiert wird, also der Kapitaleinsatz immer weiter zunimmt. Wachstum verlangt weiteres Wachstum. Die Wachstumsspirale hat kein Ende.«⁴

Mit der Vermehrung des Geldkapitals durch Rendite ermöglicht Geld nicht nur den Austausch von Waren, sondern wird selbst zur Ware. Denn durch den Kapitaleinsatz von Geld entsteht mehr Geld, und wenn dieses erneut als Kapital eingesetzt wird, entsteht noch mehr Geld – und so fort. Aufgrund dieses Selbstverstärkungseffekts weist das Geldsystem eine noch stärkere Wachstumstendenz als die Wirtschaft auf. Die reale Wirtschaftsleistung kann nicht auf unbegrenzte Zeit so stark mitwachsen. Somit wird die Äquivalenzrelation von Leistung und Geld grundsätzlich gestört: Das System ist zwingend inflationär und kann auf Dauer nicht stabil bleiben. Diese Fehlentwicklung dokumentiert Abbildung 1. Wir sehen das enorme Auseinanderklaffen des weltweiten Wachstums globaler Finanzanlagen und der wirtschaftlichen Leistung:

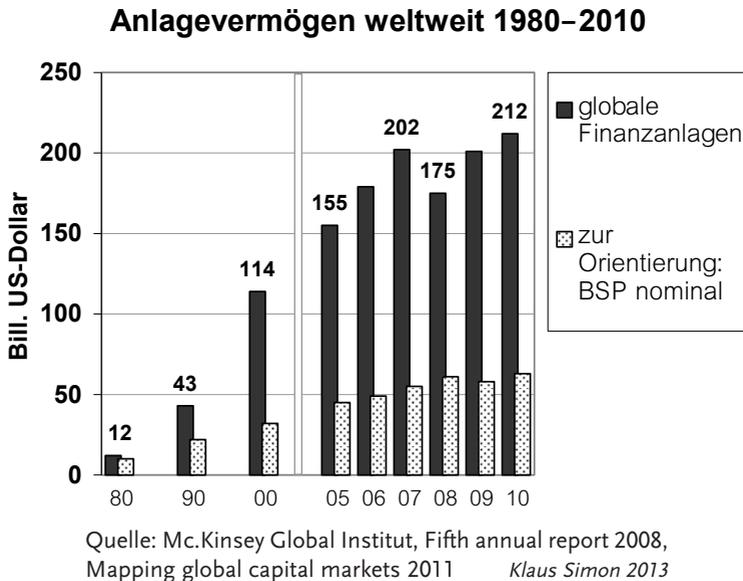


Abbildung 1

Bestandsgrößen wie Finanzanlagen und Stromgrößen wie das Brutto-sozialprodukt lassen sich nicht direkt vergleichen. Dennoch ist die Gegenüberstellung hinsichtlich der Größenordnung informativ: Was 1980 noch beieinander lag, ist 2010 meilenweit entfernt.

*Somit stehen wir hier bereits vor einem ersten **Grundfehler des herrschenden Geldsystems: seine Selbstbezüglichkeit**. Das Wachstum der Geldguthaben verstärkt sich selbst, wenn durch das bloße Überlassen von Geld – also ohne weitere Leistung – mehr Geld entsteht. Die Wirtschaftsleistung hat keine Chance, mit dem sich selbst verstärkenden Wachstum der Finanzanlagen auf Dauer Schritt zu halten.*

Wir werden noch weitere Grundfehler finden. Zunächst aber sehen wir uns das Geld einmal etwas genauer an.

Geldarten und Geldmengen

Bei der Vertiefung des Geldbegriffs nach Geldarten und Geldmengen stoßen wir auf kontroverse Positionen:

- A) Für die einen ist *Geld* ein *Oberbegriff* (»Obst«). Konkret tritt es in Form verschiedener *Geldarten* auf (»Äpfel«, »Birnen«), und zwar als:
- *Bargeld und Zentralbankgeld*: das gesetzliche Zahlungsmittel.
 - *Giralgeld* (auch *Buch- oder Geschäftsbankengeld*): zum Beispiel Sichtguthaben bei einer Bank. Giralgeld ist zwar kein gesetzliches Zahlungsmittel, wird aber im Wirtschaftsleben ebenbürtig akzeptiert, etwa bei Überweisungen.
- B) Für die anderen ist *Geld* gerade nicht ein Oberbegriff, sondern einzig eine *Synonym für Bargeld oder Zentralbankgeld*. Es gibt hier keine weiteren Geldarten, Kredite oder Guthaben stellen unter dieser Übereinkunft kein Giralgeld dar, sondern geldwerte Ansprüche: Der »Begriff ›Guthaben‹ besagt nichts anderes, als dass dessen jeweilige Besitzer gegenüber der Bank eine Forderung auf Rückgabe jenes Geldes haben, mit dessen Überlassungen an die Banken sie diese Guthaben nach und nach aufgebaut haben«.⁵

Welche von beiden Auffassungen ist »richtig«? Diese Frage relativiert Ottmar Issing von vornherein: »Die Aussage ›Geld ist, was Geldfunktion ausübt‹, bestimmt den Geldbegriff allerdings keineswegs exakt. [...] Wegen der teilweise sehr engen Konkurrenz mit anderen Anlageformen stellt sich sofort die Frage, bis zu welcher Grenze man einem Aktivum noch die Geldeigenschaft zuerkennen soll. Ganz offensichtlich handelt es sich hierbei nur um Unterschiede des Grades und nicht prinzipieller Art. [...] Die Definition der Geldmenge wird damit zu einer Frage der Zweckmäßigkeit, das heißt, die sinnvolle Abgrenzung der Geldmenge hängt von dem Zweck ab, den man mit einer bestimmten Analyse verfolgt«.⁶

Mit *Geldmenge* ist immer der Geldbestand außerhalb des Bankensektors gemeint. Man kann die Geldmenge zählen: wie viele »Äpfel« (Bargeld) und wie viele »Birnen« (Giralgeld) in der Volkswirtschaft vorhanden sind. Man kann auch beides zusammenzählen (ja, man kann

Äpfel und Birnen zusammenzählen!): dann kennt man die Menge »Obst«. Das geschieht in den sogenannten Geldmengenaggregaten M1 bis M3. Im Euroraum sind diese wie folgt definiert:⁷

M1: Bargeldumlauf plus Sichteinlagen (täglich verfügbar): das sogenannte *enge Geldmengenaggregat*

M2: M1 plus Termin- und Spareinlagen mit Laufzeit bis zu zwei Jahren oder Kündigungsfrist bis zu drei Monaten

M3: M2 plus geldnahe Wertpapiere (Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere, Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu zwei Jahren): das sogenannte *breite Geldmengenaggregat*.

Alle Bestandteile von M1 bis M3 zählen unter der Sicht von A) zum Oberbegriff Geld. Die einzelnen Abgrenzungen erscheinen dabei nicht immer plausibel: z.B. wenn *geldnahe* Wertpapiere zum *Geld* zählen (s.o.: M3).

Auch unter der Sicht von B) kennt man natürlich diese Aggregate, doch werden sie nicht *Geldmengen* genannt, denn nur Bar- und Zentralbankgeld gilt hier als Geld. Vielmehr werden die Mengen M1 bis M3 als Summierung von Geschäftsvorgängen aufgefasst. Helmut Creutz schreibt über diese Aggregate: »... man verwechselt das Mittel mit den damit getätigten Vorgängen und addiert beide sogar als sogenannte »Geldmengen«.⁸ Die Kritik ist unter seinen Definitionen berechtigt; wer unter dieser Übereinkunft ein Sparbuch zum Geld rechnet, verwechselt tatsächlich etwas. Unter der anderen Übereinkunft aber gilt ja ein anderer Geldbegriff: Dort nun verwechselt der etwas, der ein Sparbuch nicht zum Geld rechnet. Offensichtlich ist es nicht zulässig, den Geldbegriff des einen Systems auf Aussagen des anderen anzuwenden.

Der Geldbegriff ist also in beiden Positionen unterschiedlich: in der einen umfassender, in der anderen auf Bar- und Zentralbankgeld eingeschränkt. Unter beiden Sichtweisen lässt sich die Realität zutreffend beschreiben. Welche der beiden Gelddefinition man wählt, ist eine Frage dessen, was man für zweckmäßig hält. Dazu lässt sich keine abschließende Klärung erhoffen, solange unterschiedliche Gesichtspunkte möglich bleiben.

Im Verständnis der Bundesbank wird in diesem Buch ›Geld‹ nachfolgend als ein Oberbegriff aufgefasst, der Giralgeld mit umfasst. Dabei sollte aber klar sein, dass jede Aussage der einen Position durch einfaches Ersetzen der Begriffe (zum Beispiel Giralgeld/geldwerte Ansprüche) in eine adäquate Aussage der anderen Position überführbar ist.

Schöpfen und Vernichten von Zentralbankgeld

Zentralbankgeld besteht konkret aus Geschäftsbankguthaben bei der Zentralbank sowie aus Bargeld, das sich noch im Bankensektor befindet. Zentralbankgeld wird auf Beschluss gesetzgebender Organe geschöpft, man nennt es deshalb auch *Fiat-Geld* (lat. *fiat*: »es werde bereitet«). Die Schöpfung erfolgt aus dem Nichts (»Geld drucken«), es gibt heute für Zentralbankgeld keine irgendwie geartete Deckung mehr.

Zentralbankgeld entsteht *nichtkreditweise*, indem die Zentralbank Gold und Devisen oder Ähnliches ankauft. Gibt die Zentralbank dagegen Kredite an Geschäftsbanken, entsteht das Zentralbankgeld *kreditweise*. In beiden Fällen schöpft die Zentralbank Geld und ihre Bilanz verlängert sich. Das Vernichten von Zentralbankgeld erfolgt durch Verkauf von Gold und Devisen oder Ähnlichem bzw. wenn die Zentralbank zur Tilgung eingeräumter Kredite Zentralbankgeld entgegennimmt. Die Bilanz der Zentralbank verkürzt sich dann.

Schaffen und Vernichten von Giralgeld

Giralgeld besteht konkret aus Kundenguthaben und -forderungen bei den Geschäftsbanken. Giralgeld wird durch Geschäftsbanken geschaffen. Man unterscheidet das *Passiv- und das Aktivgeschäft* der Geschäftsbanken.

Im Passivgeschäft erfolgt die Ein/Auszahlung von Bargeld. Dabei wird die Geldart Bargeld in die Geldart Giralgeld gewandelt bzw. umgekehrt. Das Aggregat M3 verändert sich dabei nicht. Zwischen M1 und M2 kann es Änderungen geben, wenn zum Beispiel Bargeld in ein Sparguthaben gewandelt wird. Bei Einzahlung verlängert sich die Geschäftsbankenbilanz, bei Auszahlung verkürzt sie sich.

Das Aktivgeschäft der Geschäftsbanken dagegen umfasst den Ankauf von Wertpapieren etc. und die Gewährung von Krediten. Weil im Ergebnis davon »der Nichtbankensektor über zusätzliches Geld verfügen kann, muß sich die gesamte Geldmenge bei der aktiven Geldschöpfung immer erhöhen! Analog wird im Falle der Vernichtung von Geschäftsbankengeld durch Rückzahlung eines Kredites oder Kauf eines Wertpapiers durch eine Nichtbank von einem Kreditinstitut die gesamte Geldmenge vermindert«. ⁹ Durch aktives Schaffen von Giralgeld verlängert sich die Geschäftsbankenbilanz, durch Vernichten verkürzt sie sich.

Das aktive Schaffen von Giralgeld durch Geschäftsbanken ist an Bedingungen geknüpft. Zum einen erfährt es durch die Eigenkapitalreserve der Geschäftsbanken eine gewisse Begrenzung (derzeit gilt 8 Prozent Eigenkapitalreserve plus Risikogewichtung: »Basel II«). ¹⁰ Zum anderen stellt die Mindestreserve eine Begrenzung dar, sie wird im Euroraum von der EZB vorgeschrieben (z. Z. 1 Prozent der Mindestreservebasis je Finanzinstitut). ¹¹ Und schließlich ist noch die Barreserve ein begrenzender Faktor. Das ist ein an Kundengewohnheiten orientierter Erfahrungswert, nach welchem die Geschäftsbanken sich auf die Barauszahlung von Guthaben einrichten. ¹² Die Zentralbankgeldmenge, die eine Geschäftsbank nach Abzug von Bar- und Mindestreserve zur Verfügung hat, heißt Überschussreserve und diese nun ist Voraussetzung für die Kreditvergabe.

Buchungs-Beispiel: ¹³

Bei A-Bank wurden 2.000 Geldeinheiten in bar eingezahlt, das heißt, es sind 2.000 Einheiten Giralgeld passiv geschaffen worden. Das führt zu folgender Buchung:

Aktiva	Geschäftsbank A	Passiva
Zentralbankgeld 2.000		Sichtverbindlichkeiten 2.000

Im Beispiel wird ein Bar- und Mindestreservesatz für Sichtverbindlichkeiten von zusammen 25 Prozent angenommen. Also hat A-Bank nun 1.500 Überschussreserve. Will sie die nicht halten, wird sie einem anderen Kunden 1.500 Kredit geben, indem sie diesen Betrag auf dessen Konto gutschreibt. Das führt zu einer weiteren Buchung (untere Zeile):

Aktiva		Geschäftsbank A		Passiva	
Zentralbankgeld	2.000			Sichtverbindlichkeiten	2.000
Kredit	1.500			Sichtverbindlichkeiten	1.500

Durch die Kreditvergabe *erhöht sich die Bilanzsumme* von 2.000 auf 3.500 (erst mit Tilgung des Kredits wird sie wieder auf 2.000 vermindert). Die Bilanz ist ausgeglichen – aber nun um eine Buchungszeile verlängert. Wegen des Entstehens je eines Forderungs- und Guthabenbetrags in der Bilanzverlängerung, die es ja beide vorher noch nicht gab, wird die Kreditvergabe oft wie beim Zentralbankgeld auch als »Geldschöpfung« bezeichnet. Doch das ist im Grunde wenig zutreffend. Denn anders als die Zentralbank sind Geschäftsbanken keine Schöpfer im Sinne von Erstverursachern, sondern an Liquiditätsvoraussetzungen gebunden. Im Folgenden werden wir das noch genauer sehen.

Der Prozess der »multiplen Geldschöpfung«

Das aktive Schaffen von Giralgeld löst eine Kette von Wiederholungen aus. Denn der Kunde, der von A-Bank 1.500 Kredit erhalten hat, wird diese beispielsweise zur Begleichung einer Rechnung auf ein Konto von B-Bank überweisen. Das führt bei B-Bank zu einer Überschussreserve, die wiederum als Kredit ausgereicht wird – usf. Dieser Prozess wird sich als geometrische Reihe so lange fortsetzen, bis »die gesamte ursprüngliche Überschussreserve in Höhe von 1500 zur Mindestreserve geworden ist«. Berücksichtigt man noch das Abfließen von Bargeld an Nichtbanken, ergibt sich der sogenannte Geldschöpfungsmultiplikator: »Er gibt das Vielfache an, das unter den genannten Bedingungen an

(aktivem) Geschäftsbankgeld entsteht«. ¹⁴ Die Theorie der »multiplen Geldschöpfung« möchte auf diese Weise Vorhersagen zur Giralgeldmenge treffen. Das nun steht in der Kritik, da sich einige der Voraussetzungen (Kundenverhalten, Geschäftsbankenverhalten) in Wahrheit gar nicht voraussetzen lassen. Dessen ungeachtet findet aber tatsächlich eine multiple Vervielfachung des Giralgelds statt.

Abbildung 2 ¹⁵ zeigt ein schematisches Beispiel des Bankensektors mit einer monetären Basis von 100 Geldeinheiten, von der 40 auf den Bargeldumlauf entfallen. Die Banken werden solange aktiv Giralgeld schaffen, bis die gesamten Barreserven mit den Mindestreserven übereinstimmen. Das Beispiel zeigt ein mögliches Ergebnis dieses Prozesses, bei dem die Geldmenge M1 auf 240 und M2 auf 300 anwächst:

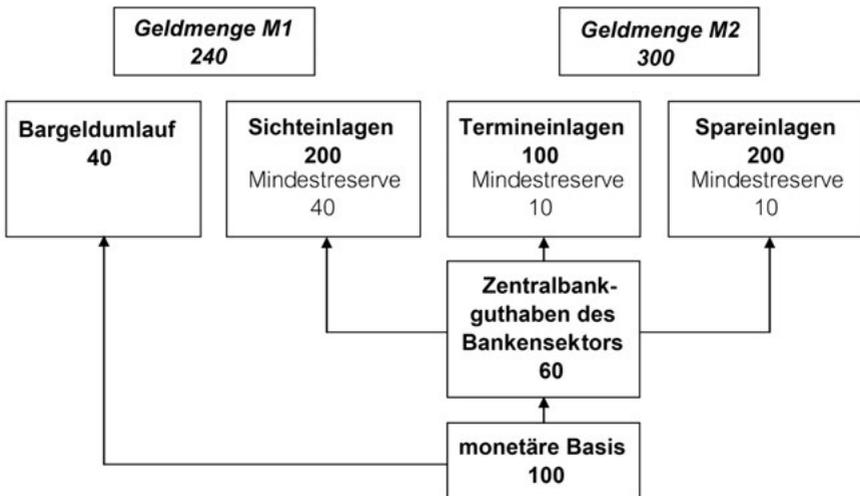
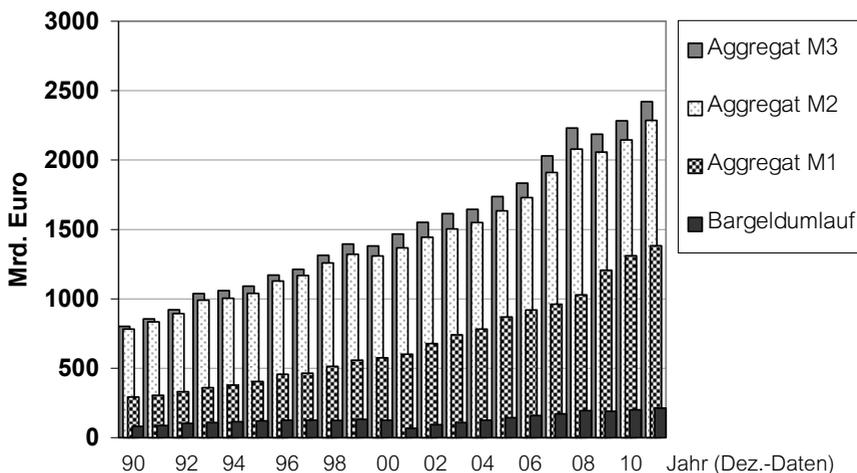


Abbildung 2

In Abbildung 3 sehen wir nun die wirkliche Entwicklung der Geldmengen in Deutschland für die Jahre 1990 bis 2011. Ganz unten der Bargeldumlauf, er bewegt sich um zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts und wächst zusammen mit diesem; 2010 wurde die Marke von 200 Milliarden Euro überschritten. Darüber türmen sich die Mengen M1 bis M3 auf – die aber wachsen viel stärker! Weiterhin ist der Einbruch beim

Bargeldumlauf 2001 auffällig. Er resultiert aus der Auflösung von DM-Hortungs- und Schwarzkassen-Beständen, die anschließend auf Euro-Basis allmählich neu gebildet wurden, die Hortung betrifft »55 Prozent bis 65 Prozent des gesamten Bargeldumlaufs«.¹⁶

Geldmengen-Entwicklung Deutschland 1990–2011



Quelle: Deutsche Bundesbank, Zeitreihen TXI300, TXI301, TXI302 und TXI303 (ab 2002 EWU / deutscher Beitrag) Klaus Simon 2012

Abbildung 3

Die jährlichen Momentaufnahmen der Grafik sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass in Wahrheit ein waberndes Geschehen zugrunde liegt, bei dem immerzu Giralgeld geschaffen (z.B. Kreditvergabe) und wieder vernichtet wird (z.B. Kredittilgung). Und offensichtlich wird dabei in Summe stetig mehr Giralgeld geschaffen als vernichtet: Die Grafik zeigt ein fortdauerndes Wachstum des Giralgelds, das auf einer Kette von Wiederholungen der Kreditausreichung beruht (s.o.: Multiplikatoreffekt).

An dieser Stelle nochmals ein Bezug zum Geldbegriff von B): In jener Sichtweise kann es selbstverständlich keine »multiple Geldschöpfung« geben, denn hier gilt nur Bar- und Zentralbankgeld als Geld, und

darum geht es bei den dargestellten Aggregaten M1 bis M3 wahrlich nicht. Unter dieser Übereinkunft sind Guthabenbestände »also niemals selbst Geld, sondern immer nur eine Dokumentation dafür, dass man Geld der Bank leihweise überlassen hat! Entsprechend sind auch die von den Banken vergebenen Kredite wie auch die gesamten riesigen Verschuldungen in unseren Volkswirtschaften kein Geld, sondern sie geben nur wieder, in welchem Umfang Rückzahlungen von Geld noch offenstehen«. ¹⁷

Dennoch schaffen Geschäftsbanken auch unter diesen Annahmen eine Kette von Geschäftsvorgängen – eben die in Abbildung 3 dargestellten Mengen –, und diese Kette baut sich auch hier bei Tilgung der Kredite bzw. Auszahlung der Guthaben rückwärts wieder ab (analog zur Giralgeldvernichtung). Und natürlich lässt sich auch hier die Vervielfachung eines ausgereichten Kredits beschreiben – nur eben nicht als multiple Vervielfachung der Geldmenge, sondern als multiple Vervielfachung der geldwerten Ansprüche. Wiederum wird deutlich: Beide Positionen beschreiben die gleiche Realität des Bankensystems – nur eben mit anderen Begriffen.

Das Schuldgeldprinzip

Das heutige Bankensystem funktioniert in zwei Kreisläufen: Im ersten Kreislauf verkehren die Geschäftsbanken mit der Zentralbank und erhalten Zentralbankkredite. Im zweiten Kreislauf reichen Geschäftsbanken die erhaltenen Zentralbankkredite ihrerseits als Kredite an die Volkswirtschaft aus: So kommt das geschöpfte Zentralbankgeld in Umlauf.

Nun hatten wir ja aber bereits gesehen, dass Geschäftsbanken noch weit mehr Kredite an die Volkswirtschaft ausreichen – nämlich so viel, wie sie Überschussreserven zur Verfügung haben. Das bedeutet, dass bis auf einen geringen Rest praktisch alle Kundenguthaben als Kredit wieder zurück in den Umlauf gelangen. Für die Volkswirtschaft ist das nützlich,

sie ist auf den Geldumlauf angewiesen. Und für die Banken ist es einträglich: Vom einkommenden Kreditzins begleichen sie den Sparzins ihrer Anleger, der Rest fließt als Zinsüberschuss in die Bankgewinne. Wir werden in diesem Abschnitt nun einmal prüfen, in welchem Maße dieser Umlauf tatsächlich stattfindet. Zunächst wird das gesamte Giralgeld auf der Guthabenseite ermittelt.

Menge Giralgeld gesamt

Die M3-Daten der Bundesbank stellen eine Orientierungsgrundlage zur Steuerung der Geldpolitik dar. Die Selektion ist auf diesen Zweck zugeschnitten: M3 enthält *nicht* den vollen Umfang aller Guthaben, sondern nur die mit einer Laufzeit bis zwei Jahre und Kündigungsfrist bis drei Monate – also die im Nahzeitraum *nachfragewirksame Geldmenge*. Aber auch lang laufende Einlagen, Schuldverschreibungen etc. verbürgen bargeldwerte Ansprüche im Sinne von Giralgeld. Im Euroraum wird zwar oberhalb M3 kein Aggregat gebildet, doch selbstverständlich ist die Gesamtmenge der Guthaben auch einschließlich der langfristigen bekannt. Sie werden in der Konsolidierten Bilanz ausgewiesen: Das ist die auf das Nichtbankengeschäft eingeschränkte Bilanz des Bankensektors. Die Einschränkung ist wichtig, um wirklich nur Nichtbankenguthaben zu sehen (nur die gehören zur Geldmenge, dazu später mehr). Tabelle 1 zeigt einen Auszug der Konsolidierten Bilanz auf der Passivseite (deutscher Beitrag):¹⁸

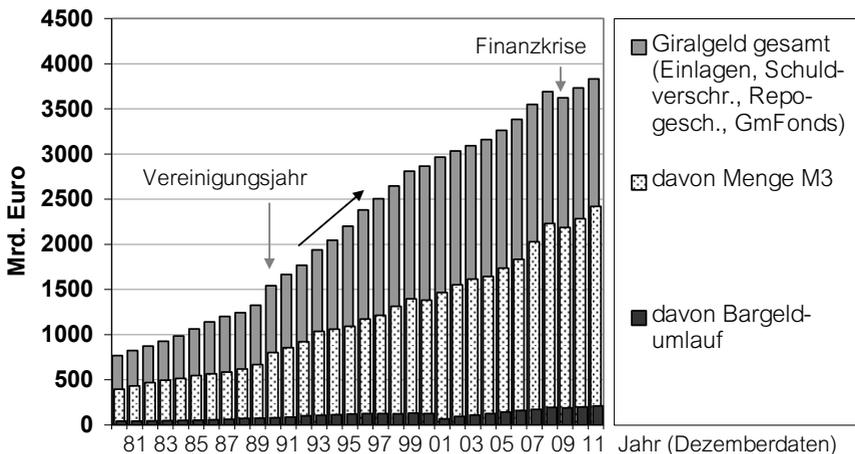
Tabelle 1

(Mrd. Euro)		1990	1995	2000	2005	2010
Einlagen insges.	(TXI367):	1.281	1.667	2.052	2.330	2.927
Beg. Schuldversch.	(TXI387):	260	514	794	883	709
GMFonds	(TXI308):	–	20	19	30	8
Repogeschäft	(TXI307):	–	–	–	20	87
Giralgeld gesamt:		1.541	2.201	2.865	3.263	3.730

In Abbildung 4 wird nun die so ermittelte Menge *Giralgeld* *gesamt* mit M3 und dem Bargeldumlauf verglichen. Neben dem Sprung 1990 durch die Wiedervereinigung ist in der Grafik der starke Anstieg der Giralgeldmenge in den 1990er-Jahren auffällig (Pfeil), der an M3 gar nicht sichtbar wird. Er wird demnach durch langfristige Guthaben gespeist. Der Grund sind die damaligen Anlagen für die Finanzierung des »Aufbau Ost«.

Abbildung 4 zeigt, dass die Menge Giralgeld *gesamt* gegenüber der M3-Selektion knapp doppelt so groß ist:

Bar- und Giralgeld Deutschland 1980–2011



Quelle: Deutsche Bundesbank (Zeitreihen TXI300, TXI303, TXI308, TXI367 und TXI387, ab 2002 EWU / deutscher Beitrag), eigene Berechnungen Klaus Simon 2013

Abbildung 4

Wenn man also immer wieder liest, dass M3 rund zehnfach größer als der Bargeldumlauf ist, so wird daran noch gar nicht das ganze Ausmaß sichtbar: Das gesamte Giralgeld umfasst im Jahr 2011 mit 3.832 Milliarden Euro das 18-Fache des Bargeldumlaufs (ebenso wie schon 1980

mit 769 Milliarden). Nur 5,6 Prozent aller Giralgeldguthaben steht demnach überhaupt Bargeld gegenüber. Berücksichtigt man den Hornungseffekt, so sind es weniger als drei Prozent des wirklich umlaufenden Bargelds!

Die Zahlen offenbaren die Kehrseite des Giralgelds. Das Versprechen, wonach Giralgeld jederzeit in Bargeld umgewandelt werden kann, lässt sich nur solange aufrechterhalten, wie es vom Publikum minimal in Anspruch genommen wird (Problem Banken-Run).

Dies nun ist ein zweiter Grundfehler des herrschenden Geldsystems: Die Giralgeldguthaben überschreiten das Zentralbankgeld erheblich. Daraus ergeben sich unvermeidliche Risiken.

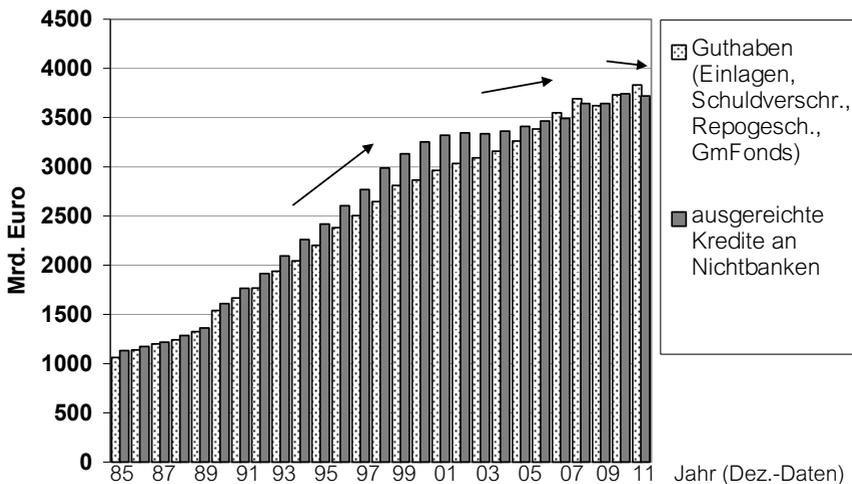
Giralgeldguthaben und -kredite

Schließlich wäre nun die Guthabenmenge Giralgeld gesamt den ausgereichten Krediten an Nichtbanken gegenüberzustellen. Dies geschieht in Abbildung 5. Dabei wird der Umfang der Kreditvergabe durch Geschäftsbanken anhand der Bundesbank-Zeitreihe TXI356 dargestellt, darin ist die Summe aller tatsächlich ausgereichten Kredite an Nichtbanken in Deutschland dokumentiert.

Abbildung 5 zeigt: Die Kreditvergabe lag in den 1980er-Jahren strikt auf dem Niveau der Menge Giralgeld gesamt (d.h. auf dem Niveau der Guthaben). In den 1990er-Jahren bestand dann die außergewöhnliche Herausforderung des »Aufbau Ost«; in dieser Zeit lag die Kreditvergabe um bis zu 15 Prozent über der Überschussreserve (Näheres dazu im nächsten Abschnitt). Nach 2001 aber flacht die Kreditvergabe ab und bewegt sich auf das Niveau der Guthaben zurück; ab 2006 schließlich liegt sie wieder in der Nähe der Guthaben oder darunter:

Nichtbankengeschäft Deutschland 1985–2011

Auszug aus der Konsolidierten Bilanz der MFIs



Quelle: Deutsche Bundesbank, Zeitreihen TXI307, TXI308, TXI356, TXI367 und TXI387 (ab 2002 EWU / deutscher Beitrag) Klaus Simon 2012

Abbildung 5

Die Grafik bestätigt eine unübersehbare Korrelation zwischen den Kredit- und Guthabensummen. Die Größenordnung der Kredite an Nichtbanken entspricht der Größenordnung der Guthaben von Nichtbanken und hat diese in der Ausnahmesituation der 1990er-Jahre sogar überstiegen. In den letzten Jahren dagegen ist die Kreditvergabe an Nichtbanken deutlich rückläufig. Von 2008 bis 2010 sank ihre Jahreswachstumsrate von 3,8 Prozent auf -1,3 Prozent,¹⁹ 2011 ging die Kreditvergabe an Nichtbanken sogar absolut zurück und lag 111 Milliarden Euro unter den Guthaben.

Abbildung 5 belegt ganz klar: Bankguthaben liegen nicht in Tresoren herum, sondern werden als Kredit wieder ausgereicht. Das ist ja auch durchaus gewollt (Geldumlauf!). Die Gesamtmenge der Guthaben entspricht damit nahezu der Gesamtmenge ausgereicherter Kreditschulden und daraus ergibt sich nun eine entscheidende Konsequenz:

Jeder Guthabenmenge steht symmetrisch eine entsprechende Schuldenmenge gegenüber! Giralgeld ist eine Schuldgeldkonstruktion: Zur Guthabenmenge besteht systemnotwendig immer eine nahezu gleichgroße Menge an Kreditschuld. Und das bedeutet: Mit jedem Anwachsen der Geldmenge wächst systemnotwendig die Menge der Schulden, die einer der Sektoren Staat, private Haushalte, Realindustrie oder Finanzindustrie aufnehmen muss!

Ein weiterer Grundfehler des herrschenden Geldsystems ist demnach das Schuldgeldprinzip. Jedem Euro Guthaben entspricht ein Euro Schuld. Dieser Grundfehler ergänzt den der Selbstbezüglichkeit in durchaus verhängnisvoller Weise: Während der eine dafür sorgt, dass das Wachstum der Vermögen sich selbst verstärkt, erzwingt der andere ein symmetrisches Mitwachsen der Schulden.

Was dieses symmetrische Mitwachsen der Schulden bedeutet, erleben wir gerade in einer weltweiten Schuldenkrise. Tabelle 2 zeigt den verheerenden Schuldenstand ausgewählter Volkswirtschaften:

Tabelle 2

Brutto-Verschuldung in Prozent des BIP 2012

	Staat	pr. Haush.	Realindustr.	Finanzinst.
Griechenland	171	69	73	40
Irland	118	117	289	706
Italien	126	51	114	105
Portugal	119	104	158	59
Spanien	91	87	186	115
Belgien	99	55	186	123
Frankreich	90	67	134	172
Deutschland	83	58	64	97
Großbritannien	89	99	116	232
USA	107	86	89	88
Japan	237	76	145	188

Quelle: International Monetary Found Oct. 2012

Nicht nur die Staaten, auch die übrigen Sektoren vieler Volkswirtschaften sind hoffnungslos überschuldet! Doch anders als beim Staat ist bei jenen schwer abschätzbar, wie sich die Gegenwerte der Bruttoschulden verteilen. So steht beispielsweise in den USA der Bruttoverschuldung privater Haushalte von 86 Prozent des BIP ein enormes Übergewicht der Guthaben gegenüber, sodass die Nettoverschuldung -235 Prozent beträgt. Doch daran sieht man nicht, wie viel Prozent aller Haushalte dennoch ihre Kredite nicht tilgen können. Man sieht an den Bruttoschulden der anderen Sektoren eigentlich nur, wie groß das Rad ist, das da gedreht wird. Dies aber sagt immerhin etwas über bestehende Risiken.

Wenn die Schulden mit dem Anwachsen der Guthaben zwingend mitwachsen, dann kann ein etwaiger Schuldenabbau innerhalb eines Sektors (z.B. Staat) die Gesamtsumme aller Schulden gar nicht beeinflussen! Ein anderer Sektor oder das Ausland müssen dann die abgebauten Schuldenanteile aufnehmen. Sparen ist demnach gar kein geeignetes Mittel, das generelle Schuldenproblem zu lösen. Einzig das Abschmelzen der Summe aller Vermögen könnte zum Abschmelzen der Summe aller Schulden führen! Die Großvermögen aber wachsen und wachsen – dafür sorgt die Selbstbezüglichkeit des Geldes.

Schaffen Geschäftsbanken zu viel Giralgeld?

Die wohl zentrale Kontroverse bei den verschiedenen Auffassungen rund um das Geld liegt in der Frage, ob Geschäftsbanken aus Eigennutz (Kreditzins!) zu viel Giralgeld schaffen oder nicht. Und diese Kontroverse ist nun von anderer Art als die oben erwähnte. Hier geht es nicht nur um die Verwendung unterschiedlicher Geldbegriffe nebst sich daraus ableitender Verwirrung. Hier werden tatsächliche bankgeschäftliche Vorgänge völlig unterschiedlich bewertet. Dies bedarf der Klärung. Zunächst werden wir uns drei wesentliche Positionen kurz ansehen.

Geld aus Luft?

Diese erste Position geht davon aus, dass Geschäftsbanken das Privileg der Kreditvergabe dazu ausnutzen, voraussetzungslos und »überschießend« Giralgeld zu schaffen. Die Rede ist von einer »Geldschöpfung aus dem Nichts« oder dem Schaffen von »Geld aus Luft«. Ein Vertreter dieser Auffassung ist Franz Hörmann: »Banken erfinden im Kreditprozess Geld. Wenn man aber Geld aus Luft erfindet und das, was vorher noch nicht existiert hat, verzinst weitergibt und dinglich absichern lässt, dann ist das, wenn das Geschäftsmodell schiefgeht, in Wahrheit ein Enteignungsmodell.«²⁰

Nun ist zwar klar, dass das von den Geschäftsbanken im Moment der Kreditvergabe »erfundene« Giralgeld schon wenig später als reales Zentralbankgeld abfließen könnte – zum Beispiel wenn der gutgeschriebene Kreditbetrag zur Barauszahlung gelangt oder an eine andere Bank überwiesen wird, die nun ihrerseits mit der Auszahlung rechnen muss. Allerdings haben sich die Geschäftsbanken gleicher Bankengruppen zu Gironetzen zusammengeschlossen, sodass das überwiesene Geld meist im eigenen Bereich bleibt. In diesem Fall muss eine Überweisung nicht mit Zentralbankgeld begleitet werden. Obendrein gleichen sich die Buchungen zwischen den fünf deutschen Gironetzen am Ende des Buchungstages oft weitgehend aus. Von daher scheint es möglich, dass Geschäftsbanken insgesamt mehr Kredit ausreichen, als sie Zentralbankgeld zur Verfügung haben. Doch hatten wir nicht in Abbildung 5 gesehen, dass innerhalb des gesamten Bankensektors eine klare Korrelation zwischen Nichtbankenguthaben und ausgereichten Nichtbankenkrediten besteht? Wäre dann überhaupt denkbar, dass mehr Kredite ausgereicht werden, als Guthaben vorhanden sind?

Ja, es wäre theoretisch denkbar. Denn die Korrelation zwischen Krediten und Guthaben bestünde auch dann, wenn die Banken das Schaffen von Giralgeld nach Gutdünken ausweiten würden. Jede Kreditvergabe erzeugt nicht nur einen weiteren Forderungs-, sondern zugleich auch einen weiteren Guthabenbetrag in der hinzugefügten Buchungszeile (s.o.). Die somit stets ausgeglichene Bilanz sagt nichts darüber aus,

ob »wirkliche« Guthaben der Kreditvergabe zugrunde liegen oder nur »erfundene« – zum Beispiel wenn die Bank aus 100 Euro Spareinlagen einfach dreimal 100 Euro Kredit vergeben würde. Das wäre im Prinzip möglich, weil »die aus dem Nichts geschöpften Sichtguthaben irreführender Weise mit dem gleichen Begriff bezeichnet werden wie das anfänglich auf Bareinzahlung begründete Sichtguthaben, nämlich mit dem Begriff ›Sichteinlagen‹ – obwohl das von der Bank zusätzlich geschaffene zweite und dritte Sichtguthaben von jeweils 100 Euro nicht auf weiteren Bareinzahlungen oder Bareinlagen beruhen, sondern lediglich aus einem Buchungsvorgang entstanden sind. [...] Wer in den Bankbilanzen und Statistiken danach sucht, ob das Volumen der Kreditausleihungen die ›Einlagen‹ übersteigt, wird nicht fündig werden.«²¹

Diese Auffassung ist also in der Theorie gar nicht so leicht abzuweisen.

Einzig Spareinlagen können Kredite speisen?

Eine weitere Position vertritt die schier gegenteilige Ansicht. Ihr liegt der auf Bargeld eingeschränkte Geldbegriff zugrunde. So kann die Kreditvergabe durch Geschäftsbanken schon allein aus diesem Grunde nicht als *Geldschöpfung* gelten, sondern als Schaffen geldwerter Ansprüche – was nun innerhalb dieser Auffassung aber immer das Vorhandensein von Spareinlagen zur Voraussetzung hat. Ein Vertreter dieser Position ist Helmut Creutz, er spricht von »Ersparnisbildungen und den daraus möglichen Kreditvergaben.«²²

Wenn diese Sicht mitunter auf konkrete Geschäftsbanken angewandt wird – so als könnten die nur dann Kredit ausreichen, wenn sie Spareinlagen dafür »vorrätig« hätten –, ist das offensichtlich unzutreffend. Selbstverständlich kann jede Bank über vorhandene Guthaben hinaus Kredit geben, indem sie die entsprechende Buchungszeile hinschreibt. Fließen dann Kreditbeträge an andere Geschäftsbanken ab, müssen sie mit Zentralbankgeld (ZBG) ausgeglichen werden: »Dabei ist es gleichgültig, ob diese ZBG-Übertragung direkt mit jedem einzelnen Überweisungsvorgang abgewickelt wird (wie bei Großbeträgen üblich) oder indirekt über vorausgehende Verrechnungen über Giroringe und Aus-

gleiche zwischen diesen: Jede Überweisung von einer Bank zu einer anderen wird bis zum Abend immer durch die zahlungspflichtige Bank mit Zentralbankgeld ausgeglichen, notfalls mithilfe eines aufgenommenen Übernachtskredits bei der Bundesbank!«. ²³ Die konkrete Geschäftsbank kann also selbst Kredit aufnehmen – zum Beispiel bei einer anderen Geschäftsbank oder bei der Zentralbank –, um mehr Kredit auszureichen als sie Guthaben hat.

Über den gesamten Bankensektor gesehen gibt es in dieser Auffassung aber nur zwei wirkliche Quellen für die Kreditvergabe der Geschäftsbanken: Ersparnisbildung und Zentralbankkredite. Denn Kredite der Geschäftsbanken untereinander saldieren sich innerhalb des gesamten Bankensektors zu null. ²⁴

Freie Liquiditätsreserven

Eine dritte Auffassung kommt der eben dargelegten nahe, ihre Vertreter finden sich beispielsweise im Umfeld der Bundesbank. Auch hier ist die Bedeutung der Ersparnisbildung letztlich zentral: Um die Refinanzierung abfließender Kreditbeträge aus der Überschussreserve sicherzustellen, »muss das Bankensystem länger laufende Einlagen einwerben.« Für die Bank bedeutet dies, »dass sie den von ihr gewährten lang laufenden Kredit durch eine lang laufende Einlage refinanziert hat«. Auch die »von den Banken ausgegebenen Schuldverschreibungen [...] sind eine wichtige Finanzierungsquelle der Banken«. Und die Refinanzierung abfließender Kreditbeträge kann neben Einlagen und Schuldverschreibungen auch über Interbankkredite erfolgen; »viele Geschäftsbanken haben untereinander entsprechende Vereinbarungen«. ²⁵

Darüber hinaus kennt diese Auffassung aber noch weitere Refinanzierungsquellen für Geschäftsbanken. Der Liquiditätstheoretiker Claus Köhler ergänzt die Überschussreserve um »inländische Geldmarktpapiere, Geldmarktanlagen im Ausland sowie offene Refinanzierungskontingente«. Die Summe all dieser Komponenten ergibt die *freien Liquiditätsreserven*, und die sind nach Köhler »die zweckmäßige Größe, das Kreditschöpfungspotenzial der Banken zu bestimmen«. Im Ausnah-

mefall können Geschäftsbanken auch vorübergehend mehr Kredit ausreichen, als die freien Liquiditätsreserven zulassen (sogenannter *negativer Liquiditätssaldo*). »In einem solchen Falle weisen die Banken eine Nettoverbindlichkeit gegenüber der Zentralbank aus. Die Zahlungsfähigkeit der Bank beruht dann ausschließlich auf der Bereitwilligkeit der Zentralbank, Kredite zu geben«. ²⁶

Auch Ottmar Issing beschreibt neben der Überschussreserve (der sogenannten *primären Liquiditätsreserve*) noch eine *sekundäre Liquiditätsreserve* für die Geschäftsbanken. Sie besteht in Form von »Aktiva, die jederzeit und ohne Kursrisiko in Zentralbankgeld umgewandelt werden können« sowie in der Fähigkeit der Geschäftsbanken, sich bei der Zentralbank oder untereinander zu verschulden. »Primäre und sekundäre Liquiditätsreserven zusammen bezeichnet man als freie Liquiditätsreserven. Vom Ausmaß der freien Liquiditätsreserven hängt die Fähigkeit der Banken ab, die durch eine Geschäftsausweitung [Kreditvergabe] entstehenden Verluste an Zentralbankgeld ausgleichen zu können«. ²⁷

Geschäftsbanken können also in dieser Auffassung den Kredit-schöpfungsprozess über die Überschussreserve hinaus ausweiten – jedoch nur im Rahmen ihrer freien Liquiditätsreserven – und also, keineswegs »aus dem Nichts«. Die in Abbildung 5 gezeigte tatsächliche Ausweitung der Kreditvergabe in den 1990er-Jahren lässt sich dann ursächlich als eine Ausweitung der freien Liquiditätsreserven erklären. Die möglichen Quellen dafür reichen von Zentralbankkrediten bis zum Hebeln von Interbankkrediten (siehe nächster Abschnitt).

Was passiert in der Realität?

Zwar liegen die Aussagen der zweiten und dritten Position nahe beieinander und lassen sich etwa so zusammenfassen: »Es gibt keine einseitigen Kreditaktionen einer Bank, die aus dem voraussetzungslosen Nichts zustande kommen«. ²⁸ Die erste Position aber postuliert das genaue Gegenteil: eine voraussetzungslose »Geldschöpfung aus dem Nichts«. Was von beidem stimmt? Zur Klärung werden wir uns ansehen, ob Geschäftsbanken in der Realität wirklich zu viel Giralgeld schaffen oder

nicht. Dazu muss zunächst festgestellt werden, in welchem Ausmaß das Anwachsen der Giralgeldmenge aus volkswirtschaftlichen Gründen nötig ist. Denn dieses notwendige Ausmaß wäre den Geschäftsbanken nicht als »überschießend« anzulasten – im Gegenteil: Das *sollen* sie ja sicherstellen.

Als Grundlage ihrer Geldpolitik nutzt die EZB die sogenannte Zwei-Säulen-Strategie.²⁹ Dabei werden sowohl wirtschaftliche als auch monetäre Indikatoren (eben zwei Säulen) zur Inflationsprognose verwendet. Vereinfacht gesagt: Dem angestrebten Wachstum der Geldmenge liegen Erwartungswerte von realem Wirtschaftswachstum, Inflation und Geldumlaufgeschwindigkeit zugrunde, wobei (bisher) eine Preissteigerungsrate von zwei Prozent nicht überschritten werden soll. Auf dieser Grundlage gibt der EZB-Rat seit 1998 für das Wachstum der Menge M3 jährlich 4,5 Prozent als Orientierung vor. Diese Orientierung gilt heute nach wie vor.³⁰

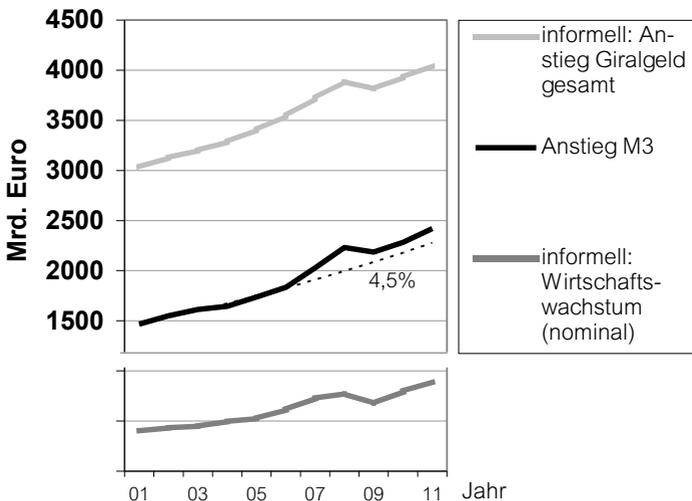
Das tatsächliche Geldmengenwachstum muss also bei gleicher Geldumlaufgeschwindigkeit der Entwicklung des realen Wirtschaftswachstums und der Inflation folgen. Beide Größen zusammen lassen sich mit dem *nominalen Wirtschaftswachstum* wiedergeben. Daneben besteht dann noch eine weitere und einleuchtende Ursache für den Geldmengenanstieg, nämlich die *Zentralbankaktivitäten*. Wenn die Zentralbank Devisen oder Ähnliches ankauft, muss die Geldmenge anwachsen (s.o.). Ebenso beim Ausgleich von Zahlungsbilanzüberschüssen aus Exporten, und gerade das ist für Deutschland von Bedeutung. »Ein Zahlungsbilanzüberschuss bedeutet, dass die Devisenreserven der Zentralbank zunehmen. Hierdurch steigt die inländische Geldmenge, [...]«. ³¹ Also: Das nominale Wirtschaftswachstum und die Zentralbankaktivitäten geben in etwa das notwendige Geldmengenwachstum vor, und für dieses besteht ein Richtwert von ca. 4,5 Prozent pro Jahr.

Betrachtet man nun das tatsächliche Wachstum der Menge M3 innerhalb der Jahre 2001 bis 2011, so wurde das 4,5-Prozent-Ziel zwar nicht genau erreicht – aber auch nicht gravierend verfehlt (Abbildung 6). Zur Orientierung zeigt die Grafik zusätzlich das Wachstum der Menge Giralgeld gesamt, auch deren Anstieg ist im Zeitraum nicht

steiler als bei M3. Und unten ist zum Vergleich das nominale Wirtschaftswachstum dargestellt, dessen Anstieg ist naturgemäß etwas flacher. Abbildung 6 lässt keinen Zweifel: Der tatsächliche Anstieg der Geldmenge hat 2001 bis 2011 weitgehend Anhalt an der Entwicklung von nominalem Wirtschaftswachstum plus Zentralbankaktivitäten. Bis kurz vor der Finanzkrise 2008/09 verlief der Geldmengenanstieg nahezu deckungsgleich mit der 4,5-Prozent-Kurve.

In den 1990er-Jahren (nicht Bestandteil der Grafik) war der Anstieg des Geldmengenwachstums freilich steiler; wir wissen es aus den Abbildungen 4 und 5. Aber auch diese unter anderem durch Zentralbankkredite sichergestellte Entwicklung war ja gesellschaftlich gewünscht und hatte nichts mit einer überschießenden Tätigkeit von Geschäftsbanken zu tun.

M3-Wachstum Deutschland 2001–2011



Quelle: Deutsche Bundesbank, Zeitreihen TXI300, TXI303, TXI307, TXI308, TXI367 und TXI387, Stat. Bundesamt Fachserie 18, Reihe 1.5, eigene Berechnungen Klaus Simon 2013

Abbildung 6

Die in Abbildung 6 wiedergegebene Realität lässt also wenig Spielraum für die Annahme einer willkürlichen Giralgeldausweitung durch Geschäftsbanken im großen Stil. Zugleich kann diese Annahme aber auch nicht restlos widerlegt werden. Im Bereich von vielleicht einem Prozent des jährlichen Geldmengenwachstums ist eine überschießende Giralgeldschöpfung nicht vollkommen auszuschließen. Doch als »außer Kontrolle geratene« Entwicklung kann man das wohl kaum bezeichnen.

Dennoch werden jene recht behalten, die ein außer Kontrolle geratenes Schaffen von Geld durch Geschäftsbanken unterstellen. Nur eben sucht man bei der Geldmenge und dem Giralgeld vergeblich. Und tatsächlich stellt ja das Giralgeld auch nur einen Teil der Bankenbilanzen dar, und die volkswirtschaftliche Geldmenge nur einen Teil des Geldes. Betrachten wir also nun den anderen Teil.

Interbankengeld

Was ist Interbankengeld?

Wenn wir die Bilanz des deutschen Bankensektors (Aktivseite) betrachten,³² zum Beispiel am Ende des Krisenjahres 2008, so sehen wir eine Bilanzsumme von 7.956 Milliarden Euro über alle Aktivpositionen. Das ist überraschend viel, denn die Menge der ausgereichten Kredite an Nichtbanken kennen wir von Abbildung 5 nur in der halben Größenordnung, nämlich:

Kredite an Nichtbanken: 3.980 Mrd. Euro

Woher kommen die restlichen knapp 4.000 Milliarden? Es sind verschiedene Einzelpositionen, zum Beispiel 392 Milliarden »sonstige Aktiva«, die wesentliche Position aber ist diese:

Kredite an Banken: 3.308 Mrd. Euro

Zu den bisher betrachteten *Nichtbankenkredit*en gibt es also eine weitere Menge *Bankenkredite* in ähnlicher Größenordnung, die wir bisher gar nicht gesehen haben. Warum ist uns diese Menge entgangen? Das liegt an der Definition:

Der Begriff Geldmenge ist strikt an den Nichtbankensektor gebunden: »Als Geldmenge bezeichnet man den Geldbestand in Händen von Nichtbanken. Guthaben von Banken werden nicht dazu gezählt. Die Geldmenge ist als Maß für die Liquidität konzipiert, die von Nichtbanken als Zahlungsmittel eingesetzt werden kann.«³³ Und auch der Begriff *Giralgeld* ist auf den Nichtbankensektor beschränkt: »Dabei handelt es sich vor allem um täglich fällige Einlagen (›Sichteinlagen‹) sowie Termin- und Spareinlagen von ›Nichtbanken‹, das heißt Wirtschaftsunternehmen, öffentlichen Institutionen und Privatleuten.«³⁴

Neben diesem Geld der Nichtbanken (Geldmenge, Giralgeld) gibt es aber auch noch das Geld des Bankensektors; hierzu gehören vor allem Guthaben und Forderungen aus Krediten, die sich Geschäftsbanken gegenseitig gewähren. Dieses Geld wird »Interbankforderungen und -verbindlichkeiten« genannt (Ottmar Issing), im Unterschied zu Giralgeld auch Interbanken-Giralgeld oder einfach *Interbankengeld*.³⁵ So spricht die Bundesbank zum Beispiel von einem »Markt für Interbankengeld«.³⁶

Giralgeld ist an den Nichtbankensektor gebunden, Interbankengeld dagegen an den Bankensektor. Erst wenn es diesen verlässt, wird daraus ein Bestandteil der volkswirtschaftlichen Geldmenge (und es ist von da an kein Interbankengeld mehr). Das ist der Grund, warum man Interbankengeld gar nicht sieht, wenn man die Geldmenge analysiert.

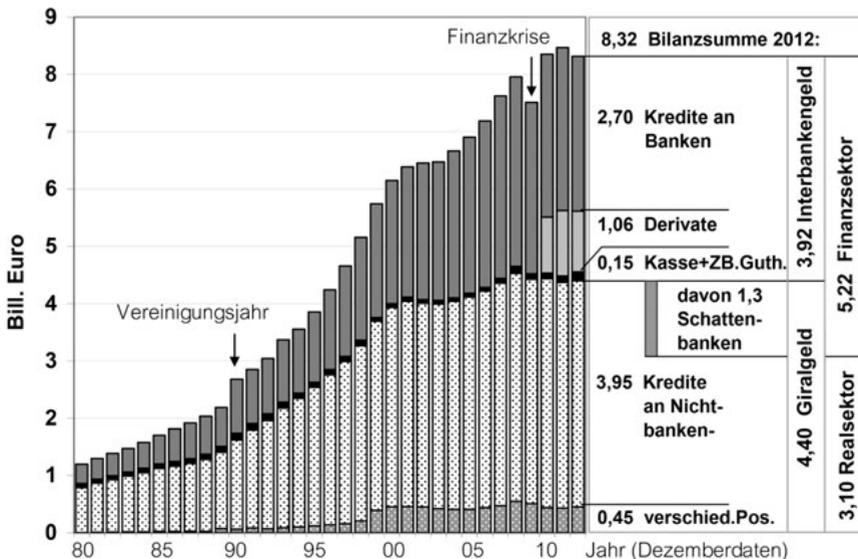
Giralgeld und Interbankengeld zusammen bilden die Bankenbilanz. Innerhalb der Bilanz entsprechen die Forderungspositionen der Aktivseite (z.B. Kredite) in Summe den Verbindlichkeitspositionen der Passivseite (z.B. Guthaben), das heißt, beide ergänzen sich in der Bilanzsumme zu null. Das gilt auch für den Teilbereich des Interbankengeldes, wie oben schon erwähnt: »Interbankforderungen und -verbindlichkeiten entwickeln sich simultan und größengleich, der Saldo

der Interbankverschuldung am Geldmarkt beträgt daher immer null«. ³⁷ Somit gilt dies ebenso für den komplementären Bereich der Nichtbanken – von dem wir ja überdies bereits gesehen hatten, dass Giralgeldguthaben und Nichtbankenkredite einander nahezu entsprechen (vgl. Abbildung 5).

Das rasante Wachstum des Interbankengelds

Der Interbankengeldmarkt lenkt freie Mittel dorthin, wo sie gebraucht werden: »Die wichtigste Funktion des Geldmarktes liegt im Liquiditätsausgleich zwischen den Kreditinstituten. Banken, die über Zentralbankgeld verfügen, das sie vorübergehend nicht benötigen, bieten diese Mittel am Geldmarkt an; Banken, die kurzfristig ein entsprechendes Defizit aufweisen, fragen Zentralbankgeld nach«. ³⁸ Im klassischen Bankgeschäft können Geschäftsbanken auf diese Weise Nichtbankenkredite refinanzieren – wie oben dargelegt. Insofern besteht und bestand immer schon ein Zusammenhang zwischen Giralgeld und Interbankengeld. Zum Beispiel gab es 1980 in Deutschland Nichtbankenkredite in Höhe von 789 Milliarden Euro. Die wurden mit einem Interbankkreditvolumen von 337 Milliarden begleitet (Abbildung 7); das waren damals 29 Prozent der Bilanzsumme. Auch heute werden im konkreten Fall Nichtbankenkredite mit Interbankengeld refinanziert. Doch seit Ende der 1990er-Jahre wuchs dann das Interbankengeld plötzlich immer stärker. Stand 2012 ist das Volumen der Interbankkredite gegenüber 1980 auf das 11-Fache (!) aufgebläht worden. Statt 29 macht es nun 47 Prozent der Bilanzsumme aus. Abbildung 7 zeigt das rasante Wachstum des Interbankengeldes (oben), der Anstieg der Kredite an Nichtbanken (unten) nimmt sich dagegen geradezu harmlos aus:

Giral- und Interbankengeld Deutschland 1980–2012 Deutscher Bankensektor Aktivseite, ohne Bundesbank, ohne Geldmarktfonds



Quelle: Deutsche Bundesbank (Zeitreihen OU0081,OU0083; OU0308, OUA006, OXA7C1, Finanzstabilitätsbericht 2012 Klaus Simon 2013

Abbildung 7

Die hier verwendeten Daten der OU0-Zeitreihen sind mit den Daten der TXI-Zeitreihen (Abbildung 5) nicht restlos vergleichbar, zum Beispiel umfassen die Kredite an Nichtbanken nach OU0083 auch Wertpapiere und Ausgleichsforderungen. Derivative Finanzinstrumente (Kreditausfallversicherungen, Finanzwetten etc.) werden erst seit 2010 gesondert ausgewiesen.

Spekulation

Mit Aufkommen des globalen Finanzmarktkapitalismus wurde das Interbankengeld zunehmend als Kapital im Spekulationsgeschäft der Geschäftsbanken eingesetzt. Abbildung 7 zeigt 2012 einen Interbankenanteil von 3,92 Billionen Euro. Dem steht ein Giralgeldanteil von

4,40 Billionen gegenüber, von dem aber 1,3 Billionen zur Schattenbankbilanz gehören.³⁹ Somit entfällt auf den Realsektor nur ein Volumen von 3,10 Billionen, während dem Finanzsektor 5,22 Billionen Euro zur Verfügung stehen: überwiegend zur Spekulation.

Doch damit nicht genug. Auch im Realsektor wird ein Gutteil der Nichtbankenkredite zu Spekulationszwecken verwendet. So ist der Geldanteil am Gesamtvermögen der deutschen Realindustrie zulasten des Sachvermögens von 31,9 Prozent (1991) auf 41,8 Prozent (2011) gestiegen. In Zahlen sind das 2,39 Billionen Euro per 2011, und mehr als die Hälfte davon – nämlich 1,41 Billionen – entfallen auf Wertpapiere.⁴⁰ Damit fließen bereits 1,41 der in Abbildung 7 gezeigten 3,10 Billionen Realsektorkapital aufseiten der Industrie in die Spekulation. Unterstellt man vom verbleibenden Rest wiederum die Hälfte als Spekulationskapital (Großvermögen von Privatpersonen und Kommunen), so wären im Realsektor rund 2,26 Billionen Euro zu Spekulationszwecken eingesetzt – so wie das Kapital des Finanzsektors ohnehin. Ganze 0,84 Billionen stünden dann überhaupt noch mit realer Wertschöpfung im Zusammenhang – das entspricht nur einem Zehntel der Bilanz des Bankensektors!

Internationale Umsatzdaten bestärken diese Abschätzung. Nach Joachim Jahnke lag 2007 der Handel von Hedgefondskapital bei weltweit 1.100 Milliarden US-Dollar pro Tag, der Währungshandel bei 1.900 und der Derivatehandel bei 3.859 Milliarden täglich. Zum Vergleich: Der weltweite Warenverkehr umfasste 2007 einen Wert von 26 Milliarden US-Dollar pro Tag. Nur noch weniger als 0,5 Prozent aller Kapitalbewegungen hatten mit realen Gütern zu tun, alles andere war Spekulation!⁴¹

*Im **Spekulationsgeschäft** finden wir einen weiteren **Grundfehler des herrschenden Geldsystems**, der die Selbstbezüglichkeit des Geldes in aller Endkonsequenz umsetzt. Damit wird die eigentliche Hauptaufgabe des Geldes, nämlich Äquivalent für reale Leistung zu sein, in eine nur noch rudimentäre Rolle verwiesen.*

Wie entsteht Interbankengeld?

Das nun ist eine interessante Frage. Wie konnte es überhaupt zum rasanten Wachstum des Interbankengeldes kommen? Woher stammt dieses Geld? Von den Guthaben der Nichtbanken? Eher nicht. Denn denen stehen in nahezu gleicher Höhe Kredite an Nichtbanken gegenüber; diese Guthaben sind als Kredit ausgereicht und somit nicht mehr Bestandteil der Liquiditätsreserven.

Wird das Interbankengeld dann vielleicht aus Zentralbankgeld gespeist? Wohl auch nicht. Ende 2012 wurden ganze 154 Milliarden Euro »Kassenbestand und Zentralbankgeld« in der Bilanz des deutschen Bankensektors geführt (Abbildung 7). Den rund vier Billionen deutschem Interbankengeld stand 11/2012 ein Bilanzvolumen des gesamten Eurosystems von nur 3,03 Billionen gegenüber, davon Forderungen an Kreditinstitute insgesamt 1,35 Billionen.⁴² Mehr Zentralbankkredite an Banken gab es im gesamten Euroraum gar nicht, und diese 1,35 Billionen verteilten sich auf alle Mitgliedstaaten. Nein, Zentralbankgeld kommt als Quelle des Interbankengeldes wohl ebenso nicht infrage.

Was aber dann? Es ist ganz einfach: Interbankengeld entsteht – so wie Giralgeld auch – durch »Kreditschöpfung« (Claus Köhler), d.h. durch Schaffen je eines Forderungs- und Guthabenbetrages, den es vorher noch nicht gab. Nur eben ist das Ergebnis kein Giralgeld. Weil die geschaffene Menge im Bankensektor verbleibt und nicht in die volkswirtschaftliche Geldmenge eingeht, handelte es sich um Interbankengeld.

Das Schaffen von Interbankengeld ist (wie das Schaffen von Giralgeld ebenso) keine voraussetzungslose Schöpfung aus dem Nichts, denn am Anfang steht immer ein Guthabenbetrag – zum Beispiel Eigenkapital –, auf das der erste Kredit gewährt wird. Und auf dieses Kreditguthaben wird nun ein Folgekredit genommen – usf. Es funktioniert analog zum oben beschriebenen Multiplikatoreffekt. Das Aufbauen einer solchen Kreditkaskade nennt man Hebeln von Krediten (*Leverage-Effekt*). Die Banken nutzen beim Hebeln der Interbankkredite ihr Privileg des kreditweisen Geldschaffens für den Eigenbedarf. Im Grunde aber ist das Hebeln nicht auf Banken beschränkt. Jeder Privatmann und

jedes Unternehmen kann auf sein Eigenkapital Kredit nehmen, davon Wertpapiere kaufen, auf diese wiederum Kredit nehmen usw. Dazu muss man keine Bank sein.

Sehen wir uns ein Beispiel an, wie eine Geschäftsbank sich Interbankengeld verschafft:

A-Bank hat 100.000 Einheiten Geldkapital. Davon kauft sie Wertpapiere in Höhe von 100.000 und nimmt auf deren Deckung 80.000 Kredit bei B-Bank. Davon kauft A-Bank wiederum Papiere, auf die sie von C-Bank 64.000 Kredit erhält, für die sie nochmals Papiere kauft. Macht zusammen 244.000 an Wertpapieren sowie 144.000 Kreditschuld bei B- und C-Bank. A-Bank hat ihr Kapital von 100.000 auf 244.000 gehebelt – ohne dazu einen einzigen Cent zu brauchen. Das Beispiel funktioniert, solange die Erträge aus Wertpapieren in Höhe von 144.000 größer ausfallen als der Kapitaldienst für 144.000 Geldeinheiten Kreditschuld. Jahrelang ging das gut.

Wie in einem Schneeballsystem lässt sich der Kredithebel vielfach hintereinander nutzen. Die jeweilige Hebelrate errechnet sich aus dem Verhältnis von Bilanzsumme zu Eigenkapital. Zur Finanzkrise 2008 hatten sich auf diese Weise Interbankkredite von 3,31 Billionen Euro aufgetürmt (Abbildung 7), deren Guthaben überwiegend zur Spekulation eingesetzt wurden. Die Hebelraten waren enorm, zum Beispiel 59 (!) bei der Deutschen Bank (Tabelle 3):

Tabelle 3

Hebelraten deutscher Banken Mitte 2008

	Bilanzsumme Mrd. Euro	Eigenkapital Mrd. Euro	Hebel-Rate
BayernLB	415,6	11,5	36,1
Helaba	174,4	4,8	36,4
Commerzbank	615,2	15,4	39,9
HSH Nordbank	204,4	4,3	47,5
WestLB	267,8	5,1	52,5
Postbank	228,6	4,3	53,2
LBBW	500,4	8,7	57,8
Deutsche Bank	1990,7	33,7	59,1
Summe	4397,4	87,8	50,1

nach Joachim Jahnke, Grafik 03802

Auswirkungen

Die Kette der gehebelten Interbankkredite ist gefährlich, weil die Kreditbesicherung oft auf erwarteten Spekulationsgewinnen beruht, die im günstigen Fall zwar hoch, aber eben doch nicht wirklich sicher sind. Mit steigender Hebelrate wächst die Wahrscheinlichkeit, dass eines der hintereinander gereihten Kettenglieder ausfällt: Der Rest der Kette stürzt ab, oft mit Totalverlust des Anfangskapitals. Wie groß das Ausfallrisiko tatsächlich ist, hat die Finanzkrise gezeigt. Geraten die Banken dadurch in Schwierigkeiten, so ist die Zentralbank bei Strafe einer Wirtschaftskrise genötigt, »die schon geschehene (!) Ausweitung der Buchgeldmenge durch entsprechende Nachlieferung von Zentralbankgeld [zu] honorieren. Dies hat sich deutlich in der letzten Finanzkrise von 2008/09 erwiesen. Die Zentralbanken mussten und müssen immer noch bei einem konstanten niedrigen Refinanzierungszins den Banken das gewünschte Zentralbankgeld praktisch ohne Limite zur Verfügung stellen. Dabei haben die Banken in ihrem Selbstverständnis als Unternehmen die Pflicht, die Renditegesichtspunkte in den Vordergrund zu stellen.«⁴³

So stehen wir hier vor dem nächsten Grundfehler des herrschenden Geldsystems: das kreditweise Geldschaffen durch Geschäftsbanken. Es fehlt dadurch die Vorabkontrolle. Und während im Nichtbankengeschäft Giralgeld nach Liquiditätsvoraussetzungen geschaffen wird und mit dem Volumen der Guthaben überwiegend korreliert, hebeln sich Geschäftsbanken gegenseitig das Interbankengeld unverhältnismäßig stark auf. Die Spekulation mit diesen Billionen von Interbankengeld hat die Finanzkrise überhaupt erst möglich gemacht.

Das kreditweise Schaffen von Giralgeld, das im Mittelpunkt der öffentlichen Kontroverse steht, ist also gar nicht das Hauptproblem, sondern das Schaffen von Interbankengeld! Wie man am Rückgang der Nichtbankencreditvergabe in den letzten Jahren sehen kann, haben die Geschäftsbanken am klassischen Bankengeschäft nur noch wenig Interesse (vgl. Abbildung 5). Das ist verständlich: »Der Zinseszins markiert mittlerweile eher die Untergrenze der möglichen Renditen.«⁴⁴ Mit »modernen« Finanzinstrumenten und Spekulation ist einfach mehr zu holen – und die werden über Interbankengeld finanziert.

Damit ist für die Geschäftsbanken die klassische Mittlerfunktion zwischen Zentralbank und Volkswirtschaft nur noch im Range einer Nebenrolle. In der Hauptrolle sind die Banken heute Spielkasinos. Wenn sie sich verzocken, bleibt dem Staat nichts anderes übrig, als sie zu stützen, denn die Volkswirtschaft ist nach wie vor auf ihre Nebenrolle angewiesen. Und die Aktivität der Zentralbank als (angeblich) steuernde Instanz ist darauf reduziert, regelmäßig frisches Geld nachzupumpen (s.o. Binswanger). Dabei ist nicht etwa Läuterung in Sicht. Die Geschäftsbanken besitzen große Mengen teils zweifelhafter Wertpapiere und können nur versuchen, damit weiter zu spekulieren wie bisher. Lag das Volumen der Interbankkredite im Krisenjahr 2008 noch bei 3,31 Billionen Euro, sind es Ende 2012 bereits 3,76 Billionen geworden (einschl. Derivateanteil).⁴⁵ Moralische Appelle zur Umkehr übersehen, dass die Banker im Rahmen des bestehenden Systems sich gar nicht anders verhalten können, als sie sich verhalten.

Auch dieser Grundfehler des herrschenden Geldsystems sei also nicht verschwiegen: die Rolle der Geschäftsbanken in ihrer heutigen Form. Sie sind die falschen Sachwalter eines falschen Systems.

Wir beenden an dieser Stelle die Analyse. Das System ist umschrieben und die wichtigsten Fehler sind benannt. Fassen wir das Wesentliche noch einmal kurz zusammen:

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Giral- und Interbankengeld

Die Bilanz des Bankensektors besteht aus zwei Teilen: Giral- und Interbankengeld. Giralgeld ist auf den Nichtbankenbereich beschränkt. Interbankengeld dagegen gehört weder zum Giralgeld noch zur Geldmenge. Es hat zwar Eigenschaften wie Giralgeld, verbleibt aber innerhalb des Bankensektors. Giralgeld und Interbankengeld entstehen beide gleichermaßen durch Kreditvergabe der Geschäftsbanken: durch Schaffen je eines Forderungs- und Guthabenbetrages. Bei Giralgeld ist dies ein Kredit von Bank zu Nichtbank, bei Interbankengeld ein Kredit von Bank zu Bank.

Der Umgang mit Giralgeld entspricht dem klassischen Bankgeschäft: Ausreichen von Nichtbankenkrediten und deren Refinanzierung zum Beispiel durch Einwerben von Kundeneinlagen (= Giralgeld) oder eben Aufnehmen von Bankkrediten (= Interbankengeld). Insofern wurde das Schaffen von Giralgeld immer schon durch Schaffen von Interbankengeld begleitet. Im Finanzmarktkapitalismus agiert das Interbankengeld nun aber vor allem als Spekulationskapital. Das ermöglicht Profite außerhalb des klassischen Bankgeschäfts.

Zur Beurteilung der Situation ist das Auseinanderhalten von Giralgeld und Interbankengeld hilfreich. Im Einzelnen lässt sich feststellen:

- Bilanztechnische Argumente allein können die Rolle der Banken nicht erhellen. Die Feststellung »Geschäftsbanken können nur als

Kredit ausreichen, was sie an Liquiditätsreserven zur Verfügung haben« ist immer richtig, weil Bilanzen immer ausgeglichen sind. Das sagt trotzdem nichts darüber aus, wie stark das Bilanzvolumen aufgebläht ist. Die Analyse der Bilanzen zeigt aber den Umfang der jeweiligen Mengen und ihre Anstiege. Dies liefert entscheidende Hinweise.

- Der Anstieg des Giralgelds in Deutschland war vor den 1990er-Jahren flach, danach vorübergehend stark: Außergewöhnliche Vorhaben wie der »Aufbau Ost« führen immer zu erhöhtem Kreditbedarf und damit zum Wachsen der Geldmenge (vgl. USA: Vietnamkrieg). Seit den 2000er-Jahren ist der Anstieg des Giralgelds wieder flach und liegt etwa im Rahmen des von der EZB vorgegebenen M3-Anstiegs. Für die Annahme einer willkürlichen Ausweitung der Kreditvergabe an Nichtbanken im großen Stil lassen die Giralgeld-Daten kaum Spielraum.
- Der Anstieg des Interbankengeldes ist dagegen klar als überschießend erkennbar und dem Spekulationsgeschäft geschuldet. Zum Begleiten des klassischen Bankgeschäfts lag der Umfang der Interbankkredite in den 1980er-Jahren unter einem Drittel des Bilanzvolumens des Bankensektors, heute aber liegt er fast bei der Hälfte. Treibende Kraft dieses Aufblähens sind die Geschäftsbanken. Beim Interbankengeld – nicht beim Giralgeld! – ist es wirklich zu einer »Verselbstständigung der Bankengeldschöpfung« gekommen.

Grundfehler und denkbare Korrekturen

Bei der Betrachtung des Geldsystems sind offensichtliche Grundfehler aufgefallen:

- Das Geldsystem ist selbstbezüglich, das Wachstum der Geldguthaben verstärkt sich selbst, weil durch das bloße Überlassen von Geldkapital – also ohne jede weitere Leistung – mehr Geld entsteht.
Dieser Fehler ist die wesentliche Ursache des strukturellen Wachstumszwangs in der Wirtschaft wie auch des rasanten Wachstums der Vermögen. Der Fehler ist nur überwindbar, falls die Rendite für das Überlassen privaten Geldkapitals entfällt. Mit der »Abschaffung des Zins« allein ist

es allerdings nicht getan. Wie beispielsweise Dirk Löhr überzeugend darstellt, ist es vielmehr erforderlich, die Gesellschaft »über eine Änderung der Eigentumsordnung konsequent zu ›entkapitalisieren«.⁴⁶ Dabei bedeutet ‚Entkapitalisieren‘ nicht die Abschaffung privaten Eigentums, wohl aber die Abschaffung von Renditen.

- Die Menge aller Giralgeldguthaben überschreitet den Bargeldumlauf um das 18-Fache. Sobald die Bankkunden einer Volkswirtschaft bei etwaigem Vertrauensverlust auch nur geringe Anteile aller Einlagen gleichzeitig abheben wollen, ist das System am Ende.

Die Risiken des Giralgeldsystems lassen sich dadurch überwinden, dass nicht mehr Giralgeld sondern vollwertiges Zentralbankgeld in der Volkswirtschaft zirkuliert. Eine solche Vollgeldreform wird heute breit diskutiert⁴⁷ (dabei sind Ausgestaltungsfragen durchaus noch strittig,⁴⁸ der Grundgedanke der Vergesellschaftung des Geldes aber ist nicht von der Hand zu weisen). Das Wachstum der Geldmenge wird sich auch bei Vollgeld im Rahmen des Wirtschaftswachstums fortsetzen. Erst in einer Wirtschaft ohne Wachstum muss die Geldmenge nicht mehr wachsen.

- Das heutige Geld ist eine Schuldgeldkonstruktion, jedem Euro Guthaben entspricht ein Euro Kreditschuld. Zusammen mit den Guthaben wachsen die Schulden unablässig, welche die Sektoren der Volkswirtschaften aufnehmen müssen.

Es wird in einem künftigen System nicht nötig sein, Geld einzig per Kredit (= Schuld) in die Volkswirtschaft zu bringen. Und dort wo dies weiterhin geschieht, wird das zwanghafte Wachsen der Schulden überwindbar, sobald das Wachstum der Guthaben sich nicht mehr selbst verstärkt (s.o.).

- Das kreditweise Geldschaffen durch Geschäftsbanken umgeht jede Vorabkontrolle und hat in der Praxis dazu geführt, dass Geschäftsbanken Interbankengeld in großen Mengen aufgehebeln haben. Die Spekulation mit diesen Billionen von Interbankengeld hat die Finanzkrise 2008/09 überhaupt erst möglich gemacht.
- Damit hängt eng zusammen, dass heute geschätzte neun Zehntel allen Geldkapitals zur Spekulation eingesetzt werden. Die eigentliche

Hauptfunktion des Geldes, nämlich Äquivalent für reale Leistung zu sein, wird in eine nur noch rudimentäre Rolle verwiesen.

- Das Geschäft der heutigen Geschäftsbanken – nämlich die Spekulation – ist als volkswirtschaftlich völlig unnützlich erkennbar.

Die letztgenannten drei Grundfehler erlauben wohl die Frage, wozu überhaupt die Gesellschaft private (d.h. an eigener Rendite orientierte) Geschäftsbanken braucht, um das öffentliche Gut ›Geld‹ zu verwalten. Wem nützen sie – außer sich selbst und den hinter ihnen stehenden Kapitaleignern? Könnte es sein, dass dieses ganze Giralgeldsystem samt Geschäftsbanken einzig dazu da ist, Geschäftsbankengewinne zu generieren? Lässt sich eine Volkswirtschaft ohne diesen Aderlass organisieren?

Solche und andere Fragen werden die nachfolgenden Beiträge näher betrachten. Sie beschreiben in Umrissen ein künftiges Geldsystem, das der Gesellschaft dient anstatt sie zu beherrschen.

- 1 [www.bankenverband.de/downloads/wissens-wert/wissenswert-gesamt-19-12-2011.pdf; 15.09.2013]
- 2 Deutsche Bundesbank: Geld und Geldpolitik, 2012, S. 11
- 3 Hans Christoph Binswanger: Die Wachstumsspirale, Marburg 2006, S. 366
- 4 ebd. S. 313
- 5 Helmut Creutz: Geldschöpfungen der Banken – Realität oder Theorie?, Humane Wirtschaft 1/2012, S. 40ff.
- 6 Ottmar Issing: Einführung in die Geldtheorie, München 2007, S. 3, 7.
- 7 vgl. ebd. S. 11
- 8 Helmut Creutz: Dauerbrenner Geldschöpfung, Humane Wirtschaft 3/2010, S. 17ff.
- 9 Ottmar Issing: Einführung in die Geldtheorie, München 2007, S. 60
- 10 vgl. Deutsche Bundesbank: Monatsbericht April 2001, S. 17
- 11 vgl. [www.bundesbank.de/gm/gm_mindestreserven.php; 15.09.2013]
- 12 Die Barreserve ist in der Praxis oft nur minimal, z.B. Landesbank Baden-Württemberg 2010: rund 1 Prozent der Bilanzsumme, in: [http://geschaeftsbericht10.lbbw.de/konzernabschluss/konzernbilanz/; 15.09.2013]
- 13 vgl. Ottmar Issing: Einführung in die Geldtheorie, München 2007, S. 63
- 14 ebd. S. 65
- 15 vgl. ebd. S. 72
- 16 Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Juni 2009, S. 58

- 17 Helmut Creutz: Dauerbrenner Geldschöpfung, Humane Wirtschaft 3/2010, S. 19
- 18 vgl. Deutsche Bundesbank: Statistiken, Euroraum-Aggregate, Geldmengenaggregate
- 19 vgl. Deutsche Bundesbank: Monatsbericht September 2011, S. 62,
[www.bundesbank.de; 15.09.2013]
- 20 Franz Hörmann: Banken erfinden Geld aus Luft, derStandard.at, 13.10.2010,
[derstandard.at; 15.09.2013]
- 21 Bernd Senf: Bankgeheimnis Geldschöpfung, S.15, April 2009, [www.berndsenf.de;
15.09.2013]
- 22 Helmut Creutz: Dauerbrenner Geldschöpfung, Humane Wirtschaft 3/2010, S. 16
- 23 ebd. S. 19
- 24 Ottmar Issing: Einführung in die Geldtheorie, München 2007, S. 85
- 25 Deutsche Bundesbank: Geld und Geldpolitik, 2012, S. 72ff.
- 26 Claus Köhler: Geldwirtschaft: Geldversorgung und Kreditpolitik, Berlin 1977,
S. 82f., 85, 111f.
- 27 Ottmar Issing: Einführung in die Geldtheorie, München 2007, S. 81
- 28 Martin Scheytt: Theoretische Grundlagen der bankgeschäftlichen Kreditgewährung,
Berlin 1962, S. 60f., hier zitiert nach: Helmut Creutz: Dauerbrenner Geldschöpfung,
Humane Wirtschaft 3/2010, S. 20
- 29 vgl. Deutsche Bundesbank: Glossar: Zwei-Säulen-Strategie,
[www.bundesbank.de; 15.09.2013]
- 30 vgl. Deutsche Bundesbank, Statistiken, Euroraum-Aggregate,
Geldmengenaggregate, [www.bundesbank.de; 15.09.2013]
- 31 Wolfgang Cezanne: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, München 2005, S. 578
- 32 vgl. Deutsche Bundesbank, Statistiken, Zeitreihendatenbanken, OU0-Zeitreihen,
[www.bundesbank.de; 15.09.2013]
- 33 Deutsch Bundesbank: Geld und Geldpolitik, 2012, S. 63
- 34 ebd. S. 52
- 35 vgl. [http://devisen-forex.de/lexikon/interbankengeld/; 15.09.2013]
- 36 vgl. Deutsche Bundesbank, Statistiken, Erläuterungen zu den Indikatoren:
Indikator I021, [www.bundesbank.de; 15.09.2013]
- 37 Ottmar Issing: Einführung in die Geldtheorie, München 2007, S. 85
- 38 ebd. S. 84
- 39 vgl. Deutsche Bundesbank: Finanzstabilitätsbericht 2012, S. 15
- 40 vgl. Statistisches Bundesamt: Sektorale und gesamtwirtschaftliche
Vermögensbilanzen, 2012
- 41 vgl. Joachim Jahnke: Grafikdatenbank, Abb.03035, [www.jjahnke.net; 02.03.2013]
- 42 vgl. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems zum 30. November 2012,
Pressemitteilung 4. Dezember 2012, [www.ecb.europa.eu; 15.09.2013]
- 43 Hans Christoph Binswanger: 100-Prozent-Geld: Wirtschaftliche Stabilität
durch Vorabkontrolle der Geldschöpfung, 4.2.2011, [schweizerdialog.ch; 15.09.2013]

- 44 Günther Moewes: Das Grundproblem des Kapitalismus,
Humane Wirtschaft 01/2008, S. 17
- 45 vgl. Deutsche Bundesbank, Statistiken, Zeitreihendatenbanken, Zeitreihen OU0081,
OXA7C1, [www.bundesbank.de; 15.09.2013]
- 46 Dirk Löhr: Vollgeld – von »Allzweckwaffen« und »blinden Flecken«,
Humane Wirtschaft 2/2011 S. 27, 31
- 47 vgl. z.B. Monetative e.V., [www.monetative.de; 12.09.2013] oder die IWF-Ökonomen
Jaromir Benes und Michael Kumhof: IWF-Forscher spielen radikale Bankenreform
durch, Handelsblatt 16.08.2012, [www.handelsblatt.com; 15.09.2013]
- 48 vgl. Dirk Löhr: Zu kurz gesprungen – von Vollgeld, Freigeld und Assetpreisinflation,
Zeitschrift für Sozialökonomie 168/169 2011, S. 46ff.

Harald Bender

Der Umbau der Finanzsysteme

**Rahmenbedingungen und Steuerungsinstrumente
einer sozialökologisch nachhaltigen Wirtschaftsweise**

Finanzkrise und Transformationsprojekt

Die Euro-Krise hat Europa gespalten und ist längst von einer Krise des Finanzsystems zu einer umfassenden Krise der wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen unseres Gemeinwesens geworden. Doch wo die Politik der Liberalisierung und der Entfesselung der Märkte in weiten Teilen des Euroraums zu Armut und Elend geführt haben, sollen die gleichen Rezepte noch immer den Weg zur Gesundung weisen. Als alternativlos gilt dabei der Ansatz, die Wirtschaft national wie auch europaweit nach den Regeln des Rendite- und Zinswettbewerbs zu gestalten und dies zum Schlüssel von Wohlstand durch Wachstum zu machen. Wo diese Dogmen aber erkennbar an ihr Ende stoßen, wird es Zeit, Wirtschaft neu zu denken und neue Konzepte und Regeln einer grundlegenden Wirtschaftswende zu entwickeln. Zentral ist hierbei der Umbau der Finanz- und Finanzierungssysteme.

Im Folgenden soll nachgezeichnet werden, wie ein eigendynamischer Schuldgeldmechanismus im Abfluss von Zinsen und Renditen aus den Unternehmen seinen Ausgangspunkt nimmt und zu dauerhaft nicht integrierbaren Widersprüchen im volkswirtschaftlichen System führt. Elemente eines Vollgeldsystems mit souveräner Geldschöpfung, öffentlichen Kapitalfonds ohne Schuldverschreibung und neutralem, im Unternehmen keine Rendite beanspruchendem Kapital sollen als grundlegende Alternativen auf dem Weg zu einer gemeinwohlorientierten und sozialökologisch nachhaltigen Wirtschaftsweise diskutiert werden.¹

Eurokrise, Souveränitätsverlust und soziale Spaltung

Die anhaltende Finanz- und Schuldenkrise hat seit 2012 europaweit ein Ausmaß angenommen, das den Kern der Gemeinwesens und der politischen Souveränität berührt. Die staatliche Refinanzierung der geplatzten Blasen des Investmentbankings ist dabei vorläufig abgeschlossen: Die Bankbilanzen sind vordergründig wieder »in Ordnung« und Anfang 2013 konnten sich die Banken der Eurozone über einen gigantischen Liquiditätsüberschuss von rund 600 Mrd. Euro (nach FAZ vom

31.01.2013) aus frischem Geld der europäischen Zentralbank freuen. Dennoch bleibt die Lage der europäischen Banken schwierig: 2011 waren bereits Kredite in Höhe von rund einer Billion Euro »faul«. Damit hat sich das Volumen nicht fristgerecht getilgter Kredite gegenüber 2008 verdoppelt.²

Noch angespannter ist die Lage der staatlichen Haushalte: In weiten Teilen Europas sind sie zerrüttet und aus einer Krise des Finanzsystems ist eine Finanzierungskrise der öffentlichen Hand geworden. Dies verschärft die Geiselhaft der Staaten gegenüber einem Finanzsystem, das dem vermeintlichen »Souverän« die Bestandsbedingungen diktiert und seine eigenen Kriterien zur Richtschnur allen Handelns macht. Die Bedrohung staatlicher Handlungsfähigkeit durch die mangelnde Kapitaldienstfähigkeit gegenüber privaten oder institutionellen Gläubigern³ ist eine groteske Verkehrung der Verhältnisse: Nicht länger schafft und regiert der Staat das Geld, sondern das Geld schafft und regiert den Staat.

Für die Mitglieder der Euro-Zone sind die vormaligen Auswege der souveränen Geldschöpfung mit Abwertung der Währung und dadurch der Schulden heute versperrt. Zur sich vertiefenden sozialen Spaltung innerhalb der EU-Staaten⁴ tritt deshalb eine ökonomische Spaltung in zahlungsfähige nördliche und de facto insolvente südliche Mitgliedsländer.

Der neue Status quo ist durch zwei Grundmerkmale gekennzeichnet: Wir sehen zum einen eine kreditgesteuerte Marktkonkurrenz der Staaten untereinander. Was zuvor für die Verhältnisse zwischen einzelnen Unternehmen galt – gedeihen oder untergehen im Druck des Wettbewerbs – gilt heute für ganze Staaten: Wo die *Rentabilität* zu gering ist, werden die Zinsen zu hoch und droht die Zahlungs- und Handlungsunfähigkeit. Dies führt zum zweiten Grundmerkmal der heutigen Situation: Die permanent wachsenden Ansprüche des Finanz- und Investment-Sektors werden im Zuge sogenannter »Anpassungsleitungen« und »Reformanstrengungen« aus Lohnminderungen und Sozialabbau finanziert⁵, um Kapitaldienste weiter erbringen und Kapitalrenditen weiter abführen zu können. Die Folge ist ein fortwährender Abfluss von

Mitteln aus der Realwirtschaft – hin zu den großen Investment- und Hedgefonds, die diese Gelder weltweit neu in Stellung bringen. Und zwar dort, wo die »strukturellen Bedingungen« am besten sind – sprich: die Löhne und Sozialleistungen am niedrigsten. Als deutscher Wirtschaftsminister hat Philipp Rösler dies anlässlich des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung 2012 beispielhaft illustriert, als er den weiteren Lohnrückgang als begrüßenswerte »strukturelle Verbesserung« kennzeichnete.

Nun hat diese Form der »Verbesserung« auch rein wirtschaftlich gedacht einen bedauerlichen Nachteil: In der strukturell vermeintlich besten Wirtschaft – in der nämlich die geringsten Löhne bezahlt werden – ist auch die Binnennachfrage am schwächsten. Deshalb ist Europa als Ganzes heute exportabhängig, so wie die deutsche Industrie schon lange abhängig ist von Exporten in die »strukturschwachen« Partnerländer. Es ist ganz einfach: Wo die Beschäftigten das Geld nicht verdienen, um die Waren zu kaufen, die sie produziert haben, muss exportiert werden. Die Exportnachfrage muss die mangelnde Binnenachfrage also ausgleichen. Es liegt auf der Hand, dass dies nur für einen Teil der Staaten eine Lösung sein kann, unter der exakt der andere Teil leidet. Der drastische Anstieg der Verschuldung Griechenlands fand nicht zufällig in einer Zeit statt, in der auch die deutschen Exporte in dieses Land florierten.

Strukturelle Defizite

Die anhaltende Krise ist weit mehr als eine Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie ist eine umfassende Zivilisationskrise, die unsere gesamten Lebensgrundlagen bedroht, indem sie die Welt mit allen natürlichen Ressourcen zur verwertbaren Ware macht. Ihre Ursachen liegen weder in der »Gier der Manager« noch in der »Unfähigkeit der Politik«, geeignete Regeln für die Welt- und Warenmärkte zu erschaffen. Die Ursachen liegen vielmehr in den strukturellen Defiziten einer Wirtschaftsweise, die den monetären Gewinn und seine Reinvestition als Kapital zum Sinn und Zweck des Wirtschaftens macht. Nicht die Erreichung

gesellschaftlicher Zwecke, sondern die Akkumulation (privater) Mittel steht dabei im Zentrum und wird in Bilanzen gemessen.

Bezogen auf das Finanzsystem führt diese Geld- und Renditesteuerung zu systematischen Rückkopplungen: Ein System, das mit Geld »arbeitet«, um mehr Geld zu »erwirtschaften« ist *selbstbezüglich*. Es tendiert zur Resonanzkatastrophe, die wir aus dem Konzertsaal kennen, wenn das Mikrofon den verstärkten Ton wieder verstärkt und wir plötzlich nur noch ein schrilles Pfeifen vernehmen. Dabei erzielt es seine Geldvolumina aus Beträgen, die für tatsächlich geleistete Arbeit nicht ausgezahlt werden. Während es nun im Inneren immer größere Summen generiert, entwertet es reale Arbeit und zehrt die Wirtschaft aus. Durch die Möglichkeit der privaten Aneignung der im Finanzsystem erzeugten Summen vertieft es zugleich die soziale Spaltung: Es macht groteske Reichtümer bei den Finanzakteuren privat verfügbar, indem es der realen Wirtschaft die Mittel entzieht, die auskömmliche Einkommen und sozialen Ausgleich ermöglichen.

So wird das Finanzsystem zu dem Teilsystem unserer heutigen Wirtschaft, in dem der Konflikt zwischen Marktinteressen und Gemeinwohlinteressen am schärfsten und sichtbarsten zutage tritt.

Aber noch ein weiterer Grundkonflikt ist diesem Wirtschafts- und Finanzsystem eingeschrieben: Der Konflikt zwischen permanent notwendigem Wachstum und dem Gebot der Nachhaltigkeit in einer begrenzten Welt.

Warum ist Wachstum die »Religion« der Wirtschaftspolitik? Warum ist unsere Wirtschaft ohne Wachstum nicht lebensfähig? Bezogen auf das Finanzsystem finden wir die Antwort in einem einfachen Mechanismus, der den Wachstumszwang verursacht: Aus praktisch jedem Unternehmen fließen a) Zinsen ab – also der Preis des Fremdkapitals – und b) Renditen – also der Preis des von Investoren eingebrachten »Eigenkapitals«. Dieser *Abfluss* – oft in dunkle Kanäle des Weltfinanzsystems – macht unter Wettbewerbsbedingungen den Zufluss neuen Fremd- oder Eigenkapitals nötig. Der effektive Kapitaldienst würde andernfalls größere Gewinnmargen erfordern als bei einem mit zusätz-

lichem, »frischem« Kapital ausgestatteten Wettbewerber, der Zins und Tilgungen sofort refinanziert und den Kapitaldienst so aus Neukrediten erbringen kann.⁶ Wann aber bekommt ein Unternehmen neuen Kredit? Wenn es in der Lage ist, auf die vergrößerten Kreditsummen Zinsen zu zahlen und auf die höheren Kapitalvolumina Renditen auszuschütten. Unter Wettbewerbsbedingungen ist die Voraussetzung hierfür in aller Regel *Umsatzwachstum*. So schafft Wachstum neues Wachstum – beschleunigt durch den Zinseszinsseffekt. Stagnation aber bedeutet Niedergang und letztlich Insolvenz. Insgesamt tritt hier ein auf der gesamten Wirtschaft lastender Wachstumszwang in Widerspruch zum grundlegenden Vernunftkriterium der Nachhaltigkeit, das schnelle Gewinne auf Kosten der Zukunft – und damit auch auf Kosten künftiger Generationen – ausschließt.⁷

Umbauziele und Rahmenbedingungen

Eine andere, eine nachhaltige, solidarische und lebensdienliche Wirtschaftsweise möchte die Abschöpfungs-, Aneignungs- und Bereicherungsfunktionen des heutigen Wirtschafts- und Finanzsystems überwinden. Die Finanzierungswege sollen die Wachstumsspiralen und den Wachstumszwang des heutigen Systems der Kapitalzuweisungen vermeiden und die systematische Dynamik fortschreitender sozialer und ökonomischer Ungleichheit und Spaltung unterbrechen – ja, in das Gegenteil verkehren. Geld soll dabei vom Zweck des Wirtschaftens wieder zu seinem Mittel werden. Aus dem privaten Kredit soll ein öffentlicher gesellschaftlicher Vorschuss werden, der treuhänderisch im Sinne des Allgemeinwohls verwaltet wird, der aber nicht zur Erzielung privater Gewinne dient.

Dies ist nicht möglich auf dem Wege eines Umbaus des Finanzsektors allein. Stattdessen bedarf es der Umformung und Verwandlung des gesamten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhangs. Dabei müssen gänzlich neue Rahmenbedingungen und Ordnungsstrukturen an die Stelle der bisherigen treten. Zu diesen Rahmenbedingungen gehören eine Demokratisierung der Wirtschaft und eine ent-

sprechende Weiterentwicklung unserer Verfassung. Demokratie darf »vor den Werktoeren nicht Halt machen«. Die Teilhabe-, das heißt die Informations-, Anhörungs- und Widerspruchsrechte der von wirtschaftlichen Entscheidungen Betroffenen, ist dabei sicherzustellen. Hier geht es primär nicht um die Umstellung der wirtschaftlichen Entscheidungsfindung auf Prinzipien der *repräsentativen* Demokratie – dies wäre das Modell der Verstaatlichung –, sondern um die »Partizipation«, also Teilhabe, der Betroffenen und sogenannten »Anspruchsgruppen«. »Partizipative Demokratie« bedeutet hier die Einbindung von Mitarbeitern, Kunden, Kommunen und Vertretern zum Beispiel ökologischer Interessen in die Gestaltungen und Entscheidungen, die unsere konkreten Lebensumstände betreffen.

Die gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Funktion der großen Unternehmen erfordert hierfür eine grundlegende Reform der Aktiengesellschaft und der Rolle, die das Kapital in den Unternehmen spielt. Die Bedeutung der großen Unternehmen für die gesamte Gesellschaft erfordert eine Ausweitung der gesetzlichen Mitbestimmung von der heute paritätischen Besetzung des Aufsichtsrates mit Arbeitnehmer- und Kapitalvertretern hin zu einem drittelparitätischen Aufsichtsrat aus Vertretern der Arbeits- und Kapitaleseite sowie der öffentlichen Hand. Unternehmen, in denen es eine entsprechende Eigentümerstruktur schon heute gibt – zum Beispiel die Volkswagen AG – zeigen, dass dies mit keinerlei Einbußen wirtschaftlicher Effizienz oder marktbezogener Rationalität einhergeht. Im Gegenteil: Die Volkswagen AG mit ihrer substanziellen Beteiligung des Landes Niedersachsen gehört zu den erfolgreichsten und innovativsten Unternehmen in Deutschland und Europa und ist zugleich vorbildlich in der Wahrung von Arbeitnehmerinteressen und Sozialstandards.

Hiermit ist allerdings noch nichts über die ökologische und gesamtgesellschaftliche »Verträglichkeit« eines drittelparitätisch gesteuerten Großunternehmens ausgesagt. Vielmehr wird auch die Drittelparität den Konflikt zwischen Gewinninteressen und zum Beispiel ökologischen Ansprüchen nicht auflösen können. Dies liegt im Rahmen der

beschriebenen Finanzierungsstrukturen an der überragenden Rolle, die der monetäre Gewinn und die daraus folgende Kapitaldienstfähigkeit in der Bilanz der Unternehmen spielen. Die Bilanz ist der gültige Ausweis des Erfolgs und damit der Kreditwürdigkeit und Kapitalmarktfähigkeit eines Unternehmens. Die Umstellung auf Kriterien der Nachhaltigkeit⁸ muss deshalb schon im Bilanzrecht selbst sowie im darauf gründenden Steuer- und Vergaberecht verankert sein. Nur so können entsprechende Prioritäten zuverlässig verankert und hierzu passende Finanzierungswege erfolgreich eingeführt werden.

In der Perspektive solcher Umstellungen und Transformationen sehen wir das Bild einer neuen, gemeinnützigen AG, die sich mit öffentlichem Kapital ohne Zins- und Renditeabfluss finanziert. Aus der »Aktiengesellschaft« wird dabei eine »Anteilsgesellschaft«, in der die Anteilsrechte die ökonomische Steuerung und die politische und soziale Partizipation regeln, aber nicht länger als Bezugsscheine für nominelle Kapitalrenditen wirken.

In der Übergangsphase ergibt sich ein gemischtes Wirtschaftsmodell, in dem gemeinwohl- und renditeorientierte Einheiten miteinander um Köpfe, Märkte und Kapitalien konkurrieren. Wenn es gelingt, die neuen und öffentlichen Finanzierungsformen attraktiver und Erfolg versprechender auszugestalten, als es die bisherigen privaten sind, kann eine interne Dynamik hin zu den neuen Kriterien des Handelns ausgelöst werden. Die Transformation – also die grundlegende Verwandlung – muss dann nicht länger nur von außen herangetragen werden, sondern findet auch von innen und eigendynamisch statt!

Das heutige Geld- und Finanzsystem

Geld als Übereinkunft

Ein Mitglied des früheren Bundesbankdirektoriums, der Finanzwissenschaftler Ottmar Issing, hat einmal kurz und bündig definiert, Geld sei alles, was Geldfunktionen wahrnimmt. Dies ist umso bemerkenswerter, als die heutige Finanzwirtschaft die ursprünglichen Funktionen des Geldes weit hinter sich gelassen hat. Geld ist längst nicht mehr nur Wertmaßstab und Tauschmittel. Und seine Funktion als Wertaufbewahrungsmittel ist zumindest fraglich geworden.

Viele ganz unterschiedliche Formen von »Geldmengen« werden von den Zentralbanken, also den sogenannten »Hütern« der Währungen, heute unterschieden – beginnend mit dem Münzgeld und den »Banknoten« über Gelder, die nur auf Konten existieren, bis hin zu verbrieften geldwerten Ansprüchen, die erst in der Zukunft (wahrscheinlich) fällig werden. All dies unterscheiden die Zentralbanken als Geldmengen M0 bis M3 oder gar M4 und nur allzu oft stößt man auf die Debatte, was davon denn »wirklich Geld« sei.⁹

In unserer Sicht entscheidend ist hier nicht die Nähe oder Entfernung des jeweils als Geld betrachteten Papiers zur ursprünglich wertgedeckten Goldmünze oder einer sonstigen »Reserve«. Entscheidend ist vielmehr der Charakter des Geldes als bindende Übereinkunft, die die Akteure auf ein jeweiliges Tun oder Lassen verpflichtet, ihnen also Ansprüche auferlegt oder Rechte gibt. Geld ist also Ausdruck einer Beziehung zwischen wirtschaftlich Handelnden, die sozial akzeptiert und rechtlich durchsetzbar ist. Als Herrschaftsinstrument bildet das Geld dabei vor allem die Beziehung zwischen Gläubiger und Schuldner ab. Das zunächst nur als »Übereinkunft« geschaffene und »sozial konstruierte« Geld, wie manche dies nennen, wird dabei durch die *Schuldrechtsbeziehung* wirksam und »real« – im Kern also durch die Verpflichtung des Schuldners, für den Geldwert zu arbeiten oder einen sonstigen akzeptierten Gegenwert für ihn beizuschaffen. In

dieser, auf kommende Arbeit oder kommenden Vermögenstransfer gerichteten Beziehung finden noch die exotischsten Geldtitel und Papiere ihre reale »Deckung«.

Schuldgeld und Schuldgeldschöpfung

Kaufkräftige *Geldtitel* – sogenannte »Giral-« oder »Buchgelder« – entstehen heute durch die Verbuchung einer Schuld. Bilanztechnisch: einer Forderung aus einer zugleich geschaffenen Verbindlichkeit. Aus welchem Geldtitel, das heißt aus welcher anspruchsbegründenden Zahl auf einem Konto oder einem Papier kann ich eine Forderung gegenüber einem Anderen oder einen Anspruch auf Besitz, also den Ausschluss eines Anderen ableiten? Und umgekehrt: welche (roten) Zahlen verpflichten mich zu welchen Unterwerfungen unter den Willen eines Anderen oder zur Aufgabe und Überschreibung meines Besitzes?

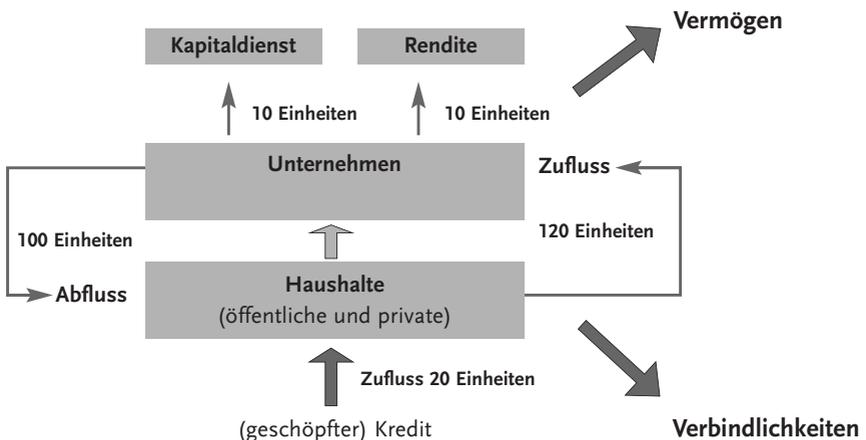
Unser heutiges Geld- und Wirtschaftssystem ist darauf ausgelegt, solche Schuld- und damit Herrschafts- und Unterwerfungsverhältnisse zu »produzieren«. Das In-die-Welt-Setzen von schuldkreierenden Zahlen, die als Geld angesehen werden und im heutigen System auch so funktionieren, ist ein wesentliches Mittel der Finanzakteure, die Macht- und Ohnmachtsverhältnisse, die An- und Enteignungen, die mit den Geldtiteln verbunden sind, im eigenen Interesse voranzutreiben und global zu verschärfen. Die Frage ist dabei nicht mehr, welche realen Werte diese Art von Geld decken, sondern inwiefern es von durchsetzbaren Ansprüchen auf die Leistungen oder den Besitz anderer gedeckt ist.

Geldzirkulation und Kredit

Seit Beginn der Finanzkrise wird die zunehmende Verschuldung, an der alle »Rettungsprogramme« bislang nichts ändern konnten, als Folge politischer Fehler und schlechten Haushaltens verstanden. Dabei wird verkannt, dass im heutigen, modernen Geldsystem Zahlungsmittel grundsätzlich parallel zu Schuldverpflichtungen entstehen. Kein »Goldstandard« und auch keine sonstigen »Reserven« begründen den Wert des im Finanzsystem neu entstehenden Geldes, sondern nur die Ver-

pflichtung der Schuldner, den Gegenwert in der Zukunft abzuleisten. Das Geld gründet insofern auf einer Schuldrechtsbeziehung. Und neues Geld, das die Banken schaffen, indem sie einen Kredit ausreichen, ist seiner Entstehung und seiner Deckung nach »Schuldgeld«. In diesem Geldregime wachsen die Schulden unabänderlich mit den Vermögen und klappt die Schere immer weiter auseinander. Während die privaten Haushalte (Beispiel BRD) in der Bilanz aller Vermögen und Verbindlichkeiten heute ein Billionen schweres Plus aufweisen, sammeln sich die Schulden bei der öffentlichen Hand und den geringer verdienenden privaten Haushalten. Die derzeitige »Rettungspolitik« hat dies europaweit noch verschärft: Während die enormen Gewinne, die aus den kreditfinanzierten Investitionen und Spekulationen resultierten, privat verbucht werden konnten, gingen und gehen die Verluste zulasten der öffentlichen Hand oder werden aus Lohnsummen und Sozialkassen bedient.

Warum nun nimmt die Summe aller Schulden permanent zu? Jeder kennt die einfache Regel, dass niemand mehr ausgeben kann, als er eingenommen hat. Es sei denn, er beansprucht einen Kredit! Die Lehrsätze der heutigen »Sparpolitik« suggerieren, dieser Kreditbedarf sei vor allem in einem falschen Ausgabeverhalten begründet. In Wahrheit aber schafft die »ganz normale« Geldzirkulation in unserem heutigen Wirt-



schaftssystem ein permanentes Ungleichgewicht von Ausgaben und Einnahmen, das durch Kredit ausgeglichen werden muss. Dabei steigen und Schulden und Vermögen spiegelbildlich.

Der Grund hierfür liegt nicht in mangelnder »Wettbewerbsfähigkeit«, das heißt relativ geringer »Produktivität« – solche Unterschiede gab es immer und wird es immer geben. Der tatsächliche Grund liegt stattdessen darin, dass Gelder aus dem Kreislauf von Löhnen und Umsätzen unproduktiv abfließen. Dies tritt dann ein, wenn Kapitaldienst erbracht wird – also Zinsen und Tilgungen gezahlt werden – oder wenn Renditen ausgeschüttet werden, also zum Beispiel Dividenden auf Unternehmensgewinne. Sobald diese Summen der Verfügung der Haushalte, die bei den Unternehmen einkaufen, entzogen sind, fehlen sie im Kreislauf. Die Unternehmen müssten nun entweder mehr Umsatzerlöse einnehmen oder weniger Löhne und Gehälter auszahlen. In beiden Fällen wäre das Gleichgewicht der Geldzirkulation aber nicht mehr gegeben und die Haushalte müssten mehr ausgeben, als sie zuvor eingenommen haben. Das nun fehlende Geld muss also durch zusätzliche Summen kompensiert werden, wenn das System stabil bleiben und nicht Umsatzeinbrüche wegen fehlender Nachfrage folgen sollen.

Woher kommen nun die zusätzlichen Summen, aus denen abfließender Kapitaldienst und abfließende Renditen wieder zugeführt werden? Sie kommen aus dem »Wiederauffüllen« des sozusagen »leckgeschlagenen« Kreislaufes – nämlich mit Kredit. Ohne den permanenten Zufluss »frischen Geldes« – und das heißt heute: neuer Kredite – wäre unsere Wirtschaft nur über wenige Zyklen überlebensfähig.

Durch den Kredit – und das ist das Bemerkenswerte – wird von den Geschäftsbanken zusätzliches Geld geschaffen. Wie im ersten Kapitel dieses Bandes aufgezeigt, ist diese Geldmehrung zwar an bestimmte Voraussetzungen gebunden, sie findet gleichwohl als rechtlich unabhängiger Akt der Geschäftsbanken statt.¹⁰ Das zusätzliche Geld entsteht, indem es auf dem Konto des Kreditnehmers, als »Haben« verbucht wird und dem Zahlungskreislauf dadurch zur Verfügung steht. Durch diesen Mechanismus, durch den die Verschuldung mit der zusätzlichen Geld-

menge wächst, wird es möglich, aus der Zirkulation von Löhnen und Umsatzerlösen immer wieder Zins- und Renditeanteile abzuschöpfen, ohne dass die Akteure – seien es Unternehmen oder Haushalte – dadurch zahlungsunfähig werden. So können große Vermögen außerhalb des ursprünglichen Austauschprozesses angehäuft werden, die mit einer gleich großen Summe an Verbindlichkeiten einhergehen. Man könnte hier auch formulieren: Es sind die Schulden, die die Vermögen überhaupt erst ermöglicht haben. Es wäre deshalb in der Tat naheliegend, einen tatsächlichen Schuldenabbau genau aus diesen Vermögen zu finanzieren, statt zum Beispiel aus einem Rückgang der Löhne und Sozialleistungen oder aus der Kürzung anderer staatlicher Leitungen. Denn all dies führt zu einem noch größeren Ungleichgewicht, das wieder zu neuem Kreditbedarf führen muss – also einer weiteren Umdrehung der Schuldgeldspirale. Während nun Schulden neue Schulden schaffen, können auf der »anderen Seite« des Schuldgeldzirkels immer neue Gewinn- und Einkommensrekorde gefeiert werden.¹¹

Schauen wir uns hierzu noch einmal den Vorgang der sogenannten »aktiven« Kreditschöpfung der Banken an – hier am Beispiel eines Kredites über 1.000 Euro. Betroffen sind zwei Konten: Das Konto des Kreditnehmers und das Konto der Bank.

Auf dem Konto des Kreditnehmers erscheint der ihm aus dem Kredit zustehende Betrag, sodass er von diesem Konto Zahlungen leisten kann. Auf dem anderen Konto, dem der Bank, erscheint derselbe Betrag als Forderung, die die Bank an den Kreditnehmer hat. Dies ist zunächst

Aktiva (Vermögensseite)		Geschäftsbank	Passiva (Kapitalseite)	
(Tilgungs-) Forderungen (an Kreditnehmer)	+1000		(Sicht-) Verbindlichkeiten (Kontoguthaben des Kreditnehmers)	+1000
Aktiva		Unternehmen	Passiva	
Sichtguthaben (Summe auf dem Konto)	+1000		Verbindlichkeiten (Zahlungsverpflichtung gegenüber der Bank)	+1000

der »Vermögensgegenstand«, mit dem der Kredit bzw. das neue Geld gedeckt ist. Entsprechend erscheint die Kreditsumme in der Bankbilanz auf der Seite der »Aktiva«, also der Vermögensgegenstände, während die Summe, die auf das Konto des Kreditnehmers gebucht wurde, in der Bankbilanz unter den »Passiva« erscheint, also den Verbindlichkeiten. Die Bank muss also – deshalb »Verbindlichkeit« – das Geld dem Kreditnehmer auf Verlangen auszahlen, während dieser es bei der Bank tilgen muss. Für den Kreditnehmer – in unserem Beispiel ein Unternehmen – ist es also umgekehrt: Was auf seinem Konto erscheint, ist sein Vermögensgegenstand, dem seine Verbindlichkeit gegenüber der Bank gegenübersteht. Wir sehen also ein Nullsummenspiel in den Bilanzen, das gleichwohl zu einer Ausweitung der für Zahlungen verfügbaren Geldmenge führt und dadurch den ursprünglich betrachteten Kreislauf zwischen Unternehmen und Haushalten aufrechterhält.¹²

Ein Weiteres ist hier zu beachten: Das Vermögen, das sich die Bank mit dem Kredit schafft, besteht bilanztechnisch in der Forderung an den Kreditnehmer. Was aber, wenn dieser die Forderung nicht erfüllen, den Kredit also nicht zurückzahlen kann? Für diesen Fall werden Kredite »besichert«, das heißt mit Vermögensgegenständen des Kreditnehmers hinterlegt. Kann dieser also seine Zins- oder Tilgungsleistungen nicht erbringen, geht ein entsprechender Teil seines Vermögens in den Besitz der Bank über. So kann die Bank aus einem zunächst nur aus Buchungen bestehenden Geld einen realen Wert- und Gütertransfer realisieren, sobald der Kreditnehmer nicht mehr liquide ist, während sie in den Zeiten der Zahlungsfähigkeit von seinen Zinsen lebt.

Entscheidend für die stetig zunehmende Macht der Finanzakteure ist dabei, dass die durch den Kredit entstehenden Forderungen bei den Geschäftsbanken sofort zu einem »Vermögen« werden, das seinerseits kapitalschöpfend eingesetzt wird – zum Beispiel im Investmentbanking –, während der Kreditnehmer die »Schuld« vom Moment der Kontierung an verzinst und sie bei der Bank, die damit »arbeitet«, tilgen muss. Der Kreditnehmer finanziert hier also die (spekulative) Tätigkeit der (Investment-) Bank, indem er die Verpflichtung für die nachfolgende

Erarbeitung des virtuell geschaffenen Geldes übernimmt und dabei gleichwertige Realwerte (Anlagevermögen, Boden) verpfändet.

Die »Schere« zwischen Vermögen und Verbindlichkeiten, die aus dem Kredit heraus ohnehin immer weiter wächst, wird durch die späteren Vermögensübertragungen also noch weiter geöffnet. Noch einmal hinzu kommt der Zins- und Zinseszinsseffekt, durch den die entstehende Ungleichheit auch ohne neue Kredite oder Sicherungstransfers permanent weiter wächst.

Umbau und Transformationsschritte

Eigentumsordnung und Investitionssteuerung

Eine Überwindung und Transformation des dargelegten Schuld- und Vermögenszusammenhangs, der die Gesellschaft spaltet und die Wirtschaft zerrüttet, muss an mehreren Stellen und mit mehreren Hebeln zugleich ansetzen. Ein Umbau des Finanzsystems alleine reicht, wie auch anfänglich dargelegt, nicht aus. Erst wenn die Abschöpfung und Privatisierung von Gewinnen – das Prinzip also, aus privatem Geld mehr Geld zu machen – als Zweck des Wirtschaftens durch neue, an gesellschaftlichen Zielen orientierte Kriterien abgelöst ist, kann auch ein neues Finanzsystem sich wirkungsvoll als Motor einer »anderen Wirtschaft« entfalten.

Der Umbau des Finanzsystems muss deshalb einhergehen mit einer neuen, an Gemeinwohlinteressen orientierten Eigentumsordnung und einer entsprechend ausgestalteten Unternehmensverfassung. Die Erreichung gesellschaftlicher und ökologischer Ziele muss schon in den Unternehmen zur Richtschnur des Handelns und zum Ausweis eines in der Unternehmensumwelt effektiv honorierten Erfolges werden. Bilanzierung, Finanzierung und gesellschaftlicher Nutzen müssen sozusagen »aus einem Guss« gestaltbar sein, wenn nicht die üblichen Zielkonflikte »gute Absichten« wieder in einen permanenten Konflikt zur »ökonomischen Realität« setzen sollen. Deshalb ist das Kriterium »ökonomi-

schen Erfolges« grundlegend umzustellen – und zwar vom potenziellen *Abfluss von Geldern* aus dem Zirkulationskreis – das heißt heute »Gewinn und Rendite« – auf die stabile Integration der zirkulierenden Summen im Kreislauf von Produktion und Nachfrage.

Die Löhne und Gehälter sind dabei nicht länger »Kosten«, die reduziert werden müssen, sondern sie sind die spezifisch *ökonomische* Zielgröße, die der zunehmend besseren Befriedigung von Bedürfnissen dient und als Maßstab der im Kern wirtschaftlichen Erfolge dient. Als ökonomische »Kosten« sind hingegen Zinsen und Renditen anzusehen, die »nach draußen« abfließen und dem Unternehmen damit nicht mehr zur Verfügung stehen. Zum Teil können wir die tatsächliche Natur der vermeintlichen Gewinne an heutigen Begriffen schon ablesen: In der Bilanz eines Unternehmens werden auch heute »Kapitalkosten« ausgewiesen, wenn Zinsen abfließen – und nicht etwa »Zinsgewinne«.

Anders ist es hingegen bei der Behandlung von Kapitalrenditen: Diese gelten – bei Aktiengesellschaften in Form der Dividende – als Verteilung des *Gewinns*. Mit seiner Verbuchung gehört dieser bei Kapitalgesellschaften aber schon gar nicht mehr dem Unternehmen, sondern seinen Anteilseignern. Deshalb wird der Abfluss von Renditen nicht als Kostenposition des Unternehmens verbucht, sondern als »Gewinnverwendung«. Auch die Bildung einer Rücklage oder die Reinvestition gehören zu den Gewinnverwendungen. Hier verbleiben die Gelder aber da, wo sie erwirtschaftet wurden. Die Bilanzposition »Gewinn« und dessen Rolle als Kriterium des Unternehmenserfolges verschleiert diesen Zusammenhang.

Warum nun »müssen« in unserer heutigen Wirtschaftsordnung Gelder abfließen und warum wird das Potenzial eines Unternehmens, solche Abflüsse zu garantieren, zum Kriterium seines Erfolgs? Hierzu gibt es im Rahmen unserer Wirtschaftsordnung zwei Gründe:

- 1) Der erste ist das Prinzip, dass der Gewinn dem zusteht, der das Kapital eingebracht hat, und der Zins dem, der den Kredit zur Verfügung stellte. Die private Finanzierung der Wirtschaftstätigkeit ist also die Ursache des Abflusses mit seinen beschriebenen Effekten. Warum aber muss die Wirtschaft *privat* finanziert werden?

In der heutigen Wirtschaftsdogmatik gilt nur das private Interesse – kondensiert im privat hineingegebenen Geld – als hinreichend rational, um effizientes Wirtschaften sicherzustellen. Doch kann dieses Dogma aufrechterhalten werden, wenn mit stetig steigendem Aufwand der »produktiven« Akteure mehr Schulden, mehr Arbeitslosigkeit und mehr Not in deren Umwelt »produziert« werden? Wenn das »Wachstum« der Wirtschaft mit Kosten einhergeht, die sozial und ökologisch kaum mehr zu beherrschen sind und die Mehrheit – global betrachtet, aber auch in den meisten Volkswirtschaften – von jeder Nutzenrealisierung ausschließt? Hier sehen wir das Auseinanderklaffen der Befunde und Erfolgsbilanzen: Was für einzelne Unternehmen und deren Beschäftigte »erfolgreich« sein kann, ist auf der größeren Bezugsebene immer öfter desaströs. Heute sind die Folgekosten – oft auch »externe Kosten« genannt – in der Regel größer als die internen »Gewinne«. Adam Smith' Diktum aus seiner Schrift vom »Wohlstand der Nationen« – nur die Verfolgung der Interessen des Einzelnen könne das Interesse der Gemeinschaft garantieren – hat heute keine Gültigkeit mehr! Das Steuerungsprinzip der privaten Finanzierung mit Gewinnabfluss muss deshalb *revidiert* – das heißt kritisch neu betrachtet und undogmatisch mit Alternativen verglichen werden.

Das heißt noch nicht, dass die Produktionsmittel nicht privat genutzt und eingesetzt werden sollen, und es heißt nicht, dass hieraus kein privater Nutzen und kein privates Einkommen entstehen soll. Im Gegenteil: Auch das aus seiner besonderen Leistung entspringende Einkommen eines »realwirtschaftlichen« Unternehmers (»Unternehmerlohn«) gehört – wie die sonstigen Löhne und Gehälter – zum »inneren Zweck« des Wirtschaftens und kann Teil eines gleichgewichtigen Zirkulationsprozesses von Einkommen und Ausgaben sein. Es geht hier also nicht um eine pauschale »Vergesellschaftung der Produktionsmittel«, wie dies die alte Linke forderte. Es geht statt dessen darum, die Ausstattung der Unternehmen mit Finanzierungsmitteln, also mit den Vorschüssen, die jede Produktion braucht, von externen privaten Interessen abzulösen und zu einer gesellschaftlichen Aufgabe zu machen. Einer

Aufgabe, die Kriterien nicht privaten sondern gesellschaftlichen Interesses folgt. Dies erfordert die schrittweise Umstellung der Finanzierung von privatem auf öffentliches Kapital. Und dies als Teil eines generellen Prozesses der *Vergesellschaftung* des Kapitals, der die produktive Kraft des »Kredits« – hier verstanden als treuhänderisch verwalteter Vorschuss – von seinen destruktiven Wirkmechanismen ablösen soll.

2) Kommen wir zum zweiten Grund des heutigen Prinzips des Rendite- und Zinsabflusses bei Investitionsfinanzierungen: Dieser liegt in der Neuverteilung von Investitionsmitteln zugunsten neuerer und effizienterer Unternehmen, also im erwünschten wirtschaftlichen Strukturwandel mit seiner »produktiven Zerstörung« (Schumpeter) – also der Ablösung alter und Entstehung neuer Industrien. Das Merkmal beschleunigten Wandels und der sozusagen permanenten industriellen Revolution – mit immer neuen Produkten und Märkten und sich stetig steigendem Absatz – ist angesichts der heutigen Ziele politischer Rahmenplanung kein taugliches Argument mehr: Wo ein klimapolitisches 2-Grad-Ziel gilt, wo die Fördermaxima benötigter Rohstoffe global überschritten werden und wo die Regenerationsfähigkeit der Natur das Wachstum an seine Grenzen stoßen lässt, ist eine Befuerung von Wachstum durch Rendite- und Zinsdruck ordnungspolitisch obsolet. Effizienzsteigerung *ohne* Wachstum wäre vielmehr das neue, volkswirtschaftlich und global vernünftige Programm. Die Annahme, ohne private Wachstumsinteressen gäbe es keinen Fortschritt und keine Effizienzsteigerung mehr, kann dabei getrost ins Reich der Fabel verwiesen werden. Im Gegenteil: Es gibt heute kaum ein Beispiel, das zeigen könnte, wie im Rahmen der Kapital- und Wachstumsspirale je ein Bedürfnis mit weniger Aufwand, also »effizienter« befriedigt worden wäre oder der Grad der Bedürfnisbefriedigung bei gleichem Aufwand gewachsen wäre. Wie aber kann ein effizienzsteigernder Strukturwandel ohne Wachstum erfolgen? Genau dann, wenn nicht länger der Abfluss von Zinsen und Renditen durch größere Umlaufmengen an Geld und Gütern kompensiert werden muss! Nehmen wir als Beispiel die bundesdeutsche Spitzenbranche, den Automobilbau. »Effizienzsteigerung« heißt dort, dass immer teurere,

schwerere und durstigere Autos produziert und verkauft werden, die immer mehr Ressourcen beanspruchen.

Dabei wird aus »jedem Tropfen Benzin« maximale Leistung herausgeholt (Effizienz!) und es gelingt, ein heute um ca. 40 Prozent höheres durchschnittliches Fahrzeuggewicht (gegenüber 1970) mit annähernd der gleichen Menge Sprit auf das Normtempo zu bringen. Zum Spritverbrauch bei tatsächlich gefahrener Geschwindigkeit werden Daten allerdings gar nicht erst veröffentlicht. Und leisten kann sich die großen Karossen kaum noch ein Kunde: Sie werden entweder von Firmen finanziert oder exportiert, das heißt an eine globale Einkommenselite bis nach China geliefert.

In Stuttgart Möhringen befindet sich die Zentrale der Daimler AG in Deutschland. Auf dem dortigen Mitarbeiterparkplatz kann man besichtigen, wie »nahe am Markt« führende Produzenten unter heutigen Markt- und Finanzierungsbedingungen sind: Automobile der Marke »Mercedes« sind dort sehr deutlich in der Minderzahl. Japanische Kleinwagen oder ältere Modelle preisgünstigerer Fabrikate prägen das Bild. Nur hier und dort eine Karosse aktueller Baureihen mit dem Stern. Wie eine der leistungsfähigsten europäischen Industrien heute nicht nur an Klimabedürfnissen, sondern auch am heimischen Markt vorbeiproduziert, wird hier augenfällig. Riesige Investitionssummen fließen in global vermarktete »Innovationen« und immense Ingenieurs- und Arbeitsleistungen werden erbracht. Doch dies führt noch nicht einmal in Deutschland als einer der »führenden Industrienationen« dazu, dass sich die Fahrzeugflotte wirklich modernisiert oder eine tatsächliche Reduktion des CO₂-Ausstoßes stattfindet – geschweige denn die Güter bezahlbarer, also für den Verbraucher kosteneffizienter werden. Aber sie werfen an einem global entgrenzten Luxusmarkt größere Kapitalrenditen ab, als dies mit kostengünstigen, also mit Verlaub »wirtschaftlicheren« Fortbewegungsmitteln je möglich wäre.

Dieses Beispiel illustriert recht anschaulich die Fehlanreize, die unser heutiges System der Investitionssteuerung mit sich bringt: Wer es schafft, die Konsumenten zu größerem Aufwand zu bewegen – und

sei er auch noch so unsinnig – kann die größten Margen realisieren. Eine solche Betrachtung der »wirtschaftlichen« Bilanz jenseits des Verhältnisses von Aufwand und realem Zweck wäre auf der Seite der Produzenten absurd: Noch nicht einmal die Vorstandsvorsitzenden der »Weltkonzerne« dürften an ihrem Arbeitsplatz beheizte Sitzflächen, Mehrzonensesselbelüftungen und eine elektronisch gesteuerte Lordose-Massage in der Rückenlehne genießen. All dies mag sehr schön sein und Herz und Lenden erquicken. Aber es ist eben nicht »wirtschaftlich«, wenn darunter eine Relation von materiellem Aufwand und rationalem oder gar volkswirtschaftlichem Nutzen verstanden wird.

Dennoch muss genau hier die Frage der Alternative besonders kritisch gestellt werden: Was sollen und was können die neuen Kriterien der sogenannten »Allokation« – also der Zuweisung und des »in Stellung Bringens« – von Investitionsmitteln sein, wenn das private Verwertungsinteresse in seiner systematisch »unwirtschaftlichen« Fehlsteuerung ersetzt werden soll? Eine generell »politische« Steuerung kann wohl nur für große, landesweite Infrastrukturmaßnahmen und Bereiche wie die Energie-, Wasser- und Gesundheitsversorgung infrage kommen, die ja schon in sich zu den öffentlichen Aufgaben gehören. Die große Mehrzahl der Betriebe aber muss nach *eigener ökonomischer Logik* wirtschaften können. Und diese Eigenlogik muss darüber entscheiden, ob sie – mit der Unterstützung der Anspruchsgruppen vor Ort – neue und zusätzliche Finanzierungsmittel erhalten oder nicht. Hier dürfen nicht Fragen des politischen Proporz, planerische Allmachtsfantasien oder bürokratische Bevormundung in die eigen-dynamischen Prozesse der Wirtschaft »hineinregieren«. Vielmehr müssen die Kriterien in den Unternehmen selbst realisierbar sein und müssen dort planvoll verfolgt werden können.

Neue Kriterien des wirtschaftlichen Handelns

Solange wir im Ordnungsrahmen einer Marktwirtschaft bleiben – und der Markt ist im Rahmen einer gemischten Wirtschaft ja *eine* der sinnvollen Ordnungsstrukturen¹³ – muss ein Unternehmen seinen Erfolg –

wie im Prinzip auch heute – nach messbaren und intern steuerbaren Kriterien selbst in der Hand haben. Als solche Kriterien werden hier 1) die Kenngrößen der *Nachhaltigkeitsbilanz* vorgeschlagen sowie 2) der Maßstab der *Wertschöpfung*, gemessen am realisierten Einkommen der Beschäftigten pro Euro investierten Kapitals.

Sehen wir uns diese beiden Kriterien kurz an:

1) In einer *Nachhaltigkeitsbilanz* – ähnlich dem Modell der Gemeinwohlbilanz bei Christian Felber, aber auch mit wichtigen Unterschieden – wird die Erreichung der *ökonomischen, sozialen und ökologischen Zwecke* eines Unternehmens nach objektiven Maßzahlen ausgewiesen und bilanziert, das heißt gegen die ökonomischen, sozialen und ökologischen *Kosten* aufgerechnet. So wie es heute für den monetären Gewinn eine für alle Unternehmen gleiche Betrachtung und Berechnungsweise gibt, in die alle Geldflüsse sowie die Rücklagen und Abschreibungen eingehen, muss es künftig eine gleichermaßen verbindliche Berechnungsweise geben, die einen ökonomischen, sozialen und ökologischen Gewinn ausweist. Wir haben es hier also mit drei im Prinzip gleichgewichtigen Kriterien zu tun, statt wie bisher mit einem.

Bei allen bilanztechnischen Details und möglichen buchhalterischen Tricks des heutigen Systems der Rechnungslegung und Berichterstattung (der Mensch ist und bleibt erfindungsreich!) hat das Prinzip des monetären Gewinns bzw. Eigenkapitalzuwachses einen nicht zu übersehenden Vorteil: Es ist im Grunde sehr einfach! So lange mehr Geld reinkommt als rausgeht – ob nun durch Umsatz oder durch Kredit – ist zwar nicht »alles«, aber doch das meiste für das Unternehmen in Ordnung bzw. kann im Berichtszeitraum bilanziell so ausgewiesen werden.

Wenn es nun drei anstelle eines Kriterium geben soll, müssen diese zumindest in sich wieder »einfach« und berechenbar sein. Was soll also »ökonomischen« Erfolg künftig kennzeichnen? Wir schlagen hierzu das Kriterium der Realisierung von Arbeitseinkommen vor, welches das Kriterium der Realisierung eines Kapitalgewinns ablösen soll. Die Einnahmen- und Ausgabenrechnung als ökonomische Basis der Tätigkeit kann dabei im Prinzip gleich bleiben und es gilt hier umso mehr: Nie-

mand kann auf Dauer mehr ausgeben als er einnimmt. Als Kriterium nachhaltigen ökonomischen Erfolges gilt nun aber, einen möglichst hohen Anteil der Einnahmen auf der Seite von Löhnen und Gehältern verbuchen zu können – ob direkt ausgezahlt an oder als Guthaben von Umlage- und Sozialkassen. Dies ist in völligem Einklang mit dem Bestreben der Politik, »Menschen in Lohn und Brot« zu bringen und für soziale Risiken vorzusorgen. Allerdings mit einem entscheidenden Unterschied: Wettbewerbsfähig ist nach dem neuen Prinzip der Bilanzierung (und damit der Steuerung des Kapitalzugangs) nicht das Unternehmen, das wenige oder gar keine »Lohnkosten« aufweist, sondern jenes, das so gut wirtschaftet, dass es sich gute Löhne und Sozialleistungen »leisten« kann. Diese »archimedische Wende« in der Betrachtungsweise war auf volkswirtschaftlicher Ebene lange Zeit eine Selbstverständlichkeit: Die »modernsten« und »produktivsten« Volkswirtschaften hatten in der gesamten Wirtschaftsgeschichte fast immer auch das höchste Pro-Kopf-Einkommen und die besten Sozialleistungen, da sie die am Markt wertvollsten Güter am effizientesten produzieren konnten und so von jedem Austausch profitierten. Und auch innerhalb einzelner »gut entwickelter« Volkswirtschaften können wir noch immer feststellen, dass viele der produktivsten und innovativsten Unternehmen nach wie vor ein weit überdurchschnittliches Lohnniveau aufweisen. Erst die neoliberale Wende, die ab den 1980er Jahren in Europa und den USA einsetzte und sich in Europa seit den 2000er Jahren radikalisiert, hat geringe Löhne und Einkommen zum Indikator der Wettbewerbsfähigkeit nicht nur einzelner Unternehmen, sondern ganzer Volkswirtschaften stilisiert. Die »alten« Industrienationen nähern sich dadurch einem Status an, den früher nur die sogenannten Entwicklungsländer beklagten: Als Niedriglohngebiete für einen externen – und das heißt heute: globalisierten – Markt zu dienen.

Warum nun ist ein Unternehmen, das höhere statt sinkende Einkommen erwirtschaftet, *ökonomisch nachhaltig*? Weil es seinen Markt eben nicht durch sinkende Löhne und damit sinkende Kaufkraft selbst beschneidet und in der Folge »neue Märkte« erschließen muss, die die

Kaufkraftlücke schließen können. Das Gegenteil ist nun der Fall: Die höheren Löhne hier stimulieren die Nachfrage an anderer Stelle und führen dort zu neuen wirtschaftlichen Chancen. So wie niedrige Löhne andere verdrängen, eröffnen hohe Löhne für andere einen Markt. Hier bewegen wir uns auf dem Boden der ganz klassischen volkswirtschaftlichen Kriterien, die heute – insbesondere in der »Euro-Zone« – auf den Kopf gestellt worden sind!

Wer hier einwenden mag, dies möge vielleicht volkswirtschaftlich stimmen, könne aber nicht für einzelne Unternehmen gelten, muss sich fragen lassen, wie denn eine Volkswirtschaft *in der Summe Wohlstand erwirtschaften soll* (dies ist das »klassische« Kriterium), wenn die Unternehmen, aus denen sie besteht, durch den politisch durchgesetzten Ordnungsrahmen gezwungen sind, das Gegenteil zu erwirken, nämlich sinkende Löhne bis hin zur Armut trotz Arbeit. Das dies heute sogar schon in der noch relativ wohlhabenden BRD anzutreffen ist, kann als Indikator für die umso größere Fehlerhaftigkeit dieser Ordnungspolitik im internationalen Maßstab gelten.

Einkommen als Kriterium ökonomischer Nachhaltigkeit kann nicht alleinstehend betrachtet werden, denn dieses Kriterium kann mit den Zielen ökologischer Nachhaltigkeit kollidieren! Einkommen schafft Nachfrage, schafft Wachstum. Dies ist im Ordnungsrahmen der Marktwirtschaft, in dem wir uns hier argumentativ bewegen, kaum vermeidbar. Nur ein tief greifender kultureller Wandel, der die Ziele des Einzelnen auf andere Bezugsgrößen als die Mengen verfügbarer Güter lenkt, kann hieran etwas ändern. Bis dahin ist allerdings eine politische Steuerung möglich und nötig, die die Marktbereiche potenziell steigender Einkommen durch eine entsprechende Gewichtung ökologischer Kriterien begrenzt.

Kommen wir zum zweiten Nachhaltigkeitskriterium, dem der sozialen Nachhaltigkeit. Auch hier können wir zunächst problemlos an das Kriterium des wirtschaftspolitischen Mainstreams anknüpfen: »*Sozial ist, was Arbeit schafft*«, lautet das Credo der »Supply Side Economics«, also der »angebotsorientierten« Ordnungspolitik, die Beschäftigung durch bessere Chancen der Kapitalverwertung schaffen will. Doch auch

hier brauchen wir einen grundlegenden Wechsel der Bezugsgröße, wenn der Prozess tatsächlich nachhaltig sein soll und in einer Beschäftigungsbilanz positiv: Sozial nicht nachhaltig ist, was Beschäftigung hier auf Kosten der Beschäftigungschancen an anderer Stelle schafft. Wer mit zehn neuen Arbeitsplätzen 20 bisherige vom Markt verdrängt, hat in der Bilanz seiner Tätigkeit Arbeitslosigkeit geschaffen und nicht Beschäftigung. Und umgekehrt: Wer Beschäftigung schafft, die an anderer Stelle weitere Beschäftigung nach sich zieht, handelt sozial nachhaltig, da nun mehr Menschen in den marktvermittelten Austauschprozess mit eigenen Einkommen integriert sind.

Dieses Kriterium sozialer Nachhaltigkeit kann nicht allein auf der Ebene einzelner Unternehmen erfasst werden, sondern muss in einer Region und über die Summe aller Regionen in einem Wirtschaftsraum erhoben werden. Die regional jeweils positive oder negative Bilanz kann dabei auf die regionalen Akteure »aufgeteilt« werden nach dem Prinzip: Wo Beschäftigung zugenommen hat, wird den umsatzstärksten Unternehmen der größte Anteil zugemessen. Dies führt zu einer positiven Bilanzkennzahl. Wo aber Beschäftigung regional zurückgegangen ist, wird die Bilanzkennzahl dort am negativsten, wo der Umsatz des einzelnen Unternehmens am größten ist, da diesem der größte Anteil am Rückgang zugeordnet wird. Je größer also der regionale Umsatz eines Unternehmens ist, desto größer ist seine Verantwortung für die Arbeitsplatzbilanz in dieser Region. Dies führt zu einem völlig anderen Verhalten gegenüber Zulieferern oder »eingesessenem« Gewerbe: Nicht mehr Verdrängen, sondern gemeinsam wirtschaften wird nun bilanziell und damit im Hinblick auf weitere Entwicklungschancen »belohnt«.

Diese Betrachtungsweise geht gut einher mit der Einrichtung »*regionaler Wirtschaftsräte*«, in denen das Vorgehen zur Verwirklichung sozialer Nachhaltigkeit abgestimmt werden kann. Zu dieser Form der Nachhaltigkeit gehören natürlich auch menschenwürdige Arbeitsbedingungen, die Einbeziehung benachteiligter Minderheiten und die Wahrung von Beschäftigungschancen zum Beispiel alleinerziehender Väter oder Mütter. Hier sind entsprechende Tarifbestimmungen und gesetz-

liche Rahmenbedingungen flankierend notwendig, um die Bilanzkennzahl einfach und leicht handhabbar zu halten. Anders als nach dem Modell der Gemeinwohlbilanz nach Felber (Modell der »Gemeinwohlökonomie«), umfasst die Nachhaltigkeitsbilanz nicht alle abgeleiteten Kenngrößen im bilanziellen Berechnungsmodell. Sie soll gleichwohl einen Berichtsteil verpflichtend umfassen, der den Status der Arbeits- und Sozialbedingungen im Unternehmen wie bei den Zulieferern dokumentiert. Dieser Berichtsteil weist – zum Beispiel gegenüber öffentlichen Auftrag- oder Geldgebern – eine verbindliche Faktenlage aus. Ähnlich wie beim heutigen »Emissionsprospekt«, durch den der Anleger erfahren soll, welche wirtschaftlichen Chancen und Risiken sein Investment umfasst, sollen hier für öffentliche Auftrag- oder Kapitalgeber die sozialen Umstände, Chancen und Risiken dokumentiert werden. Und wie beim Emissionsprospekt kann auch hier das Unternehmen »haftbar« gemacht werden, wenn es wesentliche Umstände verschweigt oder den Partner über Tatsachen hinwegtäuscht.

Machen wir uns den Unterschied ruhig noch einmal klar: Falsche Angaben über zu erwartende finanzielle Gewinne oder Verluste sind bei Kapitalgesellschaften heute strafbar! Verbindliche Angaben über zu erwartende soziale Folgen und Kosten müssen aber gar nicht erst gemacht werden. Auch hier zeigt sich wieder, wie unsere Wirtschaftsverfassung die Steigerung der finanziellen Mittel verabsolutiert und die gesellschaftlichen Zwecke und Lebensumstände außer Acht lässt. Aus dem Bereich der Wirtschaft werden diese in die Sphäre »politischer Problemlösung« verschoben, wo negative Folgen – auch mit hohem finanziellem Aufwand! – dann ausgeglichen werden müssen.

Ein Weiteres ist hier zu beachten: Beschäftigung ist nicht per se sozial nachhaltig! Sie ist es nur, wenn dadurch mehr Menschen auskömmlich in den wirtschaftlichen Austausch integriert sind. Dies betrifft nicht nur die Beschäftigten selbst, sondern auch ihr soziales Umfeld, insbesondere deren Familien. Deshalb ist ein »Familienlohn« sozial nachhaltig, während ein Beschäftigungsverhältnis, von dem keine Familie oder keine weiteren Personen »ernährt« oder unterstützt werden können,

dies nicht ist. Der Maßstab sozialer Nachhaltigkeit liegt deshalb nicht im Beschäftigungsverhältnis an sich, sondern in dessen Wirkung auf das gesamte soziale Umfeld. Entsprechend ist das Leitkriterium sozialer Nachhaltigkeit als »Inklusion« – also Einbeziehung in den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Austausch – oder »Exklusion« – also Ausgrenzung und Marginalisierung zu formulieren. Hier zeigt sich auch ein wichtiger Zusammenhang mit dem »ökonomischen« Kriterium der Realisierung von Einkommen: Wo die Einkommensspreizung zu groß wird, wird die soziale Inklusion zurückgehen, da von den Spitzen-einkommen nur wenige profitieren.

Kommen wir zum letzten und auf globaler Betrachtungsebene vielleicht wichtigsten Kriterium, dem der ökologischen Nachhaltigkeit. Die CO₂-Bilanz, also die Menge emittierter Klimagase nach CO₂-Äquivalenten bezogen auf die realisierte Wertschöpfung, ist hier eine einfach zu errechnende Kenngröße. Natürlich sind der Landschafts- und Wasserverbrauch sowie die Menge sonstiger emittierter (Schad-) Stoffe ökologisch ausschlaggebende Größen. Aber es gibt kaum Ausnahmen zu der »Regel«, dass die kohlenstoffintensivere Wirtschaftsweise nach all diesen Kriterien die schädlichere ist und umgekehrt eine positive CO₂-Bilanz mit einer Verbesserung dieser und weiterer ökologischer Faktoren einhergeht. Deshalb kann die CO₂-Bilanz heute, das heißt vor dem Hintergrund einer voll entwickelten Kohlenstoffökonomie, als Kenngröße, das heißt Indikator, verwendet werden, der anzeigt, inwieweit eine »Umkehr vom Verbrennen fossiler Rohstoffe mit seiner globalen Bedrohung des Erdklimas gelingt.

Als Wertschöpfung gilt hier wieder die realisierte Kaufkraft – gemessen an Löhnen und Gehältern – und die Emission muss natürlich alle Zulieferungen mit berücksichtigen. Wo keine exakt gemessenen oder verlässlichen Zahlen vorliegen, zum Beispiel bei Importen aus sogenannten Schwellenländern – kann hier durchaus mit der durchschnittlichen CO₂-Intensität des jeweiligen Industriesektors eines Landes als Multiplikator gerechnet werden. So ist sichergestellt, dass Zulieferungen aus »schmutzigen« Standorten die Bilanzen der Ab-

nehmer entsprechend belasten und es einen ökologischen Druck auf die dortige Produktion gibt.

Eine weitere Kenngröße muss hier beachtet werden, nämlich jene der »Zyklizität« der Wirtschaftskreisläufe, also der Wiederherstellung oder Erneuerung der verbrauchten Ressourcen im Sine einer »Kreislaufwirtschaft«. Das »ökologische« Kriterium ist hier nahe am Vernunftkriterium wirtschaftlichen Handelns überhaupt: Eine Wirtschaftsweise, die ihre Ressourcen aufzehrt statt erneuert, arbeitet auf ihr eigenes Ende hin und ist das Gegenteil von nachhaltig. Dies gilt nicht nur für die Ressource Luft und die Grenzen der Erdatmosphäre als »Abraumlager« für emittiertes CO₂, sondern auch für die Ressourcen Boden und Wasser und für die Wälder und Meere als Biosphären und Teile des globalen Ökosystems. Auch hier kann dasselbe Verfahren wie beim sozialen Indikator verwendet werden: Der Bericht ist verpflichtender Teil der Bilanz und gehört zu den Grundlagen öffentlicher Entscheidungen über Aufträge oder Finanzierungen. Entsprechend erwachsen Haftungs- und Rechtsrisiken aus unvollständigen oder irreführenden Darstellungen und der mögliche Ausschluss bei künftigen Vergaben.¹⁴

Aufgrund der Komplexität dieser Faktoren und der sich stetig fortentwickelnden Kenntnisse über ökologische Zusammenhänge und Rückwirkungen ist »Zyklizität« aber keine konstante Kenngröße, die sozusagen »mechanisch« als steuernde Bilanzzahl behandelt werden soll. Stattdessen kann die CO₂-Bilanz als Indikator dienen, der am Verbrauch fossiler Brennstoffe die definitiv *nicht* zyklische Größenordnung der Produktion oder Dienstleistung bemisst und durch den »Boden-Wasser-Luft-Bericht« – bei Großunternehmen: auch den Ökosphärenbericht – ergänzt wird.

Die dargelegten Kriterien können zu *einer Zahl* zusammengezogen werden, so wie es für den Unternehmensgewinn heute ebenfalls *eine* Zahl gibt, in die alle relevanten Faktoren schon eingerechnet sind. Der Logik *wirtschaftlichen* Handelns nach muss die Wertschöpfung – gemessen in inländischer Kaufkrafteinheit – die Ausgangszahl bilden, zumindest solange man sich gedanklich im Rahmen einer Geld- und

Marktwirtschaft bewegt, was wir bei dieser Betrachtung tun wollen. In diese Wertschöpfung gehen hier aber nur Löhne und Gehälter (inkl. »Unternehmerlohn«) ein, also dass, was tatsächlich kaufkräftig wird und im Zirkulationskreis bleibt Diese Zahl – sie steht schon heute als Summe in den Bilanzen – kann im jeweiligen Geschäftsjahr aus Einnahmen erwirtschaftet sein oder aber, falls die Einnahmen anfänglich oder dauerhaft zu gering sind, aus Investitionskrediten oder Subventionsmitteln. Der aus (Lohn-) Subventionen stammende Teil ist von den erwirtschafteten Einkommen dabei abzuziehen. Investitionskredite werden ebenfalls abgezogen – und zwar analog zum heutigen Abschreibungsverfahren zu jährlichen Prozentanteilen und verteilt über einen längeren Zeitraum (den sogenannten Abschreibungszeitraum).

Die Einkommenssumme wird nun reduziert oder erhöht um die externen Einkommenseffekte (soziale Nachhaltigkeit), die für die Region ermittelt und nach Umsatzzahlen verteilt werden (siehe oben). So kann also ein Unternehmen mit hoher eigener Wertschöpfung im Extremfall auf einen negativen Wert kommen und umgekehrt – je nachdem, wie sich die Region insgesamt entwickelt hat. Vereinfacht gesprochen hat der, der alle anderen »kaputt gemacht« hat, extrem schlechte Zahlen, während umgekehrt ein zu 100 Prozent lohnsubventionierter Betrieb mit hohem Umsatz in einer Region und steigender Beschäftigung auf positive Zahlen kommen kann – wenn nämlich die Lohnsubvention zu entsprechend viel »echter« Beschäftigung mit hoher »Inklusion« führt.

Als Letztes ist nun die ökologische Bilanz einzurechnen. Die Versuchung läge nahe, auch hier einen monetären Maßstab anzulegen. Die Erfahrungen mit dem Emissionsrechtehandel zeigen jedoch, dass eine solche Art der monetären Steuerung des Verbrauchs natürlicher Ressourcen eine eigene, kaum vorhersehbare Marktlogik entwickelt. Natürliche Ressourcen sind aber keine Ware, deren Wert von ihrem Preis bestimmt wird, sondern ein *absolutes* Gut. Deshalb muss jeder erwirtschaftete Euro daran gemessen und entsprechend gewichtet werden, wie viel an natürlicher Umwelt und Ökosphäre dafür verbraucht oder belastet (Indikator) bzw. wie viel CO₂ dafür emittiert oder dabei erneuert

wurde. Jede Abweichung vom Belastungsdurchschnitt nach unten macht den Euro in einer Nachhaltigkeitsbilanz dabei »werthaltiger«, gibt ihm also einen positiven Faktor oder Multiplikator. Jede Abweichung vom Belastungsdurchschnitt nach oben entwertet ihn bilanziell, indem ein entsprechender Divisor in Anschlag gebracht wird. So entsteht ein permanenter Druck hin zu umwelt- und ressourcenschonenden Verfahren und Produkten – und zwar nach einfachen und konstanten Rechengrößen.

Dieser kurz umrissene Entwurf zeigt, dass scheinbar völlig neue Kriterien eines im tatsächlichen Sinne »nachhaltigen« wirtschaftlichen Erfolgs sich auf klare und transparente Berechnungsregeln stützen können, die a) in Unternehmensbilanzen gut darstellbar sind und b) zur Grundlage einer Erfolgsmessung werden können, die über den Zufluss von Finanzierungsmitteln entscheidet. *Wirtschaftliche Leistung* – in einem ethischen und gemeinwohlorientierten Sinn – kann so der bestimmende Faktor eines neu geordneten Marktes bleiben, in dem der Nutzen, *hier* nicht länger mit dem Schaden *dort* einher gehen muss! Diese Art der Bilanzierung kann widerstreitende Effekte stattdessen gegeneinander aufwiegen (das ist die Grundfunktion einer Bilanz!), sodass ein tatsächlicher Nutzen nach Abzug des Schadens messbar und schon in der Unternehmensbilanz zur eigendynamischen Steuerungsgröße wird.

Die Vergesellschaftung des Kapitals

Das Konzept eines neuen, sozialökologisch nachhaltigen und gesellschaftlich solidarischen Marktes geht, wie einleitend dargelegt, *nicht* von einer generellen Vergesellschaftung der Produktionsmittel aus, sondern sieht als »Hebel« der Transformation die Vergesellschaftung des *Kapitals*.

Was nun bedeutet »Vergesellschaftung«? Es bedeutet nicht »Verstaatlichung« im Sinne der gestaltenden Kontrolle staatlichen Eigentums durch die staatliche Verwaltung. Die Wirtschaft wäre in diesem Fall eine *mittelbare Staatswirtschaft* und die Entscheidungen wären im Kern – nämlich der Frage der Finanzierbarkeit – politisch statt ökonomisch bestimmt. Es mag auch für eine solche Ordnungsstruktur starke

Argumente geben, doch ist dies mit dem Konzept der Vergesellschaftung des Kapitals nicht gemeint.

Gemeint ist vielmehr ein Prozess, in dem a) die allein private Verfügung über finanzierendes Kapital zurückgeht zugunsten einer gesellschaftlichen Partizipation und Mitgestaltung – bis hin zu einem gesellschaftlichen Entscheidungsprimat, wo es um Finanzausstattungen und Projekte mit landesweiter gesellschaftlicher Bedeutung geht. Und in dem b) schon die Entstehung und Bereitstellung der Finanzierungsmittel gesellschaftlich und öffentlich erfolgt, statt durch private Geldschöpfung und Akkumulation.

Der Prozess a) fortschreitender gesellschaftlicher Partizipation an der *Kapitalverfügung* ist heute schon in Gang! Kein großes Investitionsprojekt wird in Deutschland heute allein »privat« entschieden. Die gesellschaftlichen Interessen fließen im Aufsichtsrat, in den Anhörungs- und Genehmigungsverfahren, in den kartell- und umweltrechtlichen Rahmenbedingungen und Genehmigungspflichten und in manch weiterer Form ein. Und schon die Eigentumsstruktur einer »Aktiengesellschaft« (*Gesellschaft!*) überträgt das Bestimmungsrecht des Einzelnen auf eine Gruppe gemeinsamer Eigentümer. Diese machen gemeinsame Interessen geltend, denen der Vorstand der AG verpflichtet ist. Das dies auf dem Boden der heutigen Finanzierungssysteme und des heutigen Rechts an Kapitaleigentum vor allem und mit überragender Bedeutung private Kapitalinteressen sind, ist dabei keine notwendige Eigenart der Aktiengesellschaft an sich. Vielmehr kann diese im Sinne einer »reformierten AG« – mit Anteilen ohne Renditeanspruch – weiter in Richtung »gesellschaftlicher« Interessen verändert und transformiert werden. Der Transformationsprozess ist hier – wie überhaupt! – mit dem aktuellen Status quo nicht an seinem Ende angelangt! Wir denken hier in viel zu kurzen Fristen und viel zu wenigen Zyklen, wenn wir Wandel oder Stabilität konstatieren wollen. Und durchgreifende Veränderungen kommen oft auch ohne, dass sie überhaupt vorhergesehen wurden! Auch die jüngste Politik bietet hierfür Beispiele. Natürlich steigt, so könnte man einwenden, die Kapitalmacht

derzeit kontinuierlich an. Aber zugleich werden auf der Ebene nationaler und transnationaler Politik Institutionen geschaffen, die potenziell die Chance bieten, diese Macht gesellschaftlich wiederanzueignen.

Im Sinne einer Transformation der Grundlagen des wirtschaftlichen Handelns ist hingegen der Prozess *b)* der *Entstehung* und Bereitstellung des Kapitals der vielleicht entscheidende. Investitionskapital entsteht heute vor allem dadurch, dass ein aus Investitionen resultierender Unternehmensgewinn, also ein Teil der Umsatzerlöse, aus dem Kreislauf von Produktion und Konsumption herausgenommen wird und in eine besondere »Kasse« bzw. auf besondere Konten und »Anlagedepots« fließt, die dann für neuerliche Investitionen bereitstehen. So »akkumuliert« das Kapital, was nichts anderes bedeutet, als dass es in jeder Runde mehr wird. Dass dieses »Mehr« in externen Kassen nun im ursprünglichen Produktions-Konsumptions-Kreis durch Kredit wieder aufgefüllt werden muss, damit der Austauschprozess, der den Gewinn abwirft, überhaupt weitergehen kann, wurde oben schon dargelegt. Aus beidem zusammen ergibt sich, dass Kapital heute als (privates) Vermögen entsteht, dem eine spiegelbildliche und am Ende zumeist auch eine öffentliche Verschuldung gegenübersteht. Warum eine am Ende auch öffentliche? Auch Lohnersatzleistungen oder Lohnlücken kompensierende Sozialleistungen, die der Staat trägt, sind Teil dieses »Nachfüllens auf Kredit«, wenn sich der Staat hierfür, wie heute üblich, verschulden muss.

Die Schöpfung öffentlichen Kapitals

Unser heutiges System der Entstehung von Investitionskapital hat also neben seiner schon dargelegten kapitalbezogenen Selbstbezüglichkeit zwei weitere, ganz konkrete Nachteile aus der Sicht öffentlicher Interessen: Es monopolisiert das Eigentumsrecht an neu entstehenden Finanzierungsmitteln in privater Hand und es erzeugt zugleich Schulden beim Gemeinwesen. Diese Nachteile sollen vermieden werden, indem privates Investitionskapital Schritt für Schritt durch öffentliches Kapital ersetzt wird.

Dieses Kapital wird öffentlich geschöpft – also nicht dem Leistungskreis entzogen und neu kreditiert – sondern als Geld, das von der Zentralbank im Auftrag des Souveräns geschöpft wird, in den Wirtschaftskreislauf eingebracht. Heutige »Schuldgeldschöpfung« wird also durch »souveräne Geldschöpfung« abgelöst.

Wie kommt das souverän geschöpfte, öffentliche Kapital nun in den Wirtschaftskreislauf. Wie wird es also bereitgestellt und verteilt (»Allokation«). Und schließlich: Wie wird sichergestellt, dass es wirtschaftlich sinnvoll verwendet, also tatsächlich produktiv damit gearbeitet und für die Volkswirtschaft etwas geleistet wird?

Auch öffentliches Kapital – dies ist hier festzuhalten – muss wirtschaftlichen Leistungskriterien unterstellt werden, wenn es mit privatem Kapital erfolgreich konkurrieren, ja dieses in der Perspektive ersetzen soll. Diese Kriterien sind in den oben dargelegten Bilanzgrößen als klare, wertschöpfungsbezogene Rechnungseinheiten festzumachen. Auch öffentliches Kapital muss sich insofern »amortisieren« – wenn es nicht bewusst als Bezuschussung oder als nicht einzelwirtschaftlich kalkulierbare Investition in die soziale oder räumliche Infrastruktur behandelt wird. Dies ist aber der Ausnahme-, nicht der Regelfall. In der Regel muss öffentliches Kapital »sich rechnen«. Deshalb wird hier auch der Kapitalbegriff verwendet, der auf eine »Verwertung« der Geldmittel – hier aber unter anderen und neuen Kriterien und Bedingungen abzielt.

Die neuen Kriterien – wirtschaftliche, soziale und ökologische – wurden oben dargelegt. Wenn sie in der Unternehmensbilanz dokumentiert werden, kann in der Summe aller Bilanzzahlen auch volkswirtschaftlich beurteilt werden, ob die öffentliche Investitionspolitik erfolgreich ist oder nicht, also weitergeführt werden kann oder umgestellt werden muss.

Damit dies nicht politisch vermachtet und bürokratisch entstellt wird, ist eine eigene *Finanzkultur* zu entwickeln, so wie es heute eine *Rechtskultur* oder eine *wissenschaftliche Kultur* gibt. Eine solche Kultur geht einher mit eigenständigen Institutionen, die allgemeinen Grundsätzen unterstehen, aber »unabhängig« sind (wie z.B. die Justiz und

schon heute die Zentralbank), »frei« (wie im idealen Fall die Wissenschaft) oder »selbstverwaltet« (wie beispielsweise der öffentlich-rechtliche Rundfunk).

Diese unabhängigen Institutionen gehören nicht zur Bürokratie des Staates. Es gibt keine ministerielle Weisung und keinen Regierungsentcheid, der ihr Handeln rechtlich bestimmt. Dennoch sind es öffentliche, dem Recht, der Verfassung und letztlich dem Gemeinwohl unterstellte Einrichtungen, die in ihrem Bereich in allen genannten Beispielen ihre Aufgaben erfüllen und die ihnen aufgegebenen Kriterien erfolgreich umsetzen. Auch wenn man im Einzelnen kritisch sein will und Einflusnahmen, Lobbyismus, Gremienproporz usw. beklagt: In keinem der angeführten Beispiele kann man behaupten, dass diese Einrichtungen systematisch das Gegenteil von dem produzieren, wofür sie geschaffen wurden, oder dass die von ihnen eingesetzten Mittel den eigentlichen Zwecken zuwiderlaufen. Öffentlich-rechtliche Institutionen sind aller Erfahrung nach geeignet, vorgegebenen Kriterien in prinzipiell unabhängiger Arbeitsweise gerecht zu werden!

Wenn es um Fragen der Geldschöpfung und der Finanzierung geht, fehlt es heute an solchen Institutionen. Der Ansatz, das gesamte Geldwesen als »Monetative«, also als »geldgebende« Gewalt anzusehen und in das System der Gewaltenteilung einzubinden, geht in diese Richtung. Über die Rolle der Zentralbank als »Hüterin der Währung und der Geldwertstabilität« hinaus, sind diese Institutionen auf nationalen, regionalen und lokalen Ebenen anzusiedeln, um ein leistungsfähiges gesellschaftliches Teilsystem zu schaffen, das die öffentlichen Interessen an der Geldversorgung wahrt und auf den jeweiligen Ebenen zur Geltung bringt.

Die Banken sind dabei nur noch Mittler und Treuhänder des souverän geschaffenen und öffentlich bereitgestellten Kapitals.¹⁵

Neue Finanzierungsformen

Das hier in seinen Grundzügen umrissene neue System der Bereitstellung von Kapital macht neue Finanzierungsformen möglich, die aus dem Trilemma von Eigenkapitalfinanzierung (mit Renditeabfluss),

Fremdkapitalfinanzierung (mit Zinsabfluss) und Eigenkapitalbildung (Liquiditätsabfluss durch Kredittilgung) hinausweisen.

Wo eine produktive, das heißt nachhaltige und wertschöpfende Verwendung von Finanzierungsmitteln gegeben ist, muss auf öffentliches Kapital kein Zins erhoben werden und kann die Tilgung zeitweilig oder dauerhaft ausgesetzt werden!

Das »Fremdkapital« (was zunächst auch öffentliches Kapital ist) wird dabei zu *neutralem* Kapital, das heißt einem Kapital, das zum Unternehmen gehört und keiner anderen Rechtsperson – weder einer öffentlichen noch einer privaten – mehr zugeordnet wird. Ein Unternehmen, das vollständig mit »neutralem Kapital« finanziert ist, gehört niemandem und damit »sich selbst«. ¹⁶

Öffentliches Kapital ist im Rahmen des hier umrissenen Transformationspfades prädestiniert, zu neutralem Kapital zu werden, das keinen Zins und keine Kapitalrendite beansprucht – und sogar auf den Anspruch der Tilgung verzichtet!

Doch wie ist das möglich? Kann im Rahmen einer Markt- und Leistungswirtschaft das uralte (und selten eingehaltene) Diktum »Schulden müssen zurückgezahlt werden« ¹⁷ tatsächlich außer Kraft gesetzt werden, ohne dass es zu Mitnahmeeffekten und *Moral Hazard* kommt?

Hierfür entscheidend sind die Kriterien, nach denen Tilgungen ausgesetzt und Kapitalanteile »neutralisiert« werden und die Tatsache, dass dies nicht »auf einen Schlag« geschieht, sondern über einen langen Zeitraum, in dem sozusagen eine »Bewährung« des Finanzmitteleinsatzes stattfinden muss. Dieser Zeitraum wird in der Regel dem entsprechen, was schon nach heutiger Bilanztechnik dem »Abschreibungszeitraum« einer Investition entspricht. Doch »abgeschrieben«, das heißt Jahr für Jahr um einen berechenbaren Anteil reduziert, werden jetzt tatsächlich die Schulden, statt nur der Wert des Investitionsgutes!

Was rechtfertigt nun diese periodische Minderung, die ja einem Forderungsverzicht der öffentlichen Hand entspricht und Kredite nach und nach zum Eigentum des Unternehmens macht?

Hier ist zunächst festzuhalten, dass auch dieser Vorschlag weit weniger ungewöhnlich ist, als es zunächst erscheint: Im geltenden Steuerrecht wird schon heute ein Teil des Kapitaldienstes, nämlich der Finanzierungszins, vom zu versteuernden Einkommen eines Unternehmers oder einer »Körperschaft« (in der Regel einer Kapitalgesellschaft, also z.B. einer GmbH oder einer AG) abgezogen. Indirekt subventioniert die öffentliche Hand also auch im bestehenden Wirtschafts- und Finanzsystem den Kredit – und das nicht einmal nur, solange eine Kapitalrendite fließt, sondern de facto hinsichtlich des gesamten Kapitaldienstes, also auch für die Tilgung: Die »Alt-für-neu-Abschreibung« (AfA) reduziert die Summe des zu versteuernden Einkommens periodisch verteilt über die zu erwartende Nutzungsdauer um die Summe, die in diesem Zeitraum aufgebracht werden müsste, um den Kredit zu tilgen. Interessanterweise wird so die Tilgung unabhängig davon subventioniert, ob sie tatsächlich stattfindet. Denn statt zu tilgen, kann das Unternehmen auch Rücklagen bilden, um den Kredit am Ende abzulösen und für neue Investitionsgüter eine neuen aufzunehmen.

Warum ist das Steuerrecht so gestaltet? Weil es im öffentlichen Interesse liegt, dass Unternehmen investieren und ihre Anlagen erneuern! Anders wäre es nicht möglich, das wirtschaftliche Leistungsniveau dauerhaft aufrechtzuerhalten oder darüber hinaus Innovationen und Effizienzsteigerungen zu verwirklichen, die ja in der Regel steigende Investitionssummen erfordern. Aber auch an dieser Betrachtung sehen wir, wie unsere heutige Wirtschafts- und Finanzverfassung den tatsächlichen Nutzen zu einem sekundären Effekt primärer Kapitalverwertung macht: Nur wo es Gewinne einer Kapitalgesellschaft »vor Steuern und Abschreibungen« (EBITA) gibt, kann eine solche indirekte Subvention der Finanzierungsmittel greifen. Wo aber im »EBITA« (EarningsBeforeIncometaxes&Abbreviations) eine schwarze Null erscheint, also kein Gewinn realisiert wurde, kann diese indirekte Subvention nicht genutzt werden. Doch nicht nur indirekt, sondern auch als direkte Bezuschussung oder in Form kostenlos bereitgestellter Infrastruktur finanziert der Staat heute »wichtige« Unternehmen. In sogenannten Strukturprogrammen

werden Fördermittel bereitgestellt, die zum Beispiel der Entwicklung »strukturschwacher« Regionen dienen (oft auch über EU-Mittel). Und bei drohender Insolvenz großer Arbeitgeber hilft der Staat in der Regel mit hohen Millionen- oder gar Milliardensummen aus. Wo er es – oft aus »ordnungspolitischen Gründen – nicht tut, finanziert er die »Sozialpläne« mit, steht also für die Folgen der Insolvenz mit ein.

Wenn wir all dies zusammennehmen, steckt die öffentliche Hand heute Jahr für Jahr zwei- bis dreistellige Milliardenbeträge in die Finanzierung der Wirtschaft, ohne dass sie dieses Geld von den Empfängern direkt zurückerhalten wird. Sie tut dies in der Aussicht, dass hierdurch Arbeitsplätze geschaffen werden und aus dem entsprechenden Einkommen Steuereinnahmen und Beiträge an die Sozialkassen fließen, sodass die Ausgaben des Staates durch die Staatsquote am Einkommen wieder ausgeglichen werden.

Genau dieses Prinzip kann nun auch für die Bereitstellung und Neutralisierung von öffentlichem Kapital gelten: Wo aus der Investition dauerhafte Einkommen realisiert werden, amortisiert sie sich aus Sicht der öffentlichen Hand. Unter den Bedingungen souveräner Geldschöpfung ist sie auf eine Rückzahlung der Kredite dabei nicht angewiesen, denn in dem Maße, wie Geld in der Wirtschaft produktiv zirkuliert, kann neues Geld geschöpft werden. Das ist im Prinzip wie heute, allerdings mit dem entscheidenden Unterschied, dass in dem Maße, wie neues Geld geschöpft und bereitgestellt werden kann, eine vorherige Schuld »ausgebucht« und sozusagen »abgeschrieben« wird. Die Geldmenge steigt dabei mit der Summe aller Einkommen (wie sollte es anders sein?), ohne dass zugleich die Summe der Verbindlichkeiten zunimmt. Die notorische »Schere« zwischen Vermögen und Schulden ist dann nicht länger Begleiterscheinung eines »ganz normalen Funktionierens« der Wirtschaft, die damit im heutigen System ihre eigenen Grundlagen zerstört. Stattdessen kann »Geld ohne Schuld« in den Wirtschaftskreislauf gelangen und wird öffentliche Gestaltbarkeit im konstruktiven Sinn statt primär als Reparaturleistung möglich.

Was aber ist mit dem Leistungsprinzip und dem *Moral Hazard*? Kann tatsächlich sichergestellt werden, dass das öffentliche Kapital produktiv und wertschöpfend eingesetzt wird?

Die neue Rolle der Banken und Finanzinstitutionen erscheint zunächst als eine »Rückführung« auf Grundaufgaben. Aber sie ist zugleich die Betrauung mit einer neuen, hoch verantwortungsvollen und anspruchsvollen Aufgabe, nämlich jener der Prüfung von Investitionsprojekten nach ihren tatsächlichen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen. Die ist weit mehr als das heutige »Kreditgeschäft«, das nach monetären Erfolgswahlen gestaltet wird, denn es erfordert einen umfassenden Gestaltungshorizont, wie er heute im Prinzip im Investmentbanking, wenn auch unter anderen Vorzeichen, nötig ist. So wie heute die Investmentbanken »Research«-Abteilungen unterhalten, die die Märkte nach allen Trends und Einflussfaktoren analysieren und prognostizieren, so brauchen auch die neuen Finanzinstitute umfassende Expertise und ein Know-how weit über den Finanzbereich hinaus, um erfolgsträchtige Zukunftsprojekte zu erkennen.

Dies muss eingebunden sein in ein Partizipations- und Beratungsumfeld, das gesellschaftliche Gruppen, Betroffene, Bürgerinitiativen und Fachexperten in neue, öffentlich-rechtliche Finanzinstitutionen integriert. Dies ist Teil einer neuen, interdisziplinären und »offenen« Finanzkultur, in der unter gemeinwohlorientierten Perspektiven Zukunftsentwürfe entwickelt werden – wie in den heutigen »Think-tanks« der »Big Player« des Kapitals.

All dies ist der Bereich der Prognose und der »Zukunftsentscheidung«, also der schwierigste Sektor. Bezogen auf das Vergangene liegen als »Realitätscheck« und Maßstab der Auswertung von Erfolg- oder Misserfolg die neu strukturierten Bilanzzahlen vor, wie sie im Abschnitt »neue Kriterien« beschrieben wurden – also die sozial und ökologisch bereinigten Wertschöpfungssummen.

Da die »Neutralisierung« der Finanzierungssumme über viele Jahre – vergleichbar dem üblichen Abschreibungszeitraum – erfolgt, kann über diesen gesamten Zeitraum nachgehalten werden, ob das Kapital

tatsächlich entsprechend den dargelegten Zwecken und mit volkswirtschaftlich produktiven Effekten eingesetzt wird. Und wo dies nicht der Fall ist, wird wieder Tilgung fällig! So haben die Unternehmen auch unter den neuen Finanzierungsformen einen starken Anreiz, effektiv und produktiv zu wirtschaften – nun allerdings unter volkswirtschaftlichen und gemeinwohlbezogenen statt »privaten« Kriterien. Und auch unter den neuen Maßgaben gilt: Das schlecht wirtschaftende Unternehmen wird untergehen und anderen, besser wirtschaftenden Platz machen. Der Maßstab, des »guten« oder »schlechten« Wirtschaftens ist nun allerdings ein ganz anderer!

Umbaustufen, Maßnahmen und Zielhorizonte

Der Umbau der Finanz- und Finanzierungssysteme muss, wie oben dargestellt, mit einer grundlegenden Umstellung der Logik wirtschaftlichen Handelns in den Unternehmen einhergehen und mit einer neuen Definition der Rolle der Banken bzw. Finanzinstitutionen. Deshalb ist der Umbau der Finanzsysteme nur *ein* Transformationspfad, der mit weiteren (Unternehmensverfassung, Verfassungswandel, »solidarischer Markt«)¹⁸ einhergeht. Erst im Zusammenwirken der einzelnen Pfade wird unseres Erachtens ein grundlegender Wandel hin zu einer lebensdienlichen Wirtschaftsweise möglich. Deshalb darf das Finanzsystem mit seinem Zins- und Aneignungsregime nicht isoliert und als allein entscheidender Hebel betrachtet werden, wie dies bei manchen Kritikern der heutigen Wirtschaftsweise der Fall ist.

Dennoch sollen im Folgenden die Stufen und Schritte des Umbaus mit dem Fokus »Finanzsystem« kurz umrissen werden, um dieses Politikfeld »greifbar« und Handlungsfelder erkennbar zu machen. Dabei sind kurzfristige, heute schon umsetzbare Maßnahmen von mittelfristigen Umbauschritten sowie einem langfristigen Zielhorizont zu unterscheiden, der zu grundlegend anderen Formen der Allokation des gesellschaftlichen Reichtums im Sinne einer echten Transformation führt.

Kurzfristige Maßnahmen

Hier handelt es sich um Maßnahmen zur Eingrenzung der Macht – man könnte auch sagen »Entwaffnung« – der Finanzindustrie, die legislativ sofort als Einzelmaßnahmen umgesetzt werden können. Solche Maßnahmen sind heute Teil des politischen Diskurses und der politischen Programmatik, insbesondere seitens der Linken aber auch der Grünen und der SPD (Steinbrück-Papier):

- Trennung Investment- und Geschäftsbanken.
- Finanztransaktionssteuer mit Regulierungs- und Entschleunigungsfunktion.
- 100 Prozent Eigenkapitaldeckung (Haftung) der Investmentbanken bei allen Wertpapiergeschäften.
- Verbot des spekulativen Handels mit Produkten oder Derivaten, die man nicht besitzt und auf die man keine im Preis feststehende Kaufoption hat (»unsettled Shortselling«).
- Verbot und Ächtung jeden Handels mit Schadensereignissen, auf die man selbst Einfluss nehmen kann, ohne vom möglichen Schaden betroffen zu sein (Beispiel: Handel mit Credit Default Swaps).
- Lizenzentzug für den derivativen Handel mit Krediten oder Kreditausfallversicherungen oder anderen schadenbezogenen Versicherungen.
- Lizenzentzug für derivative Wertpapiergeschäfte der Schattenbanken (»Zweckgesellschaften«).
- Unabhängiges, öffentlich-rechtliches Rating.
- Internationaler Schuldenaudit und Transparenz der Kapitalströme.

Mittelfristiger Umbau

Der mittelfristige Umbau geht über die finanzmarktspezifischen Maßnahmen grundlegend hinaus. Er verfolgt das Ziel der Etablierung neuer Kriterien und Methoden der Geldschöpfung und Kapitalallokation, die aufeinander abgestimmte Regelungen und neue strukturelle Zusammenhänge erfordern, die oben im Detail dargestellt wurden:

- Schulden- und Vermögensschnitt (oder symmetrischer periodischer Abbau) als Basis des Umbaus.

- Sukzessiver Prozess der Vergesellschaftung des Kapitals.
- Neue Kriterien der Erfolgsmessung und des Kapitalzugangs der Unternehmen («Nachhaltigkeitsbilanz«).
- Sukzessiver Prozess der Neutralisierung des Kapitals.
- Öffentliches Monopol der Geldschöpfung («Vollgeldsystem« und »Souveräne Geldschöpfung« statt »Giralgeldschöpfung«).
- Wiedergewinnung staatlicher Geldsouveränität.
- Monetäre Finanzierung von Infrastruktur und gemeinwohldienlichen Unternehmen und Projekten.
- Demokratische Legitimation und partizipative Gestaltung gemeinwohldienlicher (monetärer) Finanzierungen.

Langfristiger Zielhorizont

Im langfristigen Zielhorizont eines solidarischen, nachhaltigen und lebensdienlichen Finanzsystems ist die *Überwindung des Schuldgeldprinzips* mit seinen gesellschaftlich spaltenden und »blindes« Wachstum erzwingenden Funktionen der zentrale Faktor. Kapital wird dabei zu gesellschaftlichem Reichtum, der öffentlichen Interessen dient, aber nicht privat besessen und »aus sich heraus« vermehrt wird:

- Wachstum gesellschaftlichen Vermögens ohne bilanzielle Schuldkontierung.
- Strukturelle Schließung der Schere zwischen Vermögen und Schulden.
- Überwindung der privaten Aneignung von Zukunft / der Vermögensbildung auf Basis fremder Verbindlichkeiten.
- Zurückgewinnung der gesellschaftlichen Gestaltung von Zukunft durch »Kapital als Vorschuss der Gesellschaft« ohne private »Verwertung«.
- Überwindung der Selbstbezüglichkeit des Kapitals.
- Wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Arbeit als Quelle jeden Reichtums.
- Überwindung des »wirtschaftlichen« Prinzips des Gewinns/Reichtums auf Kosten Dritter (gesellschaftlich und international).

Resümee und Ausblick

Kapital kann als eine spezifisch moderne Form der Mobilisierung von Arbeit und der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte betrachtet werden. Nach den selbstbezüglichen Kriterien der Akkumulation entfaltet es eine »ungeheure« Produktivität, die ein Mehr und immer Mehr erzwingt, bis hin zur Destruktion der sozialen und natürlichen Umwelten, die vom »*Kapital ist muss!*-Prinzip«¹⁹ erfasst werden.

Das scharfe Instrument eines in vielerlei Hinsicht »blinden« Fortschritts und einer oft nur instrumentellen Rationalität wird so vom Organisationsprinzip zukunftsgerichteter Investitionen zum Mittel der Zerstörung von Zukunft überhaupt.

Die Grenzen des Wachstums sind heute erreicht. Dies kann niemand mehr bestreiten, der die globalen Zahlen zur Erderwärmung, zum Klimawandel und zur Vernichtung natürlicher Lebensräume zur Kenntnis nimmt.

Mit den hier dargelegten Modellen und Vorschlägen soll ein Weg erkennbar gemacht werden, der die produktiven und schöpferischen Kräfte des Kapitals²⁰ – als Mittel der Organisation von Zukunftsinvestitionen! – von seinen destruktiven, blindes Wachstum erzwingenden Eigenschaften und Mechanismen Schritt für Schritt ablösen kann, um die Zweckbestimmung des Kapitalprinzips schließlich zu transformieren.

Geld muss dabei von einer Ware – darin liegt seine grundlegende Selbstbezüglichkeit! – zu einem Instrument werden, das exakt den *Waren*charakter ausschließt! »Money as an instrument, not as a commodity!« lautet hierzu eine eingängige Formel, die Ulrich Duchrow geprägt hat.

Als Ware – also als Ding, das dazu da ist, mehr Geld und das heißt hier: mehr von sich selbst hervorzubringen – ist das Kapital nicht nur der Ermöglicher, sondern für alle Zeiten der Erzwinger von Wachstum schlechthin.

Das Gegenprogramm lässt sich nun klar formulieren:

- Kapital soll sich nicht »aus sich heraus« vermehren bzw. Überschüsse »abwerfen«. Dies zielt ab auf den nominellen Zins und die Zinseszinsfunktion und auf den Renditeabfluss.
- Es soll nicht als Schuldverhältnis entstehen. Dies zielt ab auf den Vorgang der Kapital- bzw. Kreditschöpfung, der wie gesehen unter anderem eine Ausweitung der Geldmengen und damit Wachstum erzwingt.
- Es soll eine »öffentliche Sache« werden. Dies zielt ab auf den Souverän und das Gemeinwesen als Beherrscher des Geldes statt als Beherrschte.
- Es soll nur treuhänderisch im Sinne des Gemeinwohls und der öffentlichen Sache eingesetzt werden. Dies zielt ab auf die Grenzen privater Verfügungsmacht über die Mittel zur Gestaltung der Zukunft.
- Es soll an die Unternehmen und Einrichtungen gebunden bleiben, in denen es durch Leistung und Wertschöpfung entsteht. Dies richtet sich gegen den »freien Fluss« und die freie Handelbarkeit von Kapital und Anteilsscheinen.

Nach heutiger Eigentumslogik »besteht« ein Unternehmen aus Kapitalanteilen, die »besessen« werden können und beliebig teilbar handelbar sind. Wer über 50 Prozent dieser Anteile besitzt, besitzt das Unternehmen. Wie ein Sache. Er kann nun im Prinzip damit machen, was er möchte. Es umgestalten, »verkaufen«, stilllegen, vernichten ... Das Unternehmen wird zu einer Sache, die leider mit Menschen und deren die Kapitalverwertung störenden Bedürfnissen behaftet ist.

Damit der Mensch und seine Bedürfnisse wieder an die erste Stelle treten können, muss Kapital auf seine Eigenschaft als Investitionsmittel fokussiert werden. Die Eigenschaft der Besitzanzeige ist hiervon abzulösen. Das Unternehmen nimmt den Kredit auf und das neue Kapital soll deshalb zum Unternehmen gehören und nicht dem Unternehmer. Dies ist das Modell der Neutralisierung des Kapitals (neutral = es gehört »niemandem« und das Unternehmen »sich selbst«).

All dies ist nicht das »Ende des Unternehmertums«. Ein echter Unternehmer lebt von seiner einzigartigen Leistungs-, Schaffens-,

Führungs- und Erfindungskraft – und nicht von seinem nominellen Anspruch auf rentierliche Anteile des Kapitals. Ein echter Unternehmer ist alles andere als ein »Kapitalist«, dessen »Leistung« in der trickreichen Verfügung über die Arbeit anderer besteht.

Ein echter Unternehmer hätte deshalb eine Rolle und Rechte in seinem Unternehmen, die er nicht mit Besitzrechten durchsetzen muss – ähnlich einem heutigen »Spitzenmanager« – bis hin zur »Abfindung«, falls er doch »hinausgeworfen« wird.

Eine solche – öffentlich, statt privat kapitalisierte – Markt- und Unternehmenswirtschaft wird in bestimmten Bereichen weiterwachsen und in anderen schrumpfen. Sie wird aber nicht länger gezwungen sein, Wachstum zu generieren, wo und wann immer sie Kapital einsetzt oder neu ins Spiel bringen muss.

Dies ist kein Modell der Demonetarisierung – auch wenn diese in bestimmten Regionen und Bereichen sicherlich für die von Marginalisierungsprozessen Betroffenen der heute einzig hoffnungsvolle Pfad ist.

Es ist stattdessen das Modell einer neuen, nachhaltigen und lebensdienlichen Marktwirtschaft, die auf Kooperation setzt statt auf Konkurrenz und auf Gemeinwohl statt auf Eigeninteresse²¹.

Ein solcher Wechsel der Koordinaten ist möglich, wenn die wesentlichen und unverzichtbaren Rahmenbedingungen der Unternehmen – und diese liegen immer in Finanzierungsfragen – konsequent umgestellt werden.

Was kommt nach dem Kapitalismus? Ohne die Entwicklung neuer Formen des Kapitals: Die Pleite! Und in der Folge der neue, existenzielle Anreiz, in eine neuerlich Runde der Kapitalverwertung unter allen Opfern einzusteigen.

Das Konservative und in Teilen – aber nicht im Kern! – »Systemimmanente« des dargelegten Ansatzes gibt demgegenüber echter Transformation eine Chance und hat das Potenzial, ein heute praktisch unhintergebares Formprinzip zu verwandeln. Hierin liegt die Chance der dargelegten Umgestaltungen mit ihren neuen Prinzipien und Kriterien.

- 1 Eine stark komprimierte Fassung dieses Aufsatzes wurde unter dem Titel »Eine andere Wirtschaftsordnung. Die große Transformation«, veröffentlicht in: DIE GAZETTE, Das politische Kulturmagazin, Heft 38, 2013, S. 46-50.
- 2 In Griechenland erhöhte sich der Nominalwert der faulen Kredite um fast 50 Prozent auf 40 Milliarden Euro, in Spanien um 23 Prozent auf 136 Milliarden Euro und in Italien um 37 Prozent auf 107 Milliarden Euro. Und auch die deutschen Banken sind mit 196 Milliarden »dabei«. Siehe Wallstreet Online, »Über eine Billion faule Kredite bei Europas Banken«, 15.8.2012, <http://www.wallstreet-online.de/nachricht/4984647>.
- 3 In der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum ESM-Vertrag (BVerfG, 2 BvR 1390/12 vom 12.9.2012) wird in Absatz 262 zunächst festgestellt: »Nach Art. 4 Abs. 8 ESMV werden sämtliche Stimmrechte eines Mitgliedstaates ausgesetzt, wenn dieser seinen Einzahlungspflichten gegenüber dem Europäischen Stabilitätsmechanismus nicht vollumfänglich nachkommt« – womit nach BVG die mittelbare »Legitimation und Kontrolle (...) durch den Deutschen Bundestag« entfiel. Das dies nach ESM-Urteil gleichwohl nicht gegen die Verfassungsgebote der Volkssouveränität verstößt, findet in Absatz 268 des Urteils eine bemerkenswerte Begründung: Da die Zahlungsfähigkeit Deutschlands gesichert sei »kann eine Aussetzung der deutschen Stimmrechte praktisch ausgeschlossen werden« (Absatz 267).
- 4 Siehe Sozialbericht der EU-Kommission, Employment and Social Developments in Europe 2012, European Union 2012, »Executive Summary«, S. 13-17, und Chapter 2, »Social trends and dynamics of poverty and exclusion«, S. 143-179.
- 5 Siehe z.B. Sozialbericht der EU-Kommission, 2012, S. 36f, nachdem die entsprechenden Zahlen aus dem »Armut- und Reichtumsbericht« der Bundesregierung 2012 herausredigiert wurden.
- 6 Der entscheidende Punkt ist hier der Produktivitätswettbewerb: Wo der Neukredit die Summe des Kapitaldienstes übersteigt, sind produktivitätssteigernde Neuinvestitionen über realisierte Gewinne hinaus möglich. Wo aber mehr Kapitaldienst erbracht wird als neue Kredite aufgenommen werden, bleibt die Investitionsquote und damit der Produktivitätszuwachs hinter dem mit neuem Kapital ausgestatteten Wettbewerber zurück. Siehe hierzu auch Bender, Bernholt, Winkelmann, 2012, S. 93f.
- 7 Hier trifft sich das bekannte Zitat des Industriepioniers Wernher von Siemens »Ich verkaufe nicht die Zukunft für schnellen Gewinn« mit Brundlands Definition der Nachhaltigkeit, die fordert, die Chancen kommender Generationen durch unser heutiges Handeln nicht einzuschränken.
- 8 Hier sind die Kriterien der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit zu unterscheiden. Eine Verkürzung des Nachhaltigkeitsbegriffs auf die ökonomische Dimension findet heute oft unter der Bezeichnung »nachhaltiges Wachstum« oder »nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung« statt.
- 9 Ausführlich hierzu der Beitrag von Klaus Simon in diesem Band.

- 10 Hierzu wird mitunter formuliert, das zusätzliche Geld werde von den Geschäftsbanken »frei geschöpft«. Doch dies darf nicht als voraussetzungslose Willkürhandlung missverstanden werden, wie dies in der weitverzweigten Debatte um die Giralgeldschöpfung oft geschieht. Auch die Geschäftsbanken schöpfen Geld nicht einfach »ex nihilo«, sondern sind, wie Klaus Simon in diesem Band zeigt, an Liquiditätsvoraussetzungen gebunden, die über den gesamten Bankensektor gesehen das Anwachsen der Geldmenge im Kern an das Wirtschaftswachstum und die durchschnittliche Kapitalverzinsung koppeln.
- 11 Auch jüngste Zahlen belegen den auf Dauer unhaltbaren Zusammenhang zwischen (zumeist privatem) Gewinn und (am Ende öffentlicher) Verschuldung: Nach einem Bericht der Financial Times Deutschland vom 04.07.2012 entspricht »der für 2012 geschätzte (Konsens) Mittelüberschuss der nichtfinanziellen Firmen im MSCI Europa 6,6 Prozent der aktuellen Marktkapitalisierung. 2013 sollen die Mittelüberschüsse nach Investitionen auf acht Prozent steigen, 2014 auf 9,5 Prozent« – mit einem ähnlichen Bild in den USA. Siehe <http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/das-kapital-unternehmensgewinne-zu-viel-des-guten/70059120.html>. Die Deutsche Bundesbank schätzt demgegenüber die Entwicklung der Staatsfinanzen wie folgt ein: »Der öffentliche Schuldenstand der Industrieländer wird in den kommenden Jahren weiter zunehmen und im Durchschnitt bereits im Jahr 2012 den Wert von 110 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) übersteigen.« Siehe Finanzstabilitätsbericht der Deutschen Bundesbank, Frankfurt, 2012, S. 18.
- 12 Bilanztafel nach Issing, 2011, S. 56.
- 13 Vgl. hierzu den Beitrag von Norbert Bernholt in diesem Band.
- 14 Schon das heutige Vergaberecht stellt es z.B. öffentlichen Auftraggebern frei, soziale und ökologische Faktoren in die Vergabekriterien aufzunehmen!
- 15 Vgl. hierzu den Beitrag von Norbert Bernholt in diesem Band.
- 16 Vgl. Ota Šik, Humane Wirtschaftsdemokratie, Ein dritter Weg.
- 17 Siehe David Graeber, Schulden. Die ersten 5000 Jahre.
- 18 Siehe hierzu Bender, Bernholt, Winkelmann, Kapitalismus und dann, S. 70-75 und S. 216f.
- 19 Ein schönes Bild von Klaus Simon.
- 20 Als Erfindung des menschlichen Verstandes hat Kapital schöpferische und destruktive Kräfte, die an den menschlichen Verstand gebunden sind, der das Kapital einsetzt und nutzt. Hier ist also keine »metaphysische« Qualität gemeint, sondern die Eigendynamik, die die Erfindung gegenüber den Erfindern immer entwickelt und die zu einem »Fluch der Technik« führen kann wie auch zu einem »Fluch des Kapitals«.
- 21 Bei allen Detailunterschieden entspricht dies den »Koordinaten« der Gemeinwohlökonomie, die zu den konkreten und heute unterstützenswerten Initiativen zum Umbau der Wirtschaft zählt. Siehe Christian Felber, Die Gemeinwohlökonomie. Aktualisierte und erweiterte Neuauflage, Wien 2012.

Norbert Bernholt

Die Befreiung der Wirtschaftspolitik vom Wachstumszwang

Worum geht es in diesem Beitrag?

Die im vorherigen Kapitel aufgezeigten Rahmenbedingungen und Steuerungsmechanismen gingen von den einzelnen Akteuren, also den Unternehmen und Haushalten aus. In diesem Kapitel geht es um die Frage, wie eine Geld- und Wirtschaftspolitik zu gestalten ist, die sich systemisch in den Dienst einer nachhaltigen ökosozialen Wirtschaftsweise stellen will. Dabei wird auch die Rolle des Staates und dessen Finanzierung in einem Vollgeldsystem zu erörtern sein.

Vorüberlegungen

Bevor wir die Möglichkeiten der Geld- und Wirtschaftspolitik in einer neuen Ökonomie im Detail vorstellen und diskutieren, sind einige Voraussetzungen zu klären.

Das Kernanliegen der Wirtschaft

Zunächst sei noch einmal in Erinnerung gerufen, worin der eigentliche Sinn und Zweck des Wirtschaftens besteht. Da die Güter, die wir zum Leben benötigen, nicht wie Manna vom Himmel fallen, hat die Wirtschaft dafür zu sorgen, dass alle Menschen ausreichend und in einem als gerecht empfundenen Maße mit Gütern und Dienstleistungen versorgt werden.¹ Um diese Aufgabe erfüllen zu können, ist es zweckmäßig, einen Ordnungsrahmen und Steuerungsmechanismen zu entwickeln, aus denen sich sozusagen die Spielregeln für die Akteure ergeben. In den meisten europäischen Ländern dominiert gegenwärtig eine von kapitalistischen Prinzipien beherrschte Marktwirtschaft, die nach politischer Couleur der jeweiligen Regierung mit sozialen Elementen ergänzt werden. Ein Modell, das – wie wir meinen – dringend zur Diskussion gestellt werden muss.

Die notwendige Wertediskussion

Im Gegensatz zu einer marktliberalen Position halten wir es für notwendig, Werte und leitende Ziele zu benennen, denen wir uns verbunden fühlen und an denen sich unserer Ansicht nach die Wirtschaft und

die Wirtschaftspolitik zu orientieren haben.² Diese Werte und Leitziele sind nicht auf alle Ewigkeit in Stein gemeißelt, sie müssen in demokratischen Verfahren von der Gesellschaft bestimmt und ständig fortentwickelt werden. Da wir dieses demokratische Verfahren nicht vorwegnehmen können, werden wir hier Werte formulieren, die zu diskutieren unserer Ansicht nach lohnen würde. Mit der Postulierung des sogenannten Nachhaltigkeitsdreiecks gehen wir in diesem Text von einem Wertekodex aus, der mittlerweile von weiten Kreisen in Wissenschaft und Politik akzeptiert wird.³ Demnach soll die Produktion und Verteilung der Güter

- die Erhaltung und Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlage des Lebens (ökologische Nachhaltigkeit) gewährleisten,
- unter Achtung und Bewahrung der psychischen und physischen Gesundheit der Menschen sowie der gerechten Teilhabe (humane und soziale Nachhaltigkeit) stattfinden,
- dauerhaft zumindest eine kostendeckende Produktion für die Unternehmen (ökonomische Nachhaltigkeit) ermöglichen.

An dieser Stelle ist klar und eindeutig festzuhalten, dass wir die gegenwärtige, auf Kapitalmehrung und Gewinnerzielung orientierte Wirtschaftsweise nicht für geeignet halten, die mit dem Nachhaltigkeitsdreieck verbundenen Ziele und Werte umzusetzen. Wir widersprechen darüber hinaus der Behauptung, dass das Zusammenspiel des Marktmechanismus und der Orientierung der Unternehmen am Gewinn die bestmögliche Umsetzung des oben angeführten Kernanliegens bewirken könne. Wir sind der Ansicht, dass diese Auffassung letztlich zu einer Verwechslung von Ziel und Mittel führt. Das Mittel der Gewinnerzielung mausert sich zum Ziel und das eigentliche Ziel der optimalen Güterversorgung wird zum Mittel degradiert. In diesem Tausch scheint uns die eigentliche Ursache für die unüberschaubaren und katastrophalen Fehlsteuerungen unseres Wirtschaftssystems zu liegen.⁴ Eine neue Ökonomie muss sich von dem Dogma lösen, effizientes Wirtschaften sei nur über einen konkurrenzgetriebenen Markt und möglichst hohe

Gewinnmargen zu erreichen. Zahlreiche Forschungsergebnisse aus der jüngeren Zeit zeigen auf, dass Druck und materielle Anreize allenfalls kurzfristig motivieren können. Dauerhaft sind Menschen zu guten Leistungen nur bereit, wenn sie sich in ein soziales System eingebunden fühlen und als Mensch geachtet wissen.⁵ Die in der kapitalorientierten Wirtschaft praktizierte Monokultur, alle Produktions- und Verteilungsprobleme über einen auf Konkurrenz aufgebauten Markt zu lösen, wird in einer neuen Ökonomie in diversifizierte Steuerungsmechanismen, die sich aus den unterschiedlichen Eigentumsformen ergeben, überführt. Ein derartiges System wird in einigen Bereichen weniger Effizienz aufweisen,⁶ da aber Effizienz in vielen Bereichen (z.B. Gesundheitswesen, Bildungswesen) gar nicht das entscheidende Kriterium ist, sondern es vielmehr primär um Empathie, Sorgfalt, Solidarität oder Nachhaltigkeit geht, ist dies durchaus erwünscht. Eine neue, auf Diversität setzende Ökonomie ist flexibel und resilient,⁷ sie kann sich den jeweiligen Bedingungen schnell und flexibel anpassen.

Die zentrale Rolle des Eigentums in einer neuen Ökonomie

Schließlich möchten wir darauf hinweisen, dass eine neue Ökonomie von unterschiedlichen Eigentumsformen und den damit verbundenen Steuerungsmechanismen ausgeht. In Tabelle 1 sind mögliche Eigentumsformen und die daraus entstehenden Steuerungsmechanismen dargestellt. Wie zu zeigen sein wird, ergeben sich hieraus entscheidende Konsequenzen für wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse.

Eigentumsform	Beispiele/Güter	Mögliche Steuerungselemente
Privateigentum an Produktionsmitteln	Handwerk, kleine Unternehmen	Solidarischer Markt
Gesellschaftliches Eigentum	Boden, Rohstoffe, Schulen, Universitäten, öffentliche Netze, Daseinsvorsorge	Demokratische Willensbildungsprozesse
Gemeinschaftseigentum (Allmende)	Gruppengüter, Genossenschaften, Subsistenzgüter	Absprachen, Vereinbarungen
Eigentum eines Unternehmens	Unternehmen und Güter, die durch neutrales Kapital finanziert sind	Solidarischer Markt
Öffentliches Eigentum	Wissen, Patente (open access)	Keine Steuerung notwendig Jedermann zugänglich

Abbildung 1: Eigentumsformen in einer neuen Ökonomie

Für kleine und mittlere Unternehmen bis zu ca. 200 Beschäftigten wird weiterhin das Privateigentum die vorherrschende Form des Eigentums sein. In diesem Bereich ist der Markt grundsätzlich ein geeignetes Steuerungsinstrument. Diese Märkte sind häufig relativ klein, nicht anonym und somit noch überschaubar, sodass hier die an anderer Stelle beschriebenen Rahmenbedingungen und Gestaltungsmöglichkeiten eines solidarischen statt auf Konkurrenz aufgebauten Marktes Anwendung finden.⁸

Überlässt die Gesellschaft dagegen den Produktionsfaktor Boden (Grundstücke, Rohstoffe, Natur, etc.) dem Privateigentum, handelt sie sich damit eine Vielzahl wirtschaftlicher, sozialer und politischer Probleme ein. Da Grund und Boden von keinem Menschen geschaffen

wurden, sind Eigentumsansprüche schon aus einer sachlogischen Perspektive heraus sehr fragwürdig.⁹ Für diejenigen, die sich wie auch immer endliche und nicht erneuerbare Güter privat angeeignet haben, bringt dieses Eigentum zwar in der Regel ansehnliche Einnahmen, die Allgemeinheit wird aber gleichzeitig nicht nur von der Nutzung dieser von der Natur bereitgestellten Güter ausgeschlossen, sie trägt darüber hinaus noch einen erheblichen Teil der Kosten für die Bereitstellung der Güter. Die Erträge aus Boden sind gar nicht realisierbar, wenn dem nicht eine entsprechende, durch Steuern finanzierte Infrastruktur zur Seite gestellt wird. Eigentümer von Land oder von Rohstoffen fahren also Erträge ein, ohne dafür die entsprechende Gegenleistung bringen zu müssen, mehr noch, sie dürfen selbstverständlich kostenlos den ganzen Dreck, den sie verursachen, der Allgemeinheit vor die Füße werfen.¹⁰ In einer neuen Ökonomie muss es selbstverständlich sein, dass bei diesen Gütern die Allgemeinheit nach demokratischen Spielregeln über die Verwendung zu entscheiden hat. Wir haben für diese Form des Eigentums den Begriff des gesellschaftlichen Eigentums gewählt, da diese Güter der gesamten Gesellschaft, also allen Bürgerinnen und Bürgern gehören. Da diese Güter aber nur begrenzt vorhanden sind und nicht von allen Bürgerinnen und Bürgern gleichzeitig und beliebig häufig genutzt werden können, muss ein demokratisch verfassender Staat die Verteilung organisieren.

Eine große Zahl von Gütern kann in einer neuen Ökonomie innerhalb einer Allmende produziert und verteilt werden. Hier sind eine gelungene Gruppenkultur und konkrete Absprachen die wichtigsten Steuerungsinstrumente. Begleitend sind natürlich Rahmenbedingungen zu schaffen, die diese Form des Eigentums fördern.¹¹ Ähnliches gilt für eine Genossenschaft, jedenfalls, solange sie noch eine überschaubare Größe hat, die Genossen also noch in einem persönlichen Verhältnis zueinander stehen. Bei größeren Genossenschaften gelten eher die Regeln und Mechanismen für industriell arbeitende Großunternehmen.

Diese großen industriell arbeitenden Unternehmen wird es in der neuen Ökonomie weiterhin geben. Sie werden mithilfe des in Kapitel 2

beschriebenen Prozesses¹² sukzessive in partizipativ geleitete Unternehmen, die sich selber gehören, überführt. Derart verfasste Unternehmen bauen strukturell eher auf dem Prinzip der Kooperation als auf dem der Konkurrenz auf. Damit sind auch hier zentrale Voraussetzungen für einen solidarischen Markt gegeben.

Darüber hinaus wird es Güter geben, die wieder der gesamten Gesellschaft gehören, aber prinzipiell nicht begrenzt und nicht rival (wie etwa Rohstoffe) sind. Da sie jedermann und jederfrau zugänglich sein können, ohne einer anderen Person zu schaden, muss es für diese Güter keine Steuerungsmechanismen geben. Wichtige Beispiel für diesen Bereich wären Güter wie »Wissen« oder »Patente«.¹³ Die Tatsache, dass Wissen oder ein Patent kein privates Eigentum sind, bedeutet nicht, dass eine Person, die eine Erfindung gemacht oder ein Buch geschrieben hat, für diese Leistung kein Geld bekommen soll. Da sie hierfür Arbeitszeit aufgewendet hat, muss diese angemessen vergütet werden. Diese Person hat aber im juristischen Sinn keine weiteren Verfügungsrechte über das erstellte Produkt.

Aus den hier nur kurz vorgestellten Ausgangsüberlegungen zu einer neuen Eigentumsstruktur wird deutlich, dass in einer neuen Ökonomie ein bedeutender, wenn nicht sogar der überwiegende, Teil der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung nicht mehr über einen polypolistischen oder oligopolistischen Markt produziert bzw. verteilt wird. Es wird weite Bereiche geben, in denen Geld in Form einer Landeswährung mit den uns bekannten Funktionen gar nicht notwendig ist oder es die Akteure praktischer finden, die Landeswährung durch eine flexible Parallelwährung zu ersetzen. Es sind diverse Steuerungsmechanismen denkbar, die situationsgebunden eingesetzt werden können.

Damit ergeben sich vollkommen neue Anforderungen an eine Geld- und Wirtschaftspolitik, die nun nicht mehr darauf zu achten hat, ob eine Entscheidung vom Markt angenommen wird, sondern ob sie den spezifischen Gegebenheiten, die durch die Eigentumsstruktur bestimmt werden, gerecht wird.

Wirtschaftspolitische Zielsetzungen

Eine Wirtschaftspolitik, die sich den Werten des Nachhaltigkeitsdreiecks verpflichtet fühlt, muss zu einem anderen wirtschaftspolitischen Zielsystem kommen, als dies in der gegenwärtigen kapitalorientierten Wirtschaftsweise der Fall ist. Wir wollen an dieser Stelle diese neue Richtung vorstellen, um darauf aufbauend die neue Geld-Wirtschaftspolitik erläutern zu können.

Um den Paradigmenwechsel zu verdeutlichen, erinnern wir zunächst noch einmal an das gegenwärtig geltende Zielsystem, an das sich die Politik und die Wissenschaft gebunden haben.

In unserer jetzigen kapitalorientierten Wirtschaftsweise werden gemeinhin sieben Ziele der Wirtschaftspolitik genannt, die allerdings unterschiedlich stark gewichtet werden und zudem in sich widersprüchlich sind, das heißt, sie können nicht gleichzeitig verwirklicht werden.

Das zurzeit geltende Zielsystem

Nach offizieller Lesart haben bis heute die vier Ziele des Stabilitätsgesetzes von 1967 Gültigkeit:

Ziel 1: stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum. Das Wachstum wird anhand der jährlichen prozentualen Veränderung des BIP gemessen. Nach gängiger Interpretation in den Lehrbüchern gilt das Ziel als erreicht, wenn Wachstumswerte zwischen drei bis vier Prozent erwirtschaftet werden.

Ziel 2: Vollbeschäftigung. Man geht nicht davon aus, dass in einer Volkswirtschaft ein hundertprozentiger Beschäftigungsgrad erreicht werden kann. Infolge von strukturellen Veränderungen oder auch von Wechseln des Wohnortes ist kurzfristige Arbeitslosigkeit unvermeidbar. Politiker und Volkswirte sprechen deshalb auch von Vollbeschäftigung, wenn die Arbeitslosenquote bei drei Prozent liegt. Der Indikator »Arbeitslosenquote« ist sehr umstritten, da er weite Bereiche des Arbeitsmarktes gar nicht erfasst.

Ziel 3: Geldwertstabilität. Dem Ziel der Geldwertstabilität wird im Euroraum sehr hohe Bedeutung beigemessen. In Anlehnung an das Modell der Deutschen Bundesbank ist für den Euroraum die EZB geschaffen worden, deren vornehmliches Ziel darin liegt, die Inflationsrate unter zwei Prozent zu halten. Die EZB entscheidet und handelt autonom, die Regierungen haben formell keine Einflussmöglichkeiten auf die Entscheidungen der EZB.

Ziel 4: Außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Formell soll der Außenbeitrag, also die Differenz zwischen Export und Import nahe null sein und nicht mehr als 1,5 Prozent des BIP betragen. Dieses Ziel wird in Deutschland jedoch kaum beachtet. Traditionell überschreitet die deutsche Wirtschaft diesen Wert und lässt sich auch gerne als Exportweltmeister feiern. Da der Export Arbeitsplätze schafft, unternimmt die Politik nichts, um den Zielwerten näherzukommen.

Ziel 5: Aufgrund der fortwährend zunehmenden Staatsverschuldung wurde mit der Einführung des Euro in den sogenannten Maastricht-Kriterien der Schuldenabbau als Ziel der Wirtschaftspolitik benannt. Es wurde eine maximale Staatsverschuldung von 60 Prozent des BIP und eine Nettokreditaufnahme von maximal drei Prozent des BIP vereinbart. Infolge der Finanzkrise haben fast alle Länder des Euroraums erhebliche Probleme, dieses Ziel zu erreichen. Nicht zuletzt durch die hohen Exportüberschüsse bildet Deutschland, was die Nettokreditaufnahme angeht, hier eine Ausnahme. Im Jahr 2011 hat der Deutsche Bundestag die Verschuldungsgrenze noch wesentlich verschärft und im Grundgesetz eine Grenze für die Neuverschuldung in Höhe von 0,35 Prozent des BIP festgelegt. Diese Regelung tritt ab 2016 in Kraft.

Ziele 6 und 7: In keinem Gesetz verankert sind Ziele bezüglich einer gerechten Einkommensverteilung und eines schonenden Umgangs mit der Umwelt. Neben der Tatsache, dass sie sich kaum monetär erfassen lassen, ist die minderwertige Behandlung dieser Ziele wohl darauf zurückzuführen, dass eine Umsetzung zu erheblichen Konflikten mit den anderen Zielen führen würde. Diese Konflikte will die Politik mit dem Hinweis auf die sogenannten ökonomischen Sachzwänge

vermeiden. Eine Austragung der Konflikte könnte in der Tat systemgefährdende Auswirkungen haben.

Das Zielsystem in einer neuen Ökonomie

Da wirtschaftliche Prozesse in einer neuen Ökonomie nicht aus der Gesellschaft herausgenommen, sondern in die Gesellschaft eingebettet werden sollen, beziehen sich die makroökonomischen Ziele keineswegs nur auf monetäre Größen. Sie berücksichtigen ebenso wie die Nachhaltigkeitsbilanzen weitere Indikatoren zur Feststellung der wirtschaftlichen Leistung eines Landes. Da in der neuen Ökonomie nicht mehr der Spagat zwischen der Bedienung der Kapitalinteressen und den Interessen der Allgemeinheit vollzogen werden muss, können wir jetzt ein Zielsystem aufstellen, in dem sich die Ziele gegenseitig ergänzen und stärken. Mit der Entscheidung für das Ziel A behindern wir nicht mehr die Erreichung des Ziels B.

Wir beginnen die Beschreibung mit den Zielen, die sich aus dem Nachhaltigkeitsdreieck ergeben (Ziele 1-3). Um diese Ziele umsetzen zu können, werden anschließend weitere konkrete Ziele angeführt und erläutert (Ziele 4-10).

Ziel 1 – humane und soziale Nachhaltigkeit: Die wirtschaftlichen Prozesse sind so zu gestalten, dass für alle Menschen, die hierin eingebunden sind, die international anerkannten Menschenrechte Geltung haben. Hinter diesem Ziel steht der Anspruch, dass die Wirtschaft den Menschen zu dienen habe. Dies setzt voraus, dass die Menschen, die einer wirtschaftlichen Tätigkeit nachgehen, in dieser Tätigkeit Sinn und Erfüllung finden können. Diese Tätigkeit muss ihrer körperlichen und seelischen Gesundheit förderlich sein. Das Problem an dieser Zielformulierung besteht darin, dass sie sich nicht in einer Kennziffer erfassen lässt. Wenn wir allerdings den Anspruch erheben, dass sich Wirtschaft auf das ganze Leben bezieht, müssen wir auch Kennziffersysteme zulassen. Wir müssen nach geeigneten Zielgrößen und Indikatoren suchen, die man zur Operationalisierung des Ziels heranziehen kann. Bei diesem Ziel könnten solche Indikatoren beispielsweise aufgrund von stan-

dardisierten Befragungen, anhand von Krankheitstagen der Beschäftigten oder der Fluktuation errechnet werden. Ein weiteres Kriterium wäre natürlich, inwieweit Menschen sich veranlasst sehen, die Menschenrechte einzuklagen.

Ziel 2 – ökologische Nachhaltigkeit: Die wirtschaftlichen Prozesse sind so zu gestalten, dass die natürliche Umwelt dauerhaft erhalten werden kann. Mit diesem Ziel soll die Bewahrung unserer Lebensgrundlage gewährleistet werden, es ist somit ebenso wie das erste Ziel von existenzieller Bedeutung. Da es wiederum problematisch ist, ökologische Nachhaltigkeit in monetären Größen auszudrücken, schlagen wir auch hier vor, mehrere Indikatoren zu bestimmen. Hierzu könnte beispielsweise der ökologische Fußabdruck, die Treibhausgasemission oder die Bodenversiegelung zählen. Es ist anzustreben, dass man sich international auf einheitliche Indikatoren einigt, die unter Umständen in einer gewichteten Kennziffer zusammengefasst werden können.

Ziel 3 – ökonomische Nachhaltigkeit: Die wirtschaftlichen Prozesse sind so zu gestalten, dass sie den Unternehmen einen dauerhaften ökonomischen Bestand ermöglichen. Die Gesellschaft muss diese Bestandssicherung durch die Bereitstellung entsprechender Rahmenbedingungen gewährleisten. Wie bereits ausgeführt, schließt dieser Grundsatz nicht aus, dass einzelne Unternehmen scheitern. Scheitern ist ein Teil des Lernprozesses. Ein Unternehmen zu gründen und zu führen, sollte sich für die Menschen als eine reizvolle Möglichkeit der Lebensplanung darstellen.

Aus diesen drei Zielen leiten sich weitere mittelbare Ziele ab:

Ziel 4 – Reduktion: Eine Wirtschaft ist dann erfolgreich, wenn sie in einer Periode entsprechend der demografischen Entwicklung und der Umweltbelastung pro Kopf (gemessen beispielsweise mit dem ökologischen Fußabdruck oder der CO₂-Emission) die Zahl der produzierten und verkauften Güter um einen bestimmten Prozentsatz reduziert hat oder zumindest nicht hat ansteigen lassen. Wirtschaftssubjekte, die zu dieser Reduktion beigetragen haben, müssen hierfür Anreize erhalten.

Ziel 5 – Partizipation: Die Entscheidung darüber, was, wie viel und auf welche Art und Weise produziert wird, ist eine zentrale gesellschaftliche Angelegenheit. Die Menschen einer Gesellschaft müssen in diese Entscheidungen mit einbezogen werden, nicht nur dort, wo es Volkseigentum oder Gemeineigentum gibt, sondern auch dort, wo es um die Ausgestaltung eines solidarischen Marktes geht.

Ziel 6 – Die Einbindung aller Menschen in die wirtschaftlichen Arbeitsprozesse: In einer Ökonomie, die einen entschieden weiteren Arbeitsbegriff als den einer kapitalorientierten Ökonomie hat, bekommt der Begriff Vollbeschäftigung eine vollkommen neue Bedeutung. Arbeit in einer solidarischen Ökonomie kann sowohl die heute bekannte Erwerbsarbeit in einem Unternehmen sein, Arbeit kann aber auch gleichwertig in der Subsistenzwirtschaft stattfinden. Sie kann formal durch einen Arbeitsvertrag benannt werden, sie kann auch ehrenamtlich oder selbstständig sein. Prinzipiell sind alle Erwerbspersonen (also nach gängiger Statistik alle gesunden Menschen zwischen 15 und 65 Jahren) auch potenzielle Erwerbstätige. In diesem Sinne gibt es eine Pflicht zu arbeiten. Alle Menschen erhalten ein Grundeinkommen beispielsweise auf der Grundlage einer negativen Einkommenssteuer, dafür verlangt die Gesellschaft ein Engagement für die Gemeinschaft. Unter diesen Bedingungen wird es genug Arbeit für alle geben. Nicht zuletzt hat der Gesetzgeber noch das Instrument der Arbeitszeitsenkung zur Verfügung. Nun wird es nicht zu verhindern sein, dass es in einer solidarischen Ökonomie Menschen gibt, die auch unter diesem sehr weiten Arbeitsbegriff keine Arbeit bekommen wollen, es der Gesellschaft also nicht gelingt, sie in den solidarischen Wirtschaftsprozess einzubinden. Dieses wird die Gesellschaft akzeptieren müssen. Ausdrückbar ist dieser Wert in der auf neue Art und Weise zu berechnenden Arbeitslosenquote.

Ziel 7 – Geldwertstabilität: Sollte die Monetative zulassen, dass die Geldmenge dauerhaft stärker als die Gütermenge steigt, wird sich das negativ auf die Preisniveaustabilität auswirken. Da Geld aber weiterhin ein bedeutendes Mittel zur Wertaufbewahrung ist, bleibt die Gewähr-

leistung der Geldwertstabilität ein wichtiges wirtschaftspolitisches Ziel. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen darauf vertrauen können, dass das von ihnen aufbewahrte Geld auch nach x Jahren die gleiche Kaufkraft besitzt. Ein sinkender Wert des Geldes würde zunächst vor allem die unteren Einkommensschichten treffen und darüber hinaus zu ständigen Anpassungsmaßnahmen in der Außenwirtschaft führen. Wird das Ziel der Geldwertstabilität also nicht erreicht, wäre es einerseits wohl nötig, den Sparern einen Inflationsausgleich zu garantieren, und andererseits, durch Anpassungen des Wechselkurses die sinkende Geldwertstabilität auszugleichen. Beides ist möglich, führt aber zu fortwährenden Unsicherheiten und erfordert ständige aufwendige Korrekturmaßnahmen. Die Monetative muss somit dazu verpflichtet werden, für einen angemessenen Ausgleich zwischen der ausreichenden Geldversorgung und dem Ziel der Preisniveaustabilität zu sorgen. In diesem Punkt unterscheidet sie sich nicht vom Auftrag der EZB.

Ziel 8 – Außenwirtschaftliches Gleichgewicht: An dieser Stelle sollen zwei Argumente zur Begründung dieses Ziels angeführt werden: Einmal spricht ein dauerhafter Exportüberschuss nicht für ein solidarisches Bewusstsein des betreffenden Landes. Der Wohlstand des exportierenden Landes entsteht ja wesentlich durch die Zahlungen aus den importierenden Ländern. Der zweite Grund für einen ausgeglichenen Außenbeitrag liegt in der oben erwähnten Geldmengensteuerung. Exporte blähen die Geldmenge auf, ohne einen gleichzeitigen Zuwachs der Gütermenge. Die Monetative kann diesen Zuwachs der Geldmenge nicht beeinflussen. Durch die Exporteinnahmen wird sozusagen ein Leck in dem nach Möglichkeit geschlossenen Geldkreislauf erzeugt. Dies ist jedoch undramatisch, wenn es gelingt, die Exporte (Geldzufluss) und die Importe (Geldabfluss) zumindest annähernd in einer Waage zu halten.

Ziel 9 – Gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung: Die gesetzlichen Rahmenbedingungen in einer solidarischen Ökonomie zielen bereits auf eine ausgeglichene Verteilung der Einkommen und Vermögen hin. Die Einkommen aus Arbeit sind nach oben gedeckelt. Denkbar ist etwa, dass die Spitzengehälter nicht mehr als das 20-fache des gesetz-

lichen Mindestlohnes betragen dürfen. Da Geld nicht als Ware gehandelt wird, wird es auch kein Zinseinkommen geben. Es verbleibt das Einkommen aus Kapitaleinlagen im Unternehmen. Auch hier ist eine Deckelung nach oben sinnvoll. Es ergibt sich darüber hinaus aus der Unternehmensverfassung, dass keine großen Einkommen oder Vermögenszuwächse zu erwarten sind. Trotzdem sollte die Politik klare Ziele für eine Einkommens- und Vermögensverteilung formulieren und die Erreichung dieser Ziele in regelmäßigen Abständen überprüfen.

Ziel 10 – Ausgeglichener Staatshaushalt: Die Einhaltung dieses Ziels ist eine Selbstverständlichkeit für jeden Staat. In dem hier vorgestellten System sind keine großen Probleme bezüglich dieses Ziels zu erwarten. Die Zinsbelastung und ein großer Teil der Tilgungsverpflichtungen entfallen. Sofern die Regierenden sich nicht zu einer Politik der großen Geschenke entschließen, sind die Bedingungen für einen ausgeglichenen Staatshaushalt außerordentlich günstig.

Im Folgenden möchten wir, ausgehend von einem modifizierten Geldbegriff, aus makroökonomischer Sicht die Instrumente und den dazu notwendigen Ordnungsrahmen einer alternativen, nicht kapitalorientierten Wirtschaftspolitik zur Diskussion stellen.

Das neue Geldsystem

Die Grundidee

Wie in dem Beitrag von Harald Bender ausführlich erläutert, muss in einem neuen Geldsystem die Verquickung von Geld und Schulden beendet werden. Diese Verquickung führt in einer Zeit, in der weit über 90 Prozent aller Transaktionen mit Giralgeld beglichen werden, zu einem nicht mehr kontrollierbaren Wildwuchs der Schuld- bzw. Gläubigerverhältnisse und einem damit verbundenen ständigen Anwachsen von Vermögen und Schulden. Die Lösung aus diesem Irrgarten kann nur in der Rückbesinnung auf die ursprünglichen Eigenschaften und Funktionen des Geldes liegen. Eine Volkswirtschaft benötigt Geld vor

allem als Instrument, um die Verteilung der zur Verfügung stehenden Produktionsfaktoren und Güter zu organisieren. Um diese Aufgabe wahrnehmen zu können, muss das Geld beliebig teilbar, wertbeständig und ein von allen anerkannter Wertmaßstab sein. Reduziert man das Geld auf diese Kernfunktionen, ist Geld nicht mehr eine Ware, die an einem Markt gehandelt wird, sondern seinem Wesen nach nichts weiter als ein Instrument, um die oben genannten Aufgaben zu erfüllen. Jede Bürgerin, jeder Bürger muss über dieses Instrument verfügen können, um an dem gesellschaftlichen Leben in einer angemessenen Weise¹⁴ teilnehmen zu können. Kein Wirtschaftssubjekt darf prinzipiell von der Verwendung des Geldes ausgeschlossen werden. Die am besten geeignete Institution, die dieses Instrument in die Welt setzen oder, wie es in der Terminologie der Geldtheorie heißt, es schöpfen kann, ist eine staatliche Instanz unabhängig von Regierung und Parlament. Diese Idee ist nicht neu. Im Gegenteil, in den früheren Jahrhunderten gehörte es zu den selbstverständlichen alleinigen Rechten des Staates, das Geld zu schöpfen und den damit verbundenen Gewinn (Seignorage) für sich zu behalten. Allerdings versuchten immer wieder findige Bürger (hier ist die weibliche Form wohl fehl am Platze) dem Staat dieses Recht streitig zu machen. So gaben findige Kaufleute im Zuge der industriellen Revolution um 1800 privat Banknoten heraus und verdrängten staatliche Münzen als wichtigstes Zahlungsmittel. Der Staat reagierte daraufhin mit der Gründung von bis dahin nicht existierenden Nationalbanken, die das alleinige Recht erhielten, Banknoten herauszugeben. In der Folge gelang es in allen Ländern, Privatbanknoten nach und nach auszuschleusen zugunsten der neuen vom Staat herausgegebenen Zentralbanknoten.¹⁵ Mit dem privat geschaffenen Giralgeld würde nun ähnlich verfahren wie um 1800 mit den Banknoten. Das privat geschaffene Giralgeld der Geschäftsbanken würde sukzessive durch staatlich geschöpftes Vollgeld ersetzt. Damit würde die Zentralbank die im Verlauf des 20. Jahrhunderts verlorene Kontrolle über die Geldschöpfung zurückerhalten. Betrachtet man – bezogen auf Deutschland – die Entwicklung der nachfragewirksamen Geldmenge M3 und die des BIP über

einen längeren Zeitraum fällt auf, dass M3 in einem entschieden größeren Maße gewachsen ist, als das nominale BIP.

	M3	BIP	BIP/M3
1980	397,58	788,52	1,9
2011	2.419,84	2.592,60	1,07
Erhöhung in %	608,64%	328,79%	

(Quelle: Monatsberichte der EZB und eigene Berechnungen)

Abbildung 2: Entwicklung von M3 und BIP

Es stellt sich die Frage, warum die EZB diese die Stabilität des Geldwertes bedrohende Entwicklung zugelassen hat. Wie Klaus Simon in seinem Beitrag dargelegt hat, entspricht sie zwar den im Rahmen der Zwei-Säulen-Strategie vorgesehenen Wachstumsraten, es liegt allerdings die Vermutung nahe, dass in dem Konflikt zwischen dem Stabilitätsziel und den Renditezielen der Wirtschaft die EZB den Interessen der Kapitalgeber durchaus entgegengekommen ist. Die drohende Gefahr des Abbaus von Arbeitsplätzen macht eine Zentralbank gefügig.

Außerhalb der Kontrolle der EZB ist dagegen offensichtlich die Entwicklung des Interbankengeldes. In diesem Bereich scheint sich die Geldschöpfung und Geldmenge ohne jegliche Kontrolle durch die Zentralbank zu entwickeln (vgl. hierzu Kapitel 1, S. 42ff). Private Geschäftsbanken schaffen vor allem über das Interbankengeschäft nahezu unbegrenzt Giralgeld. Die nicht existente Kontrolle der Zentralbanken im Interbankengeschäft dürfte damit entscheidend zur Blasenbildung auf den Finanzmärkten beigetragen haben. So umfasst der Finanzsektor heute ein Volumen von 5,22 Billionen, während dem Realsektor ganze 3,10 Billionen Euro zur Verfügung stehen.

Angesichts dieser Situation drängt sich die Renaissance eines von der Exekutive unabhängigen staatlichen Geldschöpfungsmonopols geradezu auf. Folgerichtig wird in der jüngeren Zeit von einigen Ökonomen (vgl. etwa Huber, Binswanger, Kumhof) das sogenannte Vollgeldkonzept wie-

der in die Diskussion gebracht. Im Folgenden sollen die Grundgedanken dieses Geldsystems, das nun auf staatlich geschöpftem Vollgeld basiert, zunächst in den Grundzügen dargestellt werden, um dann mögliche Implikationen für die Wirtschaftspolitik aufzuzeigen und zu erörtern.

Das Konzept des Vollgeldes

Wenn wir heute Geld verwenden, benutzen wir in aller Regel Giralgeld, Geld, das wir auf unseren Konten haben. Im Alltag spielen Münzen und Scheine nur noch eine relativ unbedeutende Rolle. Das morgendliche Frühstücksbrötchen können wir ohne weiteres mit Hilfe unserer ec-Karte bezahlen. Die Geldmenge besteht folglich überwiegend aus Giralgeld (95 Prozent) und nur noch zu fünf Prozent aus Banknoten und Münzen.¹⁶ Der Zündstoff an dieser Zusammensetzung liegt darin, dass das Giralgeld unter dem Aspekt der Gewinnmaximierung – mehr oder weniger erfolgreich kontrolliert – durch die Kreditinstitute selbst geschaffen oder auch vernichtet werden kann. Die Banken sind damit zu einem entscheidenden Akteur in einem Geldsystem geworden, das vor allem für die Kontobesitzer erhebliche Risiken mit sich bringt. Viele Bürgerinnen und Bürger in den Krisenstaaten des Euroraums mussten in den letzten Jahren am eigenen Leib erfahren, dass Geld, das sich auf ihren Konten befindet, durch einen Mausklick vernichtet werden kann. Wird eine Bank insolvent, kann es passieren, dass ein großer Teil der Einlagen in wenigen Sekunden unwiederbringlich gelöscht ist. Die Anleger sind dann ihr Geld los. Die Guthaben bei einer Bank sind nichts weiter als ein Versprechen der Bank, diese Guthaben jederzeit in Bargeld einzulösen. Wenn die Banken dieses Versprechen nicht mehr einlösen können, haben die Anleger halt Pech gehabt. Vor dieser Vernichtung können die Anleger sich nur schützen, wenn sie schnell genug das Geld von ihren Konten abheben und physische Münzen und Geldscheine mit nach Hause nehmen. In den letzten Jahren ist es folglich wiederholt zum sogenannten Banken-Run gekommen, bei dem die Kunden in einem Verzweiflungsakt versucht haben, ihr Guthaben in letzter Minute noch in Bargeld umzutauschen.

Diesem verwirrenden und ungerechten Umgang mit Geld und Geldschöpfung kann man sehr einfach ein Ende bereiten, indem man festhält, dass a) nur das von der Monetative geschöpfte Geld vollwertiges Geld ist und b) lediglich die Monetative das Recht hat, dieses Geld zu schöpfen. Da wir nun nicht mehr die Unterscheidung zwischen Anspruch auf Geld (=Giralgeld) und Geld (=Münzen und Papiergeld) haben, sondern nur noch vollwertiges Geld der Zentralbank, wird dieses in der Literatur als Vollgeld bezeichnet. Natürlich muss die mit dem Geldschöpfungsmonopol verbundene Machtanhäufung beim Staat demokratisch eingebunden sein. Die Wissenschaftler schlagen deshalb die Schaffung einer vierten Gewalt vor, der demokratisch kontrolliert und legitimiert die Aufgabe der Geldschöpfung zukommt. Diese vierte Gewalt nennen sie »Monetative« in Anlehnung an die Legislative, Exekutive und Judikative. Ebenso wie etwa die Judikative erhält die Monetative vom Parlament einen gesetzlich formulierten Auftrag, innerhalb dessen sie dann frei und autonom entscheiden kann.

Ein unbestreitbarer Vorteil dieses Systems liegt zunächst darin, dass es einfach zu durchschauen und zu kontrollieren ist und damit entscheidend zur Entzauberung und damit auch zur Demokratisierung des gesamten Geldwesens beiträgt. Der im jetzigen System durchaus gewollte Nebel um das Geld entfällt, die Entstehung von Geld wird zu einem für alle nachvollziehbaren und transparenten Prozess. Volkswirtschaftlich entscheidend ist zudem, dass mit der Einführung des Vollgeldsystems das unkontrollierte Schaffen von Interbankengeld (s.o.) nicht mehr möglich ist.

Worin liegen aber nun die zentralen Aufgaben der Monetative, wie wir sie uns vorstellen? Wie soll die Geldschöpfung organisiert werden und welche Implikationen für die Wirtschaftspolitik ergeben sich aus diesem Ansatz? Mit den folgenden Überlegungen gehen wir zumindest teilweise über den von Huber und anderen bis jetzt diskutierten Ansatz eines Vollgeldsystems hinaus. Wir übernehmen zwar das Grundprinzip Vollgeldsystem, entwickeln dieses Prinzip aber weiter als wichtigen Baustein für eine neue solidarische Wirtschaftsweise. Um den Unter-

schied zwischen den beiden Ansätzen deutlich zu machen, sprechen wir in dem von uns fortentwickelten Ansatz im weiteren Text von einem »solidarischen Vollgeldsystem«. Unterscheiden wir uns nicht von dem bis jetzt vorgestellten Ansatz von Huber und anderen, verwenden wir weiterhin nur den Begriff »Vollgeldsystem«. Wir nähern uns diesem Themenkomplex an, indem wir zunächst die Rolle und die Bedeutung der Banken im Vollgeldsystem beleuchten.

Die Rolle der Banken

Im Vollgeldsystem werden die Girokonten aus den Bankenbilanzen ausgegliedert, was bedeutet, dass jeder Besitzer und jede Besitzerin eines Girokontos sein oder ihr Konto rechtlich bei der Zentralbank führt. Girokonten sind Geldkonten und damit gesetzliches Zahlungsmittel. Die regionalen Banken haben in diesem System die Aufgabe, die Konten der Bürgerinnen und Bürger zu verwalten, sie können damit aber kein neues Geld schöpfen. Die wesentlichen Aufgaben der Banken werden darin liegen, die Konten zu führen, den Kunden ggf. Kredite zu vermitteln und sie zu beraten, wenn sie Geld aufbewahren wollen. Für diese Dienstleistungen werden die Banken Gebühren erheben, durch die sie sich finanzieren können. Da die Banken nun keine Gläubiger mehr sind, haben sie auch nicht das Recht, Zinsen zu erheben oder neues Giralgeld zu schaffen. Das Recht der Zinserhebung und des Schöpfens von zusätzlichem Vollgeld liegt nun ausschließlich bei der Monetative, die hierüber nach ordnungs- und wirtschaftspolitischen Kriterien zu entscheiden hat.

Idealtypisch zirkuliert dieses Vollgeld in einem geschlossenen Kreislaufsystem. Die Zuflüsse und Abflüsse werden ausschließlich und direkt von der Zentralbank gesteuert (vgl. Abb. 3).

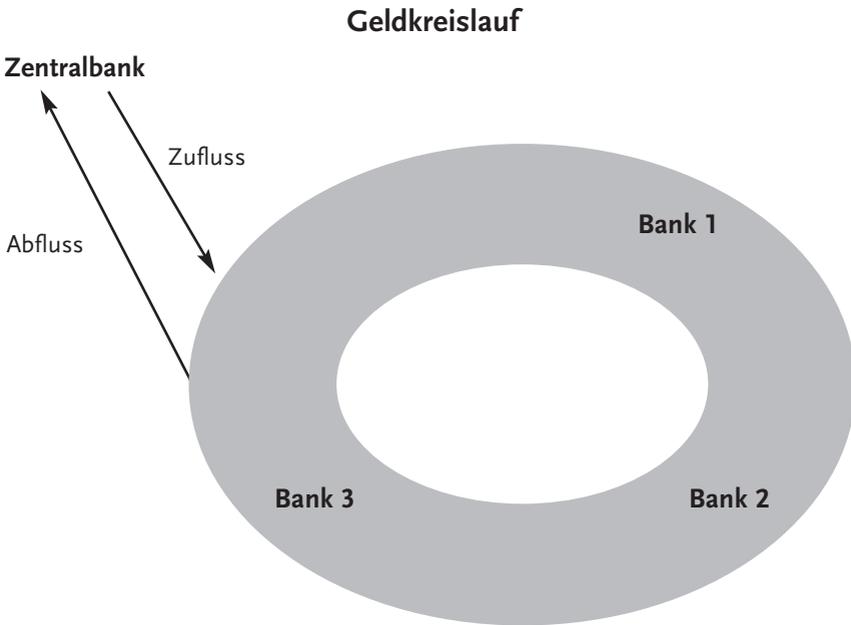


Abbildung 3: Geldkreislauf im Vollgeldsystem

Die zirkulierende Geldmenge steht in einem bestimmten Verhältnis zur Gütermenge und reicht aus, um alle Wirtschaftssubjekte ausreichend zu versorgen. Dazu wandert das Geld mit einer Umlaufgeschwindigkeit, die letztlich die Wirtschaftssubjekte festlegen, zwischen den Konten hin und her. Möchte ein Bürger oder eine Bürgerin einen Kredit aufnehmen, kann er oder sie mit diesem Wunsch zu einer Bank gehen und diese wird das notwendige Geld entweder aus den eigenen Beständen bei der Zentralbank oder aus den Beständen anderer Banken entnehmen und den Kunden zur Verfügung stellen. Da die Banken jeweils immer nur das von der Zentralbank zur Verfügung gestellte Geld verleihen können, also über keine eigenen Einlagen verfügen, ist weder eine multiple Geldschöpfung noch eine Geldschöpfung durch Bilanzverlängerungen möglich. Umgekehrt können Bürgerinnen und Bürger natürlich auch sparen, das heißt ihr Geld mittel- oder langfristig auf ihrem Konto bei der

Zentralbank deponieren. Diese Art des Sparens hat allerdings wenig mit der heute noch häufig angestrebten verzinslichen Geldanlage gemein. Die Sparerin oder der Sparer können nicht erwarten, dass sie Zinsen auf das angesparte Geld bekommen. Sie müssen allerdings darauf vertrauen können, dass ihr Geld auch in beispielsweise zehn Jahren die gleiche Kaufkraft wie zum Zeitpunkt der Einzahlung hat. Es wird also gegebenenfalls einen Ausgleich für die Geldentwertung geben. Hierüber hat die Monetative zu entscheiden, die ja die Vertragspartnerin der jeweiligen Sparer ist. Die Bank hat lediglich die Aufgabe einer Treuhänderin.

Finanzmärkte

Mit dem grundsätzlichen Verzicht auf Sparzinsen wurde bereits deutlich, dass das hier vorgestellte solidarische Vollgeldsystem über die jetzige kapitalorientierte Wirtschaftsweise hinausweist. Wenn sich Geld aus sich selbst heraus – leistungslos – vermehren kann, steht dies im Widerspruch zum Allgemeinwohl. Dieser Anspruch wird nun höchst relevant, wenn wir die herkömmlichen Finanzmärkte betrachten. Aktienbörsen als Instrument der Kapitalallokation sind in einem solidarischen Vollgeldsystem weder notwendig noch für irgendeine Personengruppe ein attraktives Instrument zur Geldvermehrung. Der Handel mit Kapitalanteilen fördert die leistungslosen Bereicherungen einzelner Personen und führt zu gravierenden Fehlsteuerungen. Er schädigt den Wohlstand der gesamten Bevölkerung und ist folglich per Gesetz zu verbieten. Die Unternehmen benötigen diesen Handel nicht. Sie finanzieren sich überwiegend aus ihren Rücklagen (über die erzielten Preise) und aus den in der Regel zinsfreien und ggf. auch tilgungsfreien Krediten bei der Zentralbank.¹⁷ Wollen sie sich darüber hinaus Eigenkapital beschaffen, so können sie sich dieses über die untereinander verbundenen Banken besorgen. Die Banken können dazu Plattformen anbieten, aus denen hervorgeht, welche Geldgeber bereit sind, Geld zur Verfügung zu stellen, und Kapitalanteile erwerben wollen. Ebenso können potenzielle Sparer und Sparerinnen auf diesen Plattformen Unternehmen finden, denen sie ihr Geld anvertrauen möchten. Die Motive,

weshalb private Geldgeber ihr Geld lieber einem Unternehmen geben, als es auf ein Konto zu hinterlegen, können unterschiedlich sein. Es besteht die Möglichkeit, dass der oder die SparerIn ein bestimmtes Unternehmen oder auch eine Branche fördern will. Möglicherweise möchte der Sparer auch die Möglichkeit der Mitgestaltung an einem Unternehmen nutzen. Die Anleger werden jedoch nicht damit rechnen dürfen, durch ihre Geldanlage leistungslos eine Verzinsung zu erhalten. Eine Beteiligung am Gewinn ist, wenn es der Wirtschaftsrat so beschließt, nur möglich, wenn er/sie sich mit seiner Arbeitskraft am Unternehmen beteiligt. Das Einkommen, das der Kapitalgeber damit erhält entspräche somit dem bekannten Unternehmerlohn.

Ähnliches gilt für die Absicherung möglicher Risiken. Der in der kapitalorientierten Wirtschaftsweise blühende Handel mit diesen Wertpapieren ist volkswirtschaftlich überflüssig. Selbstverständlich können die Unternehmen Versicherungen abschließen, diese werden dann aber nicht weiter gehandelt.

Es ist sicher nicht von der Hand zu weisen, dass einige Personen sozusagen außerhalb der Spielregeln Möglichkeiten der Geldvermehrung entwickeln werden. Es ist damit zu rechnen, dass vor allem in der Anfangszeit dieses Systems erhebliche Energie und Kreativität in Schattengebieten entwickelt wird. Dies kann aber kein grundsätzlicher Einwand gegen das System sein. Wer versucht, das der Allgemeinheit zur Verfügung gestellte Geld für seine privaten Zwecke illegal zu vermehren, und damit der Allgemeinheit schadet, begeht eine Straftat, die entsprechend zu ahnden ist.

Geldpolitik als ein Instrument einer Wirtschaftspolitik ohne Wachstumszwang

Geldzufluss

Mit der Möglichkeit der Kreditaufnahme kommen wir zu den bereits angesprochenen wirtschaftspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten durch das solidarische Vollgeldsystem. Grundsätzlich sind zwei Varianten zu unterscheiden.

- A. Wenn es sich um einen Konsumentenkredit handelt, ist das Geld, das zur Produktion der Güter, die mit diesem Kredit gekauft werden, benötigt wurde, bereits im Umlauf. Die Unternehmen haben dieses Gut sozusagen vorfinanziert. Mit dem Konsumentenkredit wird kein neues Geld geschaffen, sondern innerhalb der gesamtwirtschaftlich vorhandenen Geldmenge findet eine Umverteilung statt. Der Konsumentenkredit dient in der Regel dazu, dass ein bereits erzeugtes Gut einen neuen Eigentümer findet. Hierzu muss das vorhandene Geld lediglich umgeschaufelt werden. Die kreditvermittelnde Bank kann aus ihrem eigenen Guthaben bei der Zentralbank oder von einer anderen Bank das nötige Geld für die Vergabe des Konsumentenkredits besorgen. Dabei trägt sie allerdings das Risiko der Nichtrückzahlung und wird folglich auf die Bonität des Kreditnehmers zu achten haben. Das Risiko und die Aufwendungen zur Bereitstellung des Kredits können über eine Gebühr an die Bank abgerechnet werden. Die Monetative kann darüber hinaus einen Zins auf Konsumkredite erheben, wenn dies aus wirtschaftspolitischen Erwägungen sinnvoll erscheint (was der Regelfall sein dürfte). Ausdrücklich sei aber an dieser Stelle betont, dass dieser Zins nicht an die regionale Bank, sondern direkt an die Monetative fließt, damit wird der Möglichkeit, aus Geld neues Geld zu schaffen, ein Riegel vorgeschoben.
- B. Ein anderer Fall liegt vor, wenn es sich um einen Investitionskredit handelt, der ggf. dann zu einer größeren Wertschöpfung, also zu neuen und zusätzlichen Gütern führt. Ehe wir den Gedanken zu dieser Kreditvergabe weiter verfolgen, sei daran erinnert, dass sich die

Mehrzahl der produzierten Güter natürlich aus den Preisen finanzieren. Der im gegenwärtigen kapitalorientierten System hohe Fremdkapitalbedarf zur Deckung der abfließenden Zinsen und der Renditen entfällt (vgl. Kapitel 2) in einem solidarischen Vollgeldsystem, sodass Fremdkapital erst benötigt wird, wenn das Unternehmen neue und zusätzliche Güter produzieren will und hierfür nicht genügend Rücklagen vorhanden sind. Erst dann wird das Unternehmen einen Investitionskredit beantragen, der die Produktion neuer und zusätzlicher Güter ermöglichen soll. Hier müssen wir nun weiter differenzieren und zwischen unterschiedlichen Investitionen und deren Finanzierung unterscheiden. Wird der Kredit zur Finanzierung einer reinen Ersatzinvestition benötigt, ist das Geld für diese Investition ja bereits seit einiger Zeit im Umlauf. Dieser Kredit unterscheidet sich somit nicht vom oben beschriebenen Konsumkredit. Das Unternehmen hat diesen Kredit wie oben beschrieben zu 100 Prozent zu tilgen. Wird der Kredit dagegen für eine Rationalisierungs- oder Neuinvestition verwendet, wird damit die Möglichkeit der Produktion zusätzlicher oder qualitativ besserer Güter geschaffen. Mit der steigenden Gütermenge ist in der Regel auch eine Erhöhung der Geldmenge erforderlich. Damit kommt die Monetative ins Spiel, die nun auf Antrag einer Bank zusätzliches Geld in den Kreislauf pumpen soll. Hier ist erhöhte Aufmerksamkeit am Platze. Bedenken wir, dass es nicht im Interesse der Gesellschaft sein kann, die Wirtschaft einfach blind wachsen zu lassen. Da wir also genau hinschauen wollen, welche Güter mit dieser Neuinvestition produziert werden sollen, liegt es nahe, dass das Parlament Kriterien entwickelt, unter welchen Bedingungen ein Investitionskredit gewährt werden soll. Diese Kriterien sind der Monetative als Richtschnur für die Entscheidungen an die Hand zu geben. Es bietet sich an, sich hier an den Kriterien der Nachhaltigkeitsbilanz zu orientieren, die ja ebenfalls vom Gesetzgeber verabschiedet werden. Geringe Werte in der Bilanz – unter Umständen auch in Teilbilanzen – führen zu schlechten Nachhaltigkeitswerten und damit zu ungünstigen Kreditkonditionen für den Kreditnehmer. Im Extremfall kann die

Monetative einen Kredit auch gänzlich verweigern. Neben den Werten der Nachhaltigkeitsbilanz kann es zusätzlich sinnvoll sein, ein Votum des regionalen Wirtschaftsrats hinzuzuziehen, das bei der Vergabe des Kredits berücksichtigt wird. Nehmen wir als Beispiel den Neubau des Bahnhofs in Stuttgart. Dieses Projekt ist formal demokratisch durch eine Volksabstimmung abgesegnet, wird aber vermutlich schlechte Nachhaltigkeitswerte aufweisen. Dies würde bedeuten, dass die Kredite, die Unternehmen für dieses Projekt aufnehmen, relativ teuer sind. Will die Gesellschaft trotzdem ein derartiges Projekt realisieren, muss sie bereit sein, dafür viel zu zahlen.

Weist umgekehrt eine Investition sehr hohe Nachhaltigkeitswerte auf, bekommt das Unternehmen diesen Kredit sehr günstig und kann ihn, falls es die Investition in den folgenden Jahren weiterhin nachhaltig nutzt (was zu prüfen wäre), sukzessive über den Prozess der Kapitalneutralisierung in Unternehmenskapital überführen. Eine Tilgung ist dann nicht oder nur teilweise notwendig. Die Regierung hat hier also ein wirkungsvolles wirtschaftspolitisches Instrument zur Verfügung. Das Unternehmen bekommt im günstigsten Fall das Geld von der Allgemeinheit mit der Begründung »geschenkt«, dass es mit seiner Investition einen wertvollen Beitrag zur Erhöhung des Wohlstands der Allgemeinheit geleistet habe. Bilanztechnisch wird dieses Geld gleich dem neutralem Kapital¹⁸ zugerechnet. Sollte eine Investition den Kriterien nur teilweise oder gar nicht entsprechen, muss das Unternehmen selbstverständlich den Kredit an die kreditgebenden Banken zurückzahlen. Es fließt dann über die Banken in den Kreislauf zurück. In der Praxis wird man natürlich nicht bei jedem Kredit eine saubere Trennung zwischen Ersatz- und Neuinvestition durchführen können und wollen. Deshalb bietet es sich an, bei kleineren und mittleren Krediten in die Bonitätsprüfung eine Nachhaltigkeitsprüfung zu integrieren, um dann nach standardisierten Verfahren die Tilgungsmodalitäten durchzuführen. Nur bei sehr großen Kreditsummen ist die Zentralbank direkt anzusprechen, die dann die Tilgungsmodalitäten im Einzelfall zu regeln hat.

Neben dieser gezielten Steuerung kann die Monetative auch aus allgemein wirtschaftspolitischen Erwägungen in einer bestimmten Situation Investitionen erschweren. Dies wäre zum Beispiel in einer Boomphase, in der die Wirtschaft eher gebremst werden soll, denkbar. Umgekehrt kann sie in einer Rezessionsphase die Tilgungsmodalitäten auch investitionsfreudiger gestalten.

Wenn wir noch einmal in einer Zusammenschau prüfen, über welche Instrumente die Monetative überhaupt verfügt, um die Kreditvergaben zu fördern bzw. zu erschweren, fällt auf, dass die Zahl der möglichen Instrumente im Vergleich zum jetzigen System sehr überschaubar ist. Wirtschaftspolitisch bedeutsam ist jedoch die Tatsache, dass die Monetative mit diesen wenigen Instrumenten sehr zielgenau Investitionen fördern oder erschweren kann. Darüber hinaus wird es – wie im jetzigen System auch – die anspruchsvolle Aufgabe der Monetative sein, das Wachstum der Geldmenge dem Wachstum der Gütermenge anzupassen.

Finanzierung des Staates

Welche Konsequenzen hat das solidarische Vollgeldsystem nun für den Staat? Erweitert sich sein Handlungsspielraum, wenn er – und nur er – Geld schöpfen kann? Wie finanziert sich der Staat in diesem System? In dem hier vorgestellten solidarischen Vollgeldsystem verfügt der Staat theoretisch über drei Möglichkeiten der Finanzierung. Dies wären die Erhebung von Steuern, die Aufnahme von Krediten, die sich die Exekutive bei den Banken oder direkt bei der Monetative leiht, oder Zuschüsse, die der Exekutive von der Monetative überwiesen werden. Wir wollen die drei Möglichkeiten im Folgenden genauer anschauen.

Die Finanzierung über Steuern:

Wir beginnen hier mit einer zunächst vielleicht widersinnig erscheinenden Argumentation. Da der Staat – mittels der Monetative – über das Monopol der Geldschöpfung verfügt, könnte er sich theoretisch das Geld nach Notwendigkeit von der Zentralbank besorgen. Konsequenz zu Ende gedacht könnte dies bedeuten, dass der Staat darauf verzichtet,

von den Bürgerinnen und Bürgern Steuern einzuziehen, da er sich ja über die Notenbank finanzieren kann. Steuern müssen in einem solidarischen Vollgeldsystem nicht zwangsläufig der Finanzierung des Staates dienen. Wenn der Staat trotzdem Steuern einziehen will, kann er dieses Instrument einsetzen, um damit andere Ziele (Verhaltensänderungen der Konsumenten, Beeinflussung der Konjunktur etc.) zu verfolgen. Von der Finanzierungsfunktion befreit, können Steuern dann tatsächlich ihrem Name Ehre machen und dazu benutzt werden, gesellschaftlich gewünschte Entwicklungen zu steuern.

Auch wenn der Gedanke der Abschaffung von Steuern als zentrales Instrument zur Staatsfinanzierung einen unleugbaren Charme hat, wollen wir allerdings auf diese Möglichkeit nicht verzichten und zumindest einen Teil des Haushaltes weiterhin über Steuern finanzieren. Da die Exekutive nicht alle konsumtiven Aufgaben über Kredite finanzieren und sie sich nicht beliebig mit Geld von der Monetative eindecken kann, wird sie von den Haushalten und Unternehmen Steuern einziehen und darüber den Haushalt finanzieren müssen. Nun sind Steuern in einer kapitalorientierten Wirtschaftsweise systembedingt extrem unbeliebt. In einer Wirtschaft, deren erklärtes Ziel darin besteht, das Kapital und die Einkommen zu mehren, gehört es zum wirtschaftlichen Kalkül, möglichst wenig Steuern zu zahlen. Denn Steuern sind zunächst einmal Kosten, so die gängige Einordnung. Die Sinnhaftigkeit der Steuern als notwendiger Beitrag zum Gemeinwohl wird bagatellisiert. Der Staat reagiert darauf mit einem sehr aufwendigen und komplizierten Steuersystem. In einer solidarischen Ökonomie haben wir eine vollkommen andere Ausgangslage. Das Ziel des Wirtschaftens ist nicht die Kapitalmehrung sondern das gemeinschaftliche Wohl der Gesellschaft. Hierauf sind alle Rahmenbedingungen und Anreizsysteme abgestellt.

Exkurs: Zum Selbstverständnis des Staates in einer neuen Ökonomie

Zur weiteren Erläuterung dieses »neuen Geistes« sei an dieser Stelle ein kurzer Ausflug auf das Staats- und Demokratieverständnis als

notwendige Schwester einer neuen Ökonomie erlaubt. In der kapitalorientierten Wirtschaftsweise ist der Staat eine eigenständige juristische Person, die über erhebliches Eigentum (Staatseigentum) verfügt und durchaus ihre eigenen Interessen verfolgt. Die den Staat und seine Organe kontrollierenden Abgeordneten werden für vier bzw. fünf Jahre gewählt und müssen sich in dieser Zeit nicht gegenüber dem Volk verantworten. Es ist in diesem System geradezu unvermeidbar, dass sich mit der Zeit die Interessen des Staates und die der Kontrolleure annähern. Es winken Gehälter, lukrative Posten in der Regierung etc. Der Wille des Volkes, des Souveräns, gerät dabei ins Hintertreffen. Der neuen Ökonomie liegt ein anderes Staatsverständnis zugrunde. Der Staat tritt nicht als eigene juristische Person, sondern als Verwalter des gesellschaftlichen Eigentums und als Ausführer des Volkswillens auf.

Um diesem Anspruch künftig tatsächlich nachkommen zu können, werden wir uns an neue demokratische Verfahren gewöhnen müssen, in denen dem Willen des Volkes ein größerer Einfluss auf die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen ermöglicht wird. Im Rahmen dieses Aufsatzes können wir nur in Stichworten den neuen Horizont aufzeigen. Eine neue Ökonomie wird zunächst möglichst viele Entscheidungen vor Ort von den Beteiligten treffen lassen (vgl. hierzu etwa das Konzept der regionalen Wirtschaftsräte oder der Bürgerräte). Darüber hinaus werden statt der mehrjährigen Mandatsvergaben – soweit es möglich ist – imperative Mandate eine entscheidende Rolle spielen. Denkbar sind in diesem Zusammenhang zweite, direkt gewählte und mit Mandaten ausgestattete Parlamente, die ebenso wie die repräsentativ gewählten Parlamente Gesetze einbringen können. Nicht zuletzt werden plebiszitäre Elemente (Volksabstimmungen, Volksbegehren, etc.) eine bedeutende Rolle haben. Wie diese neue Demokratie im Einzelnen aussehen wird, vermag im Moment wohl noch keiner zu sagen. Auch hier gilt – wie bei der Entwicklung einer neuen Ökonomie –, dass wir uns auf den Weg in einen durchaus offenen Prozess begeben (müssen). In

unserem Zusammenhang bedeutet dies vor allem, dass die jetzt übliche Dualität zwischen Staat und Bürger weitgehend abgebaut werden kann. Das Ziel all dieser Veränderungen muss sein, dass die Bürgerinnen und Bürger den Staat als eine glaubhafte und demokratisch überzeugende Vertretung ihrer Interessen verstehen.¹⁹

Aus dieser Perspektive heraus ist es geradezu eine Selbstverständlichkeit, dass die Bürgerinnen und Bürger einen Teil ihres Einkommens als Umlage der Gemeinschaft zur Verfügung stellen und den Staat damit beauftragen, dieses Geld nach den Notwendigkeiten zu verteilen. Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden teilweise selber unmittelbar über die Verwendung oder sie überlassen dem Staat einen Teil des Einkommens und die Parlamente können je nach Notwendigkeit über die Verwendung dieser Mittel entscheiden. Entfernen sich die (mandatierten) Volksvertreter in der Mittelverwendung von dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung, müssen sie damit rechnen, abgewählt zu werden. Wie das Steuersystem im Einzelnen gestaltet werden kann, soll an dieser Stelle nicht erörtert werden. Vieles spricht dafür, einen großen Teil der Einnahmen über indirekte Steuern einzuziehen.

Die Finanzierung über Kredite

Ein weiteres sehr differenziert einsetzbares Instrument zur Finanzierung des Staatshaushalts ist der Kredit. Zum einen kann die jeweilige Regierung, wie jedes andere Unternehmen, einen Kredit bei der Monetative aufnehmen. Hier wäre – wie oben beschrieben – zwischen konsumtiven und produktiven Krediten zu unterscheiden und die entsprechenden Verfahren wären anzuwenden. Benötigt der Staat also einen Kredit für den Ausbau des Straßennetzes, ist dies eine öffentliche Investition und damit ein Investitionskredit. Durch den Ausbau des Straßennetzes wird ein sinnvolles Gut für die Öffentlichkeit geschaffen, insofern muss der Staat vermutlich (nach genauer Prüfung der gesamten Nachhaltigkeitskriterien) diesen Kredit nicht an die Monetative zurückzahlen. Ein anderer Fall liegt vor, wenn die Exekutive zur Bezah-

lung der Lehrer und Lehrerinnen einen Kredit aufnehmen muss. In diesem Fall handelt es sich nicht um einen Investitionskredit, sondern um einen Kredit zur Finanzierung der staatlichen Nachfrage. Das Geld hierzu ist bereits im Umlauf und falls der Staat die Gehälter aus seinem Haushalt nicht finanzieren kann, muss er das Geld aus der zirkulierenden Geldmenge entnehmen. Er kann sich dieses Geld durch einen Kredit (nicht durch einen Zuschuss!) über eine regionale Bank beschaffen und dann zurückzahlen oder er verlangt von den Bürgerinnen und Bürgern die Zahlung von Steuerabgaben. Beide Verfahren haben keine Auswirkungen auf die Geldmenge.

Finanzierung über Zuschüsse durch die Monetative

Es sind durchaus Situationen vorstellbar, in denen es sich erweist, dass die beiden vorherigen Möglichkeiten der Staatsfinanzierung nicht ausreichen. Die im Umlauf befindliche Geldmenge kann dauerhaft zu klein sein, um damit ausreichend sozial begründete oder politisch notwendige Staatsausgaben zu finanzieren. Bedenken wir, dass Geld in unserem Modell ein Instrument zur Verteilung von Gütern und Dienstleistungen ist, muss damit grundsätzlich der Gesellschaft die Möglichkeit eingeräumt werden, diese Geldmenge zu erhöhen, um beispielsweise mehr Krankenschwestern oder Lehrer bezahlen zu können. Die Gesellschaft wird in einer Demokratie durch das Parlament repräsentiert, dieses wäre somit zuständig für die Bewilligung eines Zuschusses an die Exekutive. Dieses Verfahren ist allerdings durchaus problematisch, da das Parlament durch die Gewährung allzu großzügiger Zuschüsse die Geldwertstabilität erheblich gefährden kann. Dieses Dilemma wird man wohl in keiner Wirtschaft, die mit Geld arbeitet, auflösen können. Entsprechend ist die Einführung eines solidarischen Vollgeldsystems auch nicht der Beginn eines monetären Schlaraffenlandes. In einem solidarischen Vollgeldsystem kann und darf Geld nicht in beliebiger Höhe geschöpft werden. Geld kann durchaus knapp werden, wichtige Aufgaben müssen eventuell aus Geldmangel verschoben oder erst gar nicht begonnen werden. Wir haben hier einen klassischen Zielkonflikt zwi-

schen Geldwertstabilität und dem zumindest kurzfristig guten Leben für die Menschen. Eine mögliche Lösung dieses Konfliktes könnte darin bestehen, dass das Parlament innerhalb eines verfassungsrechtlich vorgegebenen Rahmens die Monetative ermächtigen kann, Zuschüsse an die Exekutive zu überweisen. In diesem verfassungsrechtlichen Rahmen (Geldverfassung) muss geregelt sein, dass die Zuschüsse die Geldwertstabilität nicht über ein bestimmtes Maß hinaus gefährden dürfen.

Offen bleibt bislang, wie der Geldabfluss gesteuert werden kann. Hierauf wird im folgenden Abschnitt näher einzugehen sein.

Dem Kreislauf Geld entziehen

Wir hatten oben beschrieben, wie Geld in den Kreislauf eingespeist werden kann. Damit ist aber noch nicht eine genaue Kontrolle der Geldmenge gewährleistet. Denn durch viele Faktoren (Exportüberschüsse, Kapitalimporte, Fehlinvestitionen, Befreiungen von Tilgungen etc.) kann es immer wieder dazu kommen, dass zu viel Geld im Umlauf ist. Die Monetative muss ebenso über Instrumente verfügen, dem Kreislauf auch wieder Geld zu entziehen. Nun kann aus unterschiedlichsten Gründen, auf die die Monetative kaum Einfluss nehmen kann, Geld aus dem Kreislauf abfließen. An dieser Stelle ist besonders auf das Sparverhalten der Bevölkerung hinzuweisen. Sparerrinnen und Sparer, die ihr Geld nicht Unternehmen zur Verfügung stellen, sondern es auf Girokonten bei der Zentralbank deponieren, entziehen damit dem Geldkreislauf Geld. Bei einer Sparquote von zehn bis 15 Prozent ist dies ein beachtlicher Betrag. Je nach wirtschaftlicher Situation muss die Monetative Verfahren entwickeln, um dieses Geld wieder in den Kreislauf zurück zu schleusen. Mit günstigen Krediten und Zuschüssen an den Staat verfügt die Monetative hier sicher über attraktive Instrumente.

Verfügt die Zentralbank aber auch über eigene, gezielt einsetzbare Instrumente zu Verringerung der Geldmenge? Hier kommen wir zu einem weiteren zentralen Argument zur Beibehaltung von Steuern. Die Regierung kann verpflichtet werden, in regelmäßigen Abständen auf Verlangen der Monetative einen jeweils zu bestimmenden Teil der

Steuereinnahmen an die Monetative abzuführen (= Zwangssparen) und damit das bis dahin im Umlauf befindliche Geld zu vernichten. Wie hoch der weiterzuleitende Betrag jeweils ist, kann zeitnah zwischen der Regierung und der Monetative beschlossen werden. Die Zentralbank verfügt damit über ein Feinsteuerungsinstrument, mit dem sie die Geldmenge relativ unauffällig und situationsbezogen verringern kann. Natürlich muss durch einen gesetzlichen Rahmen geregelt werden, dass der Staat trotz der Weiterleitung seine hoheitlichen Aufgaben erfüllen kann.

Das nationale Vollgeldsystem in einem globalen Kontext

Bleiben wir bei dem Bild eines geschlossenen Geldkreislaufs, in den sehr gezielt und wohldosiert neues Geld eingefügt bzw. aus dem welches wieder entnommen wird, so ist abschließend nach potenziellen Löchern in diesem Kreislaufsystem zu suchen. Kaum zu kontrollierende Abflüsse bzw. Zuflüsse entstehen durch die Öffnung der Wirtschaft für andere Länder. Durch Exporte fließt zusätzliches Geld in den Kreislauf, während gleichzeitig Güter abfließen, ausländische Investoren können ihr Geld in Unternehmen im Inland investieren und umgekehrt können Inländer versuchen, ihr Geld im Ausland gewinnbringend anzulegen. Wie diese undichten Stellen im Detail zu schließen sind, ist gegenwärtig schwer vorherzusagen. Eine mögliche Variante zur Steuerung des Kapitalverkehrs werden – zumindest in der Übergangszeit – Kapitalverkehrskontrollen sein. Exportüberschüsse sind schon aus sozialen und politischen Erwägungen heraus zu vermeiden. Die Regierung könnte allerdings mit den bekannten Instrumenten (Zölle, Einfuhr- Ausfuhrbeschränkungen, Wechselkurse, Lohnniveau) das Volumen des Außenhandels entscheidend beeinflussen. Sollte über eine längere Zeit der Geldabfluss ins Ausland höher als der Geldzufluss sein, muss es Ausnahmeregelungen geben, die einen Sonderzuschuss der Monetative in den Geldkreislauf ermöglichen.

- 1 Technisch ist dieses Problem durchaus lösbar. Wenn heute laut dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) rund 870 Millionen Menschen weltweit an Hunger leiden (ca. 12 Prozent), so ist dies eine Folge brutaler Rücksichtslosigkeit derjenigen, die über Macht und Reichtum verfügen können. Beobachtet man zudem die Wirtschaftsnachrichten, hat man den Eindruck, dass dieses Kernanliegen vielen Akteuren weitgehend aus dem Sinn gekommen ist.
- 2 Eine rein marktliberale Position lehnt diese Wertediskussion mit der Behauptung ab, der Markt stelle ein objektives Verfahren dar, das bewirke, dass sich für die Gesellschaft optimale und gerechte Lösungen ergeben. Eine auf vorgegebenen Werten basierende Wirtschaftsweise sei dagegen totalitär, wenn sie diese – häufig von einer Minderheit beschlossenen – Werte der Bevölkerung vorschreibe.
- 3 Vgl. hierzu beispielhaft den Abschlussbericht der Enquetekommission des Deutschen Bundestags Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität (28. Januar 2013).
- 4 Vgl. hierzu ausführlich: Bender, Bernholt, Winkelmann: Kapitalismus und dann. München 2012.
- 5 Vgl. Bender, Bernholt, Winkelmann a.a.O.
- 6 Dies gilt jedenfalls, wenn wir Effizienz, wie es bis jetzt allgemein gehandhabt wird, einfach als Quotienten zwischen dem monetären Mitteleinsatz und dem Output verstehen.
- 7 Gemeint ist hier, dass die neue Ökonomie genügend Widerstandskräfte besitzt, um sich bei veränderten Bedingungen anpassen zu können.
- 8 Vgl. Bender, Bernholt, Winkelmann, a.a.O.
- 9 Vgl. hierzu etwa das bekannte Zitat von J.J. Rousseau: »Der erste, der ein Stück Land eingezäunt hatte und dreist sagte: ›Das ist mein‹ und so einfältige Leute fand, die das glaubten, wurde zum wahren Gründer der bürgerlichen Gesellschaft. Wie viele Verbrechen, Kriege, Morde, Leiden und Schrecken würde einer dem Menschengeschlecht erspart haben, hätte er die Pfähle herausgerissen oder den Graben zugeschüttet und seinesgleichen zugerufen: ›Hört ja nicht auf diesen Betrüger. Ihr seid alle verloren, wenn ihr vergeßt, daß die Früchte allen gehören und die Erde keinem.« (J.J. Rousseau, Diskurs über die Ungleichheit, übersetzt und erläutert von Heinrich Meier. Paderborn 1990, S. 173.
- 10 Wir können die Diskussion um die Grenzen des Privateigentums für die Bereiche der Natur, der öffentlichen Netze oder der Schulen und Universitäten an dieser Stelle nicht vertiefen. Wer sich hiermit ausführlicher beschäftigen möchte, sei auf das im Jahr 2013 erschienene Buch »Prinzip Rentenökonomie« von Dirk Lohr verwiesen.
- 11 Vgl. hierzu etwa Silke Helfrich und Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.): Commons.
- 12 Vgl. hierzu auch Norbert Bernholt: Das Unternehmertum in einer solidarischen postkapitalistischen Wirtschaft. In: Zeitschrift für Sozialökonomie 50. Jahrgang April 2013, S. 31-41.

- 13 In einem kapitalorientierten System können Patente gerade für kleine Unternehmen existenzsichernd sein, da sie sich dadurch vor dem Zugriff von großen Unternehmen schützen können. In einer solidarischen Ökonomie werden kleinere Unternehmen, die aufgrund eines Patents produzieren können, vor allem durch die Nachhaltigkeitsbilanz geschützt. Trotzdem wird der Allgemeinheit diese Erfindung nicht vorenthalten.
- 14 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Klaus Simon in diesem Band.
- 15 Vgl. Huber, Joseph: Monetäre Modernisierung, Marburg 2011, S. 99ff.
- 16 Vgl. Hans Christoph Binswanger: Ein Vorschlag zum Masshalten: das 100-Prozent-Geld, 28.09.2010, schweizerdialog.ch.
- 17 Vgl. hierzu ausführlich den Beitrag von Harald Bender.
- 18 Vgl. den Beitrag von Harald Bender.
- 19 An dieser Stelle können wir nicht ausführlich auf die neuen sich abzeichnenden Formen der Demokratie eingehen. Verwiesen sei bspw. auf das Buch von I. Dahn »Wir sind der Staat«.

Kris Kunst

Direkte Staatsfinanzierung als Grundlage für ein Primat der Politik

Der steuerfinanzierte Staat als Kostgänger des privaten Kapitals

In der Mainstream-Wahrnehmung von »links« und »rechts« (»bürgerlich«) gibt es einen unreflektierten Konsens: Was der Staat verbraucht, muss von »der Wirtschaft« (gemeint sind die Unternehmen) mit erwirtschaftet werden. Die primäre Sphäre der »Leistungserbringung« ist der »freie Markt«, gefühlt: die »eigentliche, echte« Wirtschaft. Hier entstehen die Arbeitsplätze und damit Einkommen, und hier zieht der Konsum weitere Produktion nach sich – hier sprudeln also die Quellen für die Finanzierung auch des Staates.

Der sekundäre Sektor »Staat« erscheint hingegen als der Kostgänger: Der gesamte öffentliche Sektor ernährt sich ja aus den Leistungen des privaten Sektors. Er kann das, was er leistet, nur leisten, weil der private Sektor es ihm ermöglicht. Umgekehrt: Wenn gesamtwirtschaftlich abgebaut wird, dann natürlich immer zuerst beim Kostgänger. Denn wir dürfen uns ja den Ast nicht absägen, auf dem wir sitzen.

Der wahrgenommene Dissens zwischen links und rechts bezieht sich oft auf die Frage, wie leistungsfähig und reich der inländische »primäre« Sektor ist: Wie viel kann er an den Kostgänger abtreten? Linke fügen noch gute Argumente hinzu, weshalb eine Stärkung des öffentlichen Sektors in der Rückwirkung eine Stärkung des Marktsektors bewirkt (Nachfrageargumentationen, Standortargumentationen mit Bildung etc.) – aber auch diese Argumentation verlässt die oben genannte Prämisse nicht. Damit entwaffnet sich das so argumentierende linke Spektrum selbst: In Zeiten der gefühlten oder auch realen Bedrohung durch globalisierten Standortwettbewerb und freie private Kapitalströme (»Vertrauen der Finanzmärkte«), von denen alles abhängt, neigen alleine schon aus Angst heraus große Bevölkerungsmehrheiten dazu, lieber den »Leistungsträger« zu schonen, damit er überhaupt die Kraft behält, den »Kostgänger« noch weiter mit durchzufüttern. Den »Bürgerlichen« schreibt man zu, die harten wirtschaftlichen Grundlagen zu stärken (»Wirtschaftskompetenz«), während die (wahrgenom-

menen) Linken im Ruf stehen, nur das verteilen zu können, was die ersteren »erwirtschaftet« haben (»Sozialkompetenz«, »Gerechtigkeit«). Linke, die sich auf diese Rollenverteilung einlassen, haben in einem Umfeld der Standortkonkurrenz argumentativ schon verloren.

Diese Unterteilung der Sektoren ist ja nicht eingebildet, sondern hat eine reale Grundlage. Was jedoch macht den »primären« Sektor real zu dem »Leistungsträger« und den Staat zum »Kostgänger«? Oder, konkret bebildet: Weswegen ist es fundamental für die Gesellschaft, dass Kunden Ipods, Nerzmäntel, Kreuzfahrten, Computerspiele und SUVs kaufen – während es offensichtlich wohl ein verzichtbarer Luxus ist, dass Kinder zur Schule gehen, ein funktionierendes Gesundheitssystem unsere Gesundheit (wieder)herstellt, die Infrastruktur funktioniert und Alte eine menschenwürdige Pflege bekommen? Gibt es eine höhere ökonomische Logik, die diese Hierarchie quasi »naturgesetzlich« erklären kann?

Die systemische Ursache dieser merkwürdigen Hierarchie ist die Verfügungsgewalt über das Geld – es wird eben finanziert, was die kaufkräftigen Nachfrager wünschen. Gesamtgesellschaftliche Erwägungen über den Nutzen spielen da keine Rolle. Die Schöpfung des Geldes und die Reihenfolge seines Durchflusses durch die Sektoren der Wirtschaft bestimmen, wer oben ist und wer unten.

a) Geld kommt als Giralgeld, als Kredit in Umlauf – geschöpft von (zumeist privaten) Geschäftsbanken.

b) Gegen Zinsen vergeben an zumeist privatwirtschaftliche Unternehmen, die damit Investitionen tätigen, mit denen sie produzieren, verkaufen und Gewinne machen.

c) Diese werden wiederum zum großen Teil entweder vom Unternehmen selbst verspekuliert (in Finanzanlagen »investiert«) oder ausgeschüttet an Unternehmenseigner, die ihr Geld hauptsächlich in Finanzanlagen stecken (Spekulationssphäre) – gehebelt mit weiterem Kredit, der wiederum von den privaten Geschäftsbanken kommt.

Primär dient Geld in unserem System also dem Zweck der Renditemaximierung von privatwirtschaftlichen »Investoren«. Nachrangig

(sofern es überhaupt der Realwirtschaft zufließt) erreicht es als Lohn die ArbeitnehmerInnen und – zumindest in der klassischen Rollenverteilung – danach die traditionelle Hausfrau. Insofern liefert diese Betrachtungsweise auch interessante Andockpunkte für die feministische Kritik der bestehenden Ökonomie.

Erst ganz am Ende kommt der öffentlichen Sektor an das Geld – und das wiederum hauptsächlich durch Besteuerung der ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen (die anderen können sich der Besteuerung recht gut entziehen). Noch ärmer dran sind nur die, die ihrerseits vom Staat ihr Geld bekommen (Transferempfänger).

Der Staat muss sich das Geld, das er für die Wahrnehmung seiner für die Gesellschaft fundamentalen Aufgaben benötigt, durch Konfiskation holen (Steuern und Abgaben) – und wenn er darüber nicht genug einreibt, ist er gezwungen, sich Geld bei Privaten (Vermögenden) zu leihen und seine Schulden mit Zinsen zurückzuzahlen (Staatsverschuldung). Als Letzter in der Fresskette ist der Staat zugleich der Erste, der dran glauben muss, wenn gekürzt wird. Seine Ausgaben, die der Gesellschaft (zumindest in vielen Fällen) unmittelbar nützen, sind somit lediglich Brosamen der Gewinnwirtschaft. So passen dann verfallende Schulen mit glitzernden Neubauten von Banken und Versicherungen durchaus zusammen. Und obwohl demokratisch gewählte Politiker einem Apparat vorsitzen, der das Gewaltmonopol innehat, sind sie doch mit einer dünnen und immer prekärer werdenden Finanzbasis nur traurige Verwalter des Mangels mit einer eingeschränkten Macht und Gestaltungskraft.

Das Tabu der Geldversorgung des Staates (der Regierung / des Haushalts / der Finanzpolitik) bei der eigenen Zentralbank trennt den Staat von »seinem« Geld, das ja eigentlich das »einzige gesetzliche Zahlungsmittel« sein soll und damit im Grunde genommen ein Anrecht auf das zukünftige Sozialprodukt verbrieft – das stärkste Eigentumsrecht, was denkbar ist. Deswegen »regiert Geld die Welt« – aber es sind Private, die das Geld regieren. Diese Regelung folgt keiner höheren ökonomischen Logik, sondern ist ausschließlich historisch entstandenen Machtverhältnissen geschuldet. Der öffentliche Sektor ist nicht zwangsläufig der

Kostgänger des privaten Sektors, sondern er ist im heutigen System nur dazu gemacht worden. Läuft die (heute digitale) »Notenpresse« für Unternehmen oder Finanzspekulanten, begrüßen wir dies als »wichtiges Investitionsmittel«. Läuft sie jedoch für den Staat, ist das ein ordnungspolitischer Sündenfall, der direkt in die Hyperinflation der 1920er Jahre führt. Oder?

Woher hat denn der Marktsektor seine Finanzmittel? Sie werden aus dem Nichts von den (zumeist privaten) Geschäftsbanken als Giralgeld (über einen Kredit) geschaffen und vorgeschossen – und erst im Nachhinein werden (nach Investition und Lohnzahlung – nämlich im Zuge der Produktion) die Werte geschaffen, die dem Geld schließlich gegenüberstehen und ihm seinen realen Wert verleihen. Es läuft also schon heute permanent die »Notenpresse« und das Geld schafft sich (wenn überhaupt) erst im Nachhinein seine »Existenzberechtigung« (=Waren und Dienstleistungen, also reale Gebrauchswerte). Dann kommt der Staat und nimmt sich seinen Teil aus dem privaten Marktsektor über Steuern – und finanziert damit seine Ausgaben.

Direkte Staatsfinanzierung über die Zentralbank

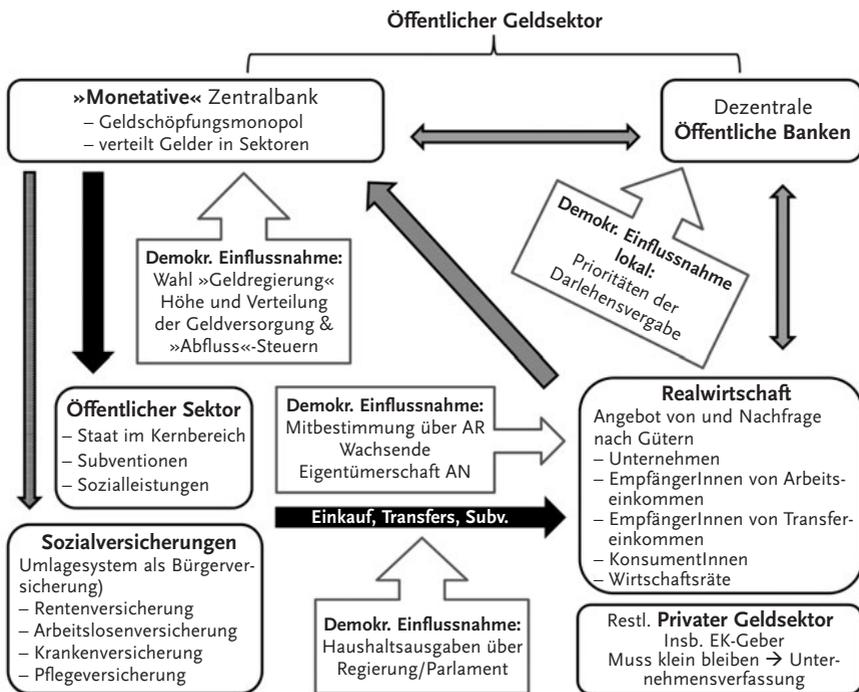
Wenn aus dem Nichts geschöpftes Geld zunächst in den öffentlichen Sektor fließen würde, würde prinzipiell nichts anderes passieren als heute, nur dass die Machtverhältnisse umgekehrt wären:

Das zusätzliche Geld würde zunächst für öffentliche Aufgaben ausgegeben (die somit immer finanzierbar wären) – und erst dann bzw. im Zuge dessen in den Marktsektor fließen. Dort würden sie die Produktion zusätzlicher Güter und Dienstleistungen provozieren, die dem Geld im Nachhinein seinen Wert geben. Denn der öffentliche Sektor kauft im Marktsektor ein und die Unternehmer und Lohnempfänger dort werden das eingenommene Geld für Investitionen und Konsumgüter ausgeben. Sie würden damit den Marktsektor anreizen, die Güter zu schaffen, die der Geldmenge gegenüberstehen.

Da der Staat sein neu geschöpftes Geld sogar zu 100 Prozent in die Realwirtschaft pumpt und nicht Finanzspekulationen damit hebelt, wie häufig im Privatsektor der Fall, ist dieser Weg sogar der weitaus solidere.

Denkbar wäre eine direkte Staatsfinanzierung über Kredite, die »der Finanzminister« von der Zentralbank bekommt, oder gar über Zuschüsse. Im ersten Fall wäre er gezwungen, Steuern einzutreiben, um die Kredite zurückzahlen zu können – die oben beklagte Abhängigkeit wäre also nicht aufgehoben. Deswegen wäre eine Auszahlung als Zuschuss ohne Rückzahlungsverpflichtung ein logischer Weg. Nur dann wäre der Staat in seiner Finanzierung unabhängig vom Marktsektor.

Möglichkeiten demokratischer Einflussnahme



Das hauptsächliche Gegenargument gegen alle Ansätze direkter Staatsfinanzierung seitens der traditionellen VWL ist »Willkür des Staates«

und damit »Selbstbedienung«, »Notenpresse« und somit »Inflationsgefahr«. Diese Gefahr lässt sich einfach abwenden: Selbstverständlich sollte die Geldpolitik unabhängig sein von der Finanzpolitik – sogar unabhängiger als heute. Eine Monetative sollte über einen eigenen Strang demokratisch angebunden sein und auch nicht indirekt von der Regierung oder dem Parlament abhängen (wie heute die Zentralbank, deren Personal von den Regierungen eingesetzt wird). Ihr Auftrag wäre klar auf die Geldpolitik begrenzt und es gibt keinen Grund, weshalb sich dann noch eine etwaige »Selbstbedienungsmentalität« der Finanzminister durchsetzen können sollte.

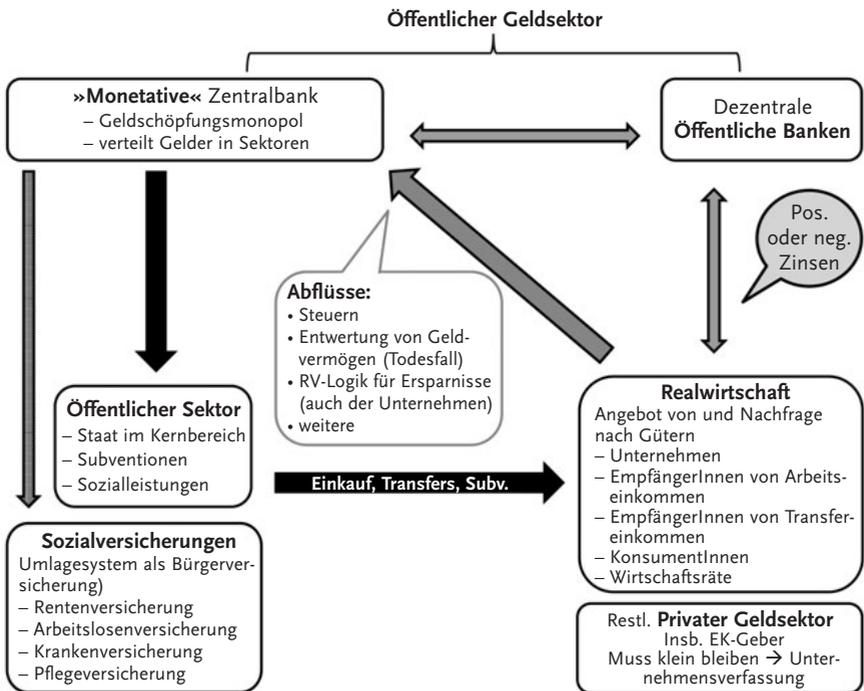
Selbstverständlich muss das neue System in der Lage sein, die Geldmenge zuverlässiger zu steuern als heute. Die Chancen stehen gut: Geschäftsbanken sind die Möglichkeiten entzogen, selbst Geld zu schöpfen, und Kredite für Spekulationsgeschäfte gibt es gar nicht mehr. Aber da ja der Staat sich über zusätzliche Geldmenge finanziert (Zuschüsse der Monetative), anstatt sich an der umlaufenden Geldmenge zu bedienen, würde ohne entsprechende Abflüsse die Geldmenge fortlaufend steigen mit entsprechend inflationärer Wirkung. Ist diese nicht in dem Maße gewünscht, bedarf es entsprechender Geldabflüsse, die am Marktsektor ansetzen müssen, da dort letztendlich alles Geld hinfließt. Folgende Abflüsse wären beispielhaft denkbar:

- Zunächst einmal müssen ja die Kreditnehmer aus dem Marktsektor ihre Kredite tilgen, was eine Geldvernichtung bedeutet.
- Darüber hinaus können die öffentlichen Banken Zinsen nehmen, wenn zusätzliches Geld aus dem Kreislauf verschwinden muss: Die Einnahmen aus Zinsen dienen dann selbstverständlich nicht der eigenen Bereicherung und werden ihrerseits in den Kreislauf eingespeist (wie heute), sondern sie werden gleichfalls vernichtet.
- Die Monetative kann ggf. bestimmte Steuern von den Wirtschaftssubjekten erheben. Auch diese Einnahmen werden vernichtet. Diese Steuern werden so erhoben, dass sie bestmöglich die Funktion erfüllen, mit geringem Aufwand Geld einzuziehen. Übergangsweise können die aktuell bestehenden Steuern hierfür herangezogen werden.

- Restliche Geldvermögen verstorbener Personen können vernichtet werden, nachdem der maximal zulässige Erbteil an eventuelle Erben ausgezahlt worden ist.
- Neue Variante der Ersparnisbildung: Diese findet nicht so statt, dass die Wirtschaftssubjekte Geld bekommen, das sie auf ein Konto legen und über das sie beliebig verfügen können, sondern sie kann so stattfinden wie die gute alte Rentenversicherung: Gesparte Gelder werden vereinnahmt, hierfür erhalten die Sparer Rechte auf spätere konstante Einkommen. Die vereinnahmten Gelder werden zunächst dem Kreislauf entzogen. Sie kommen dann später natürlich wieder herein, aber in regelmäßiger, gut berechenbarer Menge. Die Ansprüche verstorbener Personen erlöschen. Diese Art der Ersparnis ist (abgewandelt) auch für Unternehmen denkbar: Sie werden verpflichtet, einen gewissen Teil ihres Unternehmenseinkommens zu hinterlegen. Auf dieses können sie nur im Fall schlechter Geschäfte zugreifen. Diese Maßnahme hätte zugleich den Effekt eines »automatischen Konjunkturstabilisators«. Viele Unternehmen würden diese Pflichtersparnis nie antasten (dürfen) – dieses Geld wäre damit auch dem Kreislauf entzogen.

Letztendlich gilt: In jedem System wird die Gesamtgesellschaft Prioritäten setzen müssen, welche Güter und Dienstleistungen sie sich leisten will und welche nicht. Da in beiden Sektoren wichtige Güter und Dienstleistungen hergestellt werden, ist es deswegen fundamental, dass der eine Sektor nicht von dem anderen abhängt – und dass vor allem die Haushaltspolitik nicht vom (zumeist privaten) Marktsektor abhängt. Über beiden Sektoren steht somit die Geldverteilung als demokratische Meta-Aufgabe der Geldpolitik.

Netto-Geldströme



Souveränität über die Geldverteilung als Voraussetzung für einen handlungsfähigen Staat

Eine Gesellschaft, die das Primat der Politik auch in der Wirtschaft anstrebt, benötigt die strukturelle Möglichkeit, zumindest in groben Zügen zu entscheiden, was produziert werden soll und was nicht – und die Finanzströme entsprechend zu lenken. Bildlich: Eine Gesellschaft sollte die Möglichkeit haben, frei zu entscheiden, ob das Gesundheitssystem verbessert wird oder SUVs gekauft werden, ob die Schulen ausgebaut werden oder mehr Kreuzfahrten stattfinden, ob eine gute Infrastruktur und Nahversorgung aufgebaut und gepflegt wird oder ob sie sich alle halbe Jahre neue Smartphones leisten will.

Solange der Staat Kostgänger des Marktsektors ist, hat er jedoch diese Freiheit nicht: Es müssen immer *zuerst* am besten immer dickere SUVs erfolgreich verkauft werden, Kreuzfahrtanbieter Rekordumsätze machen und mithilfe »geplanter Obsoleszenz« möglichst viele Smartphones verkauft werden, damit der Staat *danach* dann mittels seiner Steuereinnahmen gesellschaftlich fundamentale Dienstleistungen ausbauen oder auch nur halten kann. Und wehe, die Umsätze der Marktunternehmen brechen ein: Dann ist es stets *zuerst* der Staat, der mittels Steuersenkungen, aber auch erhöhter Ausgaben für (auch absurde – Abwrackprämie!) Subventionen, Beihilfen bis hin zu Transferzahlungen an Arbeitslose den Einbruch abfedern muss. Die Unternehmen (und ihre Eigner) schwimmen bis zuletzt oben – das gilt nicht nur für die Banken.

In der Diskussion befindliche Ansätze für eine andere, nicht mehr kapitalistische, aber gleichwohl marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung setzen nach wie vor auf die Staatsfinanzierung durch Steuern. Wären denn in einer solchen Ordnung diese Sektoren-Abhängigkeiten aufgehoben?

Solange es einen Marktsektor mit eigenständigen Wirtschaftssubjekten gibt, wird dieser bestimmte fundamental wichtige öffentliche Dienstleistungen nicht erzeugen – diese werden mit gutem Grund im öffentlichen Sektor erstellt werden. Wenn sich der Staat nun jedoch über diesen Marktsektor finanziert, besteht die oben genannte Hierarchie und Abhängigkeit – »Altenpflege hängt von Auto-, Fahrrad- oder auch Telefon-Verkauf ab« – fort. Das strukturelle Dilemma hätte man nicht aufgelöst, auch wenn der Marktsektor als solcher dann um einiges sozialer und ökologischer agieren würde als heute.

Aus ökologischer Sicht noch schlimmer: Die Versorgung mit öffentlichen Gütern hinge davon ab, dass im Marktsektor auf jeden Fall *viel* produziert und konsumiert wird. Es muss jedoch ohne größere Kürzungen im öffentlichen Sektor möglich sein, dass Bedürfnisse mit *weniger* Gütern und Dienstleistungen befriedigt (also Markt-Güter-Bedarfe reduziert) werden – und auch dass wachsende Teile der Bedarfsbefriedigung auf die Subsistenzwirtschaft verlagert werden können

(Transition-Town-Gedanke). Diese wirft jedoch (da geldlos funktionierend) keine Steuern ab, von der staatliche Leistungen finanziert werden könnten. Ein Staat, der sich von Steuereinnahmen »ernährt«, hat also das (perverse) strukturelle Interesse, Subsistenzwirtschaft zu unterdrücken und den Marktsektor mit möglichst hohen Umsätzen laufen zu lassen. Deswegen wird er eher fünf Milliarden Euro in Produktions- und Vertriebssubventionen stecken, als für fünf Milliarden Euro Verkehrsberuhigung im großen Stil zu fördern.

In Zukunft wird es für die Gesamtgesellschaft immer wichtiger werden, dass überhaupt die Möglichkeit besteht, sich dafür zu entscheiden, fundamentale (öffentliche) Dienstleistungen und Güter weiter bereitzustellen und lieber auf (Markt-) Güter zu verzichten, die eher »nice to have« oder gar Luxus sind. Aus ökologischen und aus Gründen der Ressourcenknappheit wird es dazu kommen, dass die Frage »Was können wir uns leisten und was nicht mehr?« immer drängender gesellschaftlich beantwortet werden muss. Sollen es private Geld- und Kapitalbesitzer sein, die diese Frage für uns alle beantworten, oder der demokratische Souverän über seine politischen Institutionen? In einer anderen Wirtschaftsordnung, wie sie hier skizziert wird, gibt es vier wesentliche Stellen, an denen diese Entscheidung demokratisch getroffen wird:

- a) bei der (demokratisch angebundenen) Monetative in der Entscheidung, wie viel Geld in die beiden Sektoren Staat / Öffentliches und Markt fließt,
- b) bei der Fiskalpolitik in ihrer Ausgabenstruktur,
- c) bei den öffentlichen Banken in ihrer Kreditvergabepraxis gegenüber den Unternehmen und KonsumentInnen,
- d) bei den Regierungen und Parlamenten, indem sie Rahmenbedingungen und Anreizsysteme für den Marktsektor installieren (z.B. Öko-Steuern, -Umlagen, -Abgaben).

Und innerhalb dieses politisch gesteckten Rahmens schließlich: Bei den einzelnen Unternehmen, Organisationen und KonsumentInnen selbst, die am Markt einkaufen.

Ein neuer Pfad der politischen Transformation

Nicht nur grundsätzlich (als Bestandteil einer Vision für eine andere Wirtschaftsordnung), sondern auch politisch-strategisch ist ein Ansatz, der die direkte Bereitstellung von Geld für gesellschaftliche sinnvolle Zwecke fordert, interessant: Dass in den öffentlichen Kassen und für gesellschaftlich höchst wichtige Zwecke dringend benötigtes Geld fehlt, ist inzwischen allseits anerkannt.

Anstatt sich nun ausschließlich auf die richtige, aber politisch schwer durchsetzbare Forderung zu konzentrieren, dass die Steuern für hohe Einkommen und Vermögen erhöht werden mögen (zumal hier sofort die Drohung mit dem Kapitalexport kommt), bietet die direkte Staatsfinanzierung einen zusätzlichen, vielleicht sogar einfacher durchsetzbaren Weg an. In Südeuropa wird schon jetzt breit gefordert, dass die öffentlichen Haushalte Kredite direkt von der EZB bekommen – damit sie nicht mehr abhängig von den sogenannten privaten »Finanzmärkten« sind. Das ist ein erster Schritt in die Richtung direkter Staatsfinanzierung, an den eine solche Strategie auch in der politischen Debatte andocken kann.

Und nach der direkten Staatsfinanzierung könnte auch darüber nachgedacht werden, andere Finanzierungen direkt über die Monetative laufen zu lassen – zum Beispiel eine Mindestsicherung oder ein Grundeinkommen (was davon, ist eine separate Debatte).

Fazit: Dieses System kehrt ein zentrales Prinzip um: Heute gilt das Primat der »Finanzmärkte« (=des letztlich privaten Kapitals) gegenüber der Politik. Da sich alle Wirtschaftsakteure von ihm finanzieren lassen müssen (sogar der Staat), hängen sie an seinem Tropf – und müssen seinem Anspruch dienen, eine maximale Rendite zu erwirtschaften.

Nach dem Systemumbau übernimmt die Politik mittels öffentlichen Kapitals und Geldes die Steuerungshoheit über die Wirtschaft. Und zwar nicht etwa mittels einer ständigen Bevorzugung oder gar Ausweitung des öffentlichen Sektors gegenüber dem privaten Marktsektor, sondern über beiden Sektoren stehend: Die demokratisch gewählten, politischen Akteure können in ihrer Zusammenarbeit beliebig jonglie-

ren zwischen der Geldversorgung beider Sektoren. Und zum ersten Mal in der Geschichte kann die Politik zudem eine weitgehend perfekte Konjunktursteuerung und Strukturpolitik betreiben, weil alle wesentlichen Hebel in ihrer Hand liegen – ohne die Marktwirtschaft mit ihren wichtigen Selbststeuerungsmechanismen ersetzt oder verdrängt zu haben. Diese Übernahme der wirtschaftlichen Macht durch den demokratischen Souverän ergibt sich nicht nur aus dieser direkten Staatsfinanzierung, sondern auch aus den anderen, hier nicht erläuterten Elementen der von uns diskutierten Wirtschaftsordnung: Insbesondere aus einer Unternehmensverfassung, die das Abschöpfen von Gewinnen durch Privatpersonen unterbindet, und Regelungen, die das Größenwachstum von Unternehmen beschränken.

Norbert Bernholt

Nachgedanken

Es ist absehbar, dass im Laufe des 21. Jahrhunderts die Menschen gravierende Veränderungen erleben werden. Geblendet durch einen steigenden materiellen Wohlstand haben die Menschen der Industrienationen zumindest in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts die Dinge treiben lassen, ohne wirklich Verantwortung übernehmen zu wollen. Durch ein kapitalorientiertes Geld- und Finanzsystem, durch die angeblich alternativlose kapitalorientierte Marktwirtschaft und durch die sehr unbewegliche und volksferne repräsentative Demokratie ist das Volk, der Souverän, eher zum Getriebenen als zu einer gestaltenden Kraft geworden. Es wird Zeit, dass die Bürgerinnen und Bürger aus dem Schlafmodus erwachen, sich ihrer Macht bewusst werden und wieder Verantwortung übernehmen wollen.

Wie haben versucht, die Abwege eines Geldsystems aufzuzeigen, das sich ganz in den Dienst der Renditemehrung stellt. Es treibt die Menschen vor sich her, zwingt sie zu immer höheren Leistungen und zu einer fortwährenden Steigerung der Güterproduktion. Die Achtung vor den Menschen und der Natur bleibt dabei auf der Strecke.

Wir behaupten, dass die heute vielfach diskutierte Postwachstumsökonomie nicht ohne eine tief greifende Änderung des Finanz- und Geldwesens funktionieren kann. Dem Zwang des fortwährenden und blinden Wachstums versuchen wir entgegenzutreten, indem wir Geld auf seinen eigentlich volkswirtschaftlichen Zweck reduzieren. Dann ist es nicht mehr als ein Instrument zur Verteilung der Güter und Dienstleistungen. Mit dieser Rückbesinnung auf die Kernfunktion berühren wir allerdings die Grundfesten der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung und auch unseres heutigen Kulturbewusstseins. Das hier vorgestellte neue Finanz- und Geldsystem muss einhergehen mit grundlegenden Änderungen in der Unternehmensverfassung, einer differenzierten Eigentumsordnung und nicht zuletzt einem modifizierten Staatsverständnis. Wir haben versucht aufzuzeigen, wie in diesem neuen Rahmen Wirtschaftspolitik im Sinne des Gemeinwohls gestaltet werden kann. All diese Änderungen verlangen keinen neuen Menschen, sondern eher eine Rückbesinnung auf das, was uns eigentlich wichtig und wertvoll ist.

Die Voraussetzungen für einen Aufbruch sind günstig. Es liegen zahlreiche Konzepte und Entwürfe für neue und nachhaltige Lebensformen vor. An vielen Orten in dieser Gesellschaft herrscht Aufbruchstimmung. Es sind überall noch eher kleine Pflänzchen, die teilweise isoliert und vielleicht auch ohne einen großen Plan aus dem Boden sprießen. Immerhin sind all diese Bewegungen von dem gemeinsamen Bewusstsein getrieben, dass es nach dem Motto »business as usual« nicht weitergehen kann. Wir wären froh, wenn dieses Buch mit seinen Ausführungen über ein neues Geldsystem und eine neue, dem Gemeinwohl verpflichtete Wirtschaftsweise viele Menschen davon überzeugt, dass es Alternativen geben kann. Wir müssen uns nur auf den Weg machen.

Für die Akademie Solidarische Ökonomie

Harald Bender, Norbert Bernholt, Klaus Simon

Literaturauswahl

- Bender, Harald/Bernholt, Norbert/Winkelmann, Bernd*: Kapitalismus und dann? Systemwandel und Perspektiven gesellschaftlicher Transformation, München 2012
- Binswanger, Hans Christoph*: Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses, Marburg 2006
- Bundesverfassungsgericht*: Entscheidung zum ESM-Vertrag, BVerfG, 2 BvR 1390/12 vom 12.9.2012, Karlsruhe 2012
- Cezanne, Wolfgang*: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, München 2005
- Dahn, Daniela*: Wir sind der Staat, Hamburg 2013
- Deutsche Bundesbank*: Finanzstabilitätsbericht 2012, Frankfurt 2012
- Deutsche Bundesbank*: Geld und Geldpolitik, Frankfurt 2012
- European Commission*: Employment and Social Developments in Europe 2012, Brüssel 2012
- Felber, Christian*: Die Gemeinwohlökonomie. Aktualisierte und erweiterte Neuauflage, Wien 2012
- Graeber, David*: Schulden. Die ersten 5000 Jahre, Stuttgart 2012
- Helfrich, Silke* (Hrsg.): Commons, Bielefeld 2012
- Huber, Joseph*: Monetäre Modernisierung, Marburg 2011 (2. Auflage)
- Huber, Joseph/Robertson, James*: Geldschöpfung in öffentlicher Hand, Frankfurt 2008
- Issing, Ottmar*: Einführung in die Geldtheorie, 15. Auflage, München 2011
- Köhler, Klaus*: Geldwirtschaft: Geldwirtschaft und Kreditpolitik, Berlin 1977
- Löhr, Dirk*: Prinzip Rentenökonomie, Marburg 2013
- Scherhorn, Gerhard*: Geld soll dienen, nicht herrschen, Wien 2008
- Šik, Ota*: Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein Dritter Weg, Hamburg 1979
- Statistisches Bundesamt*: Sektorale und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanzen, Berlin 2012
- Vogel, Joseph*: Das Gespenst des Kapitals, Zürich 2011
- Welzer, Harald*: Selbst denken, Frankfurt 2013

Was macht die Zahlen auf unseren Konten eigentlich zu Geld? Wenn Geld der Gegenwert unserer wirtschaftlichen Leistungen ist, warum wachsen mit den Geldmengen dann immer auch die Schulden? Weshalb muss selbst der Staat sich verschulden, wenn er für zusätzliche Leistungen neues Geld in Umlauf bringt?

Solche Fragen geraten bei der Betrachtung unserer Wirtschaftsweise gewöhnlich nicht in den Blick. Wir haben uns daran gewöhnt, Geld als etwas anzusehen, das anscheinend für uns »arbeitet« und Zinsen und Renditen »erwirtschaftet«, als habe es ein Eigenleben. Dabei muss sich die Geldmenge permanent erhöhen – und die gesamte Wirtschaft ist gezwungen, mitzuwachsen.

Wenn wir eine Alternative zum Leitbild »Wachstum« formulieren wollen, müssen wir also – so die These der Autoren – die Funktion und die Wirkung unseres Geldsystems in den Fokus rücken. Nur ein grundlegender Wandel vom alles beherrschenden zum dienenden Geld kann den Weg zu einer Wirtschaft ohne Wachstumszwang ebnen.

Harald Bender, Politikwissenschaftler und Soziologe, lehrte an der Universität Heidelberg zu Fragen des sozialen Wandels und sozialer Bewegungen. Er ist Gründungsmitglied der Akademie für Solidarische Ökonomie und heute freiberuflich im Bereich neuer Medien und in der Politikberatung tätig.

Norbert Bernholt studierte Volkswirtschaft, Wirtschaftspädagogik und Theologie in Göttingen. Er unterrichtet an einer kaufmännischen Berufsschule in Lüneburg und ist darüber hinaus als Geschäftsführer der Akademie Solidarische Ökonomie tätig.

Klaus Simon ist Informatiker. Er arbeitete in einem energetischen Institut und war seit 1986 EDV-Leiter in einem Thüringer Industrieunternehmen. Seit 2009 ist er Mitglied der Akademie Solidarische Ökonomie.

